DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

257 23. JAHRGANG Februar 2006 4,50 €

AUS DEM INHALT:

WACKERSDORF-CHRONIK

Einen ehemaligen Berichterstatter einer deutschen Nachrichtenagentur führten berufliche Wege in die herbstliche Oberpfalz – fast genau zwanzig Jahre nach Beginn der heißen Phase des Widerstandes gegen eines der umstrittensten Atomprojekte der deutschen Geschichte... Anlass zu einem Rückblick. Seite 3

KRAFTWERK1

Auf dem internationalen workshop »Prozesse der Selbstorganisation – gemeinsame Selbstversorgung« im Herbst 2005 stellten Bettina Büsser und Kathrin Lüssi das Züricher Wohnsiedlungsprojekt »KraftWerk1« vor. Sie berichteten ausführlich über Entstehung und Ziele, über die heutige Bewohnerstruktur, die Anteile von Selbstversorgung, über Kommunikationsprobleme und die Pläne für ein KraftWerk2. Seite 5

VORSICHT ABZOCKER!

Maurice alias »Hanz« betreibt eine besondere Abzokkermethode. Wie bislang bekannt, hatte er sich auf Projektanzeigen in CONTRASTE bei zwei Projekten vorgestellt, dort eine Zeitlang gewohnt und mitgearbeitet, um schließlich mit Geld und Wertsachen das Weite zu suchen. Die Projekte möchten möglichst viele Menschen vor dem Trickbetrüger warnen und bitten um Hilfe bei der Suche nach ihm. Seite 6

ZENTRUM GEFÄHRDET

Seit mehr als zwei Jahren wird das Kieler Kulturzentrum »Alte Meierei« durch die städtische Verwaltung bei der Ausübung ihrer kulturellen und politischen Arbeit massiv behindert. Mehrere Projekte und Initiativen haben zur Unterstützung des Zentrums eine Solidaritätserklärung verfasst, weil sie es nicht hinnehmen wollen, dass ein weiterer wichtiger Teil der Kieler Kulturlandschaft vom Stadtplan verschwindet. Die Projekte bitten um Unterzeichnung der Erklärung, um dieser ein möglichst großes Gewicht zu geben. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Der Ausverkauf von Gemeindeeigentum nach ausschließlich materiellen Gesichtspunkten gehört gegenwärtig zum fast selbstverständlichen Verhalten vieler »Volksvertreter«. Dagegen setzen die Fraktionen des Pinneberger Kreistages ein Zeichen: Sie machten den Weg für eine Umwandlung der »Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft« in eine Genossenschaft frei. Dem Verkauf der Kreisanteile (81,49 Prozent) an der GeWoGe wurde »grundsätzlich« zugestimmt. Bis zuletzt galt diese Umwandlung nicht als sicher, da vermutlich wesentlich mehr Geld für den Verkauf der 2.223 Wohnungen auf dem freien Markt erzielt werden könnte. Seite13

www.contraste.org

TWIN OAKS – KIBBUZIM

Kommunen international

Viele, die meine Kommune – die »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim« in Köln – kennen gelernt haben, staunen, wenn sie hören, dass es in Deutschland noch etliche andere Gruppen gibt, die gemeinsames Leben in selbstbestimmter Weise und verschiedenster Couleur probieren. Allein im Netzwerk der Politischen Kommunen sind mehr als 30 Gruppen vertreten (siehe auch www.contraste.org). Grob geschätzt sind es hierzulande wohl mehr als tausend Menschen, die gleichberechtigt Haus und Hof teilen. Und wie viel mehr haben gute wie auch weniger gute Erfahrungen in Lebensgemeinschaften gemacht, ohne diese Lebensweise langfristig anzunehmen?

Skulptur, Kommune Olgashof — Foto: Contraste

Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Mich selbst erstaunte es, wie viel diesbezügliche Gruppen weltweit existieren. Allein in Israel sind es in 2002 269 Kibbuzim gewesen, worin 115.000 Menschen leben. In England sind es 150 Gruppen, im übrigen Europa 200, in den USA und Kanada 2.500, in Japan 250, in Australien/Neuseeland 200. Betrachtet ohne Indien und Südamerika wird auf der Homepage der »International Communes Desk« (www.communa.org.il) von mindestens 3.300 Communities ausgegangen. Erwähnt wird dort ebenfalls, dass andere Erhebungen auf bis zu 12.000 Gruppen kommen. Eine Auswahl findet sich unter www.ic.org und dem Eurotopia-Verzeichnis (www.eurotopia.de). Sicherlich sind es weltweit hunderttausende Menschen, die sich gemeinschaftlich zusammentun. Soweit eine erste quantitative Annäherung.

Viele Menschen träumen von ideellen Gemeinschaften, worin ihre eigenen Utopievorstellungen einst verwirklicht werden sollen. Kommunen, selbstorganisierte Gemeinschaften sind aber nicht Traum und Sehnsucht, sie sind Faktum, Teil von Gesellschaft. Sie sind alltäglich, sind erfahrbar und analysierbar. Die Wertungen dazu sind je nach politischem Standpunkt verschieden. Oft wird über die gesellschaftsverändernde Rolle von egalitären Gemeinschaften diskutiert. Hier und heute beginnen anders zu leben, bedeutet sichtbares Beispiel solidarischen Lebens zu sein. Dies kann Impulse für andere geben, kann den Konkurrenz-Kapitalismus delegitimieren, kann Katalysator für gesamtgesellschaftliche Veränderung sein. Andere sehen genau das Gegenteil. In dem Kommunen soziales Füreinander leben, entlasten sie den Sozialstaat, betreiben sie Gratis-Sozialarbeit und entschärfen den Kapitalismus.

Weil KommunardInnen oft einen genügsamen Lebensstil pflegen anstatt dem Karrierismus zu dienen, werden die Kommunen auch als Armutsprojekte gesehen. Die Schlussfolgerung lautet: Sie müssten attraktiv sein, um gesellschaftsverändernd zu wirken. Wobei niemand zu definieren weiß, was »attraktiv« nun genau zu bedeuten hat. Ein Diskutant war bereits entsetzt beim Gedanken, auf vermögenswirksame Leistungen zu verzichten. Wir können in der CONTRASTE Raum für Diskussion geben, können Einsichten, aber nicht die Antwort liefern. Und immerhin etliche Einblicke ins Gemeinschaftsleben. Wobei Kommunen keineswegs mehr zarte Pflänzchen sind, die schon beim nächsten Unwetter einzugehen drohen. Sie haben sich als Gattung gewissermaßen als überlebensfähig erwiesen. Ob sie allerdings weiterwachsen und sich verbreiten, ob sie sich zu einem gesellschaftlichen Netzwerk zu entwickeln vermögen, kann erst in der Garküche der Zukunft entschieden werden.

Einblicke gibt es diesmal in zwei Oldies der Bewegung. Der erste Kibbuz wurde bereits 1909 gegründet. Meinhard Creydt beschreibt und wertet die Kibbuzim heute. Avi Kostere erzählt von seinen Erfahrungen als Kibbuznik. Twin Oaks in den USA wurde 1967 gegründet und heute leben dort um die hundert Menschen. Lorenz Glatz aus Wien hat die Kommune drei Wochen lang besucht und stellt sie vor. Weitere regelmäßige Einblicke bietet der C.A.L.L.-Rundbrief, der halbjährlich vom »International Communes Desk« in Israel herausgegeben wird.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Ein Besuch in Twin Oaks
It isn't Utopia yet Seite 7/8

Kibbuz und Nachkapitalistische Sozialstrukturen Seite 9

Interview:
Aufgewachsen im Kibbuz
»Wenn Du willst, machst Du Pause« Seite 10

Kommunen International
Der C.A.L.L.-Rundbrief Seite 10

D 8008

WEIMAR – KUNDGEBUNG GEGEN NAZILADEN

Wehret den Anfängen...

Am 30. Januar, am 72. Jahrestag der Machtübergabe an Adolf Hitler, fand im Rahmen der Antifa-Aktionswoche in Weimar eine Kundgebung gegen den Laden »zum Kaiser« statt, der unter anderem Naziklamotten verkauft. Gegen 16 Uhr sammelten sich ca. 30 AntifaschistInnen um unter dem Motto »Thor Steinar stinkt – Gegen rechten Lifestyle – Naziläden dichtmachen« gegen »zum Kaiser« zu demonstrieren.

von Ronkong Coma, indymedia ● Umgeben von anderen gewöhnlichen Geschäften befindet sich im ehemals jüdischen Handelshaus am Theaterplatz in Weimar ein netter Klamottenladen, der sich »zum Kaiser« nennt. Hier kann man gemütlich schicke Klamotten kaufen, modern und sportlich ist das Angebot und auch als Neonazi ist man hier gut bedient. Neben T-Shirts mit Wehrmachtssoldaten und »Our-German-Army«-Schriftzug ist hier auch die berüchtigte Kleidermarke »Thor Steinar« käuflich zu erwerben.

Der Ladenbesitzer und die Bedienung wissen über den Hintergrund der Nazi-Pop-Marke Bescheid und möchten anscheinend nicht auf Kundschaft aus dem militanten Spektrum verzichten: Dies hat sich bei Aufklärversuchen herausgestellt, dei denen Ladenbesitzer und Bedienung offen ihre Verachtung gegen das antifaschistische Engagement äußerten.

In Weimar zeigt sich eine traurige Kontinuität, was die Existenz von Naziläden betrifft. Hier gab es kein Jahr ohne Naziladen. Vorletztes Jahr war es noch der Naziladen des berüchtigten Neonazis Ingo Grönwald, der trotz seiner Bewährung ungestraft auch gewalttätig auffallen konnte. Letztes Jahr konnte glücklicherweise die Eröffnung des Naziladens »Empire« verhindert werden. Nun ist es »zum Kaiser«, aber rechtlich scheint dieser Laden kaum antastbar zu sein.

In der Stadt Weimar, welche im Schatten des Konzentrationslagers Buchenwald steht, in dem über 50.000 unschuldige Menschen ermordet wurden, in einer Stadt, die eben nicht nur Kultur und Weimarer Klassik bedeutet, sondern auch Massenmord und Zivilisationsbruch, ist es möglich, dass in einem Laden, als wäre es das normalste auf der Welt, Naziklamotten verkauft werden, mit denen sich die Faschos kleiden um ihrer Menschenverachtung nach außen zu tragen. In Deutschland, das Land von dem ein Krieg ausging, der Not und Elend in ganz Europa nach sich zog, ist es möglich, dass Faschisten rechtlich geschützt Modemarken herstellen und verkaufen können um ihre Symbole und ihre Ideologie in den Mainstream zu tragen.

Es gilt sich diesen Missständen zu wiedersetzen. Wehret den Anfängen – denn nicht mit den Konzentrationslagern begann der Terror des nationalsozialistischen Wahnsinns, sondern mit ihnen endete er. Während der Kundgebung wurden Redebeiträge verlesen, Flugblätter zum Thema verteilt und Musik gespielt.

Die Medien waren sehr an der Kundgebung interessiert: Anwesend waren TLZ, Radio Lotte und Salve TV. Die Vertreterin von Radio Lotte, befragte, nachdem sie sich mit TeilnehmerInnen der Kundgebung unterhalten hatte, auch die Bedienung im »zum Kaiser« zu Thor Steinar. Diese behauptete, sie hätten die Marke aus dem Sortiment genommen, was lächerlich ist, weil es einfach nicht stimmt. Nach wie vor ist die Nazimarke im Kaiser-Store käuflich zu erwerben, nach wie vor wird auf der Werbetafel des Geschäfts auch für Thor Steinar geworben.

Nach Beendung der Kundgebung wurde ein rennender, »Nie-wieder-Deutschland«-rufender Block gesichtet, der in Richtung Goetheplatz verschwand.●

Links:
www.turnitdown.de
www.we-will-rock-you.tk
www.stop-thorsteinar.de.vu

JUSTIZSKANDAL UM STUTTGARTER STAATSANWALTSCHAFT

Polizeiliche Hexenjagd

Erneut erwies sich, dass Zivilcourage gegen rechts im Rems-Murr-Kreis unerwünscht ist. Mit Grosseinsätzen in Schorndorf und Backnang gingen Polizei und Staatsanwaltschaft am 21. Januar unter Berufung auf § 86 (Verbreiten faschistischer Propaganda) und § 86 a (Verwendung faschistischer Symbole) nicht etwa gegen Neonazis, sondern gegen Nazigegner vor, die dort vor der neofaschistischen Gefahr warnen wollten.

Dieter Lachenmayer, VVN/BdA ● Zahlreiche junge Leute wurden von Greiftrupps regelrecht verfolgt, gestellt, verhaftet und in Handschellen abgeführt, allein deshalb weil sie Abzeichen mit Anti-Nazi Symbolen trugen oder entsprechende Flugblätter verteilen wollten. Der Infostand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die 1947 von überlebenden Naziopfern gegründet wurde, wurde in Backnang von einem riesigen Polizei-Aufgebot eingekesselt, die Materialien durchwühlt und schließlich wiederum wegen durchgestrichener oder zerstörter Hakenkreuze beschlagnahmt.

Dabei hatte das Verwaltungsgericht Stuttgart am Vortag das Anliegen der Nazigegner ausdrücklich für rechtlich einwandfrei erklärt und den Behörden untersagt, dagegen vorzugehen. Das Ordnungsamt Backnang hatte nämlich versucht, die Erlaubnis für einen entsprechenden Infostand der VVN-BdA mit dem Verbot des Verteilens von Materialien, »mit Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, z.B. einem zerbrochenen Hakenkreuz« zu verbinden.

In einem von der VVN-BdA angestrengten Eilverfahren wies das Verwaltungsgericht Stuttgart diese und andere schikanöse Auflagen für den Infostand der Nazigegner in klaren Worten zurück. »Danach ist ... die Wahrscheinlichkeit einer Störung der öffentlichen Sicherheit durch Verwendung eines nicht näher spezifizierten »zerbrochenen Hakenkreuzes« derzeit nicht hinreichend dargetan oder ersichtlich.« Das Gericht weist daraufhin, dass der entsprechende Paragraf (86a) ausdrücklich nicht zur Anwendung kommt, »wenn das Propagandamaterial oder die Handlung u.a. der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.« Das Gericht weist zudem deutlich darauf hin, dass der Antragsteller, die VVN-BdA, »sicherlich nicht im Verdacht steht, nationalsozialistische Ziele zu vertreten oder zu propagieren.«

Der Einsatz von Polizei und Staatsanwaltschaft erweist sich vor dem Hintergrund dieses Urteils als offener Bruch mit dem Rechtsstaatsprinzip. Während das Verwaltungsgericht Stuttgart vollen Rechtsschutz für die Anliegen der Antifaschisten hergestellt hat, führen Polizei und Staatsanwaltschaft, diejenigen, die diesen Schutz genießen, in Handschellen ab.

Die VVN-BdA wird sich von diesem rechtswidrigen Verhalten von Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaft auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, aktiv gegen Rassismus, Faschismus und Gewalt zu bleiben. Der vom Bundeskanzler ausgerufene »Aufstand der Anständigen« muss im Rems-Murr-Kreis ohne Unterstützung der Behörden stattfinden.

Auch rechtliche Schritte einschließlich Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen dieses Rechtsbruches behalten wir uns vor.●

Presseerklärung der VVN/BdA vom 23.1.2006

GEMEINT SIND WIR ALLE!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen Berufsverbote am 25. März in Karlsruhe

Seit Anfang des Jahres 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Im September 2005 hat sich Hessen dieser Maßnahme angeschlossen und Csaszkóczy eine bereits zugesagte Stelle verweigert.

Über mehr als 12 Jahre hinweg wurde Csaszkóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren. Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 1995 als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt hat. Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet. Berufsverbote verstoßen gegen die Menschenrechte und schaffen ein Klima der politischen Einschüchterung.

Wir fordern die Einstellung und Rehabilitierung Michael Csaszkóczys und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.

Weg mit den antidemokratischen Berufsverboten! Grundrechte verteidigen!

GEW Baden-Württemberg, GEW Hessen, Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot

bundesweite Demonstration gegen Berufsverbote
Samstag, 25. März 2006
Karlsruhe
12 Uhr, Kronenplatz

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2006

Neue Schnupperabos...

Erasmus Schöfer spendete in diesem Monat weitere zehn Schnupperabos, die an von ihm genannte Anschriften gesandt werden. Gespendete Schnupperabos sind gezielte Werbung für unser Zeitungsprojekt, dem immer noch 147 Neuabos fehlen, um schwarze Zahlen schreiben zu können. Leider steigen auch die Preise unserer externen Dienstleister. Der Postzeitungsvertrieb ist teurer geworden und unsere Druckerei verhandelt gerade mit den Papierlieferanten, die einen um 10-15% höheren Preis anvisieren. Trotz allem wollen wir den Abopreis nicht erhöhen, bitten aber weiterhin um freiwillige Umstellungen auf eine Fördermitgliedschaft.

Redaktion Heidelberg ● Weitere Spenden in Höhe von **335 EUR** gingen auf unserem Konto ein. Diese und neue Fördermitgliedschaften reduzieren unser Spendenziel in diesem Jahr auf **5.970,30 EUR**, davon werden **3.970,30 EUR** benötigt, um unsere voraussichtliche Deckungslükke zu schließen. Allen SpenderInnen und Fördermitgliedern herzlichen Dank für ihre Unterstützung!

Die Spenden im Überblick:
- ● Nico Schindler, Mannheim (18 EUR)
- ● Joachim Hertrampf, Bremerhaven (50 EUR)
- ● N.N., Bremen (50 EUR)
- ● N.N., Hamburg (20 EUR)
- ● Friedengruppe Pax an, Köln (40 EUR)
- ● Dirk Blochberger, Österreich (24 EUR)
- ● Tiedeke Heilmann, Suhlendorf (5 EUR)
- ● Hans-Georg Knierim, Portugal (108 EUR)
- ● Heinz Weinhausen, Köln (20 EUR)

Ein Abo wurde auf Fördermitgliedschaft umgestellt:
- ● Simon Kaupert, Plüdershausen (62 EUR)

Eine neue Fördermitgliedschaft:
- ● Hans-Georg Knierim, Portugal (62 EUR)

Es gab vier neue Abos. Leider ließen sich wiederum Abokündigungen nicht vermeiden, fünf Abos wurden gekündigt. Das Ziel der Abokampagne liegt nun bei 147+.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zu kommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR beträgt. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 5.970,30 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 147+ Neuabos

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

KURT'S SURF CENTER: VERLIEBT, VERLOBT, VERHEIRATET UND VERKAUFT

Über kosmische Küsse und Krisen

Das durch das Internet ermöglichte »globale Dorf« hat einen äußerst skurrilen Marktplatz. Da wird so alles mögliche vertickt, verstrickt und verbandelt. Ein Markt ohne Grenzen bietet alle Möglichkeiten. Die Fantasie hierbei scheint unverfänglich, weil virtuell, und damit auch unerschöpflich.

Einen ersten Hochzeitskuss per Web gab es bereits zu Jahresbeginn. Frau Dewi aus Indonesien heiratete online unter Mitwirkung eines muslimischen Geistlichen, hat ihren neuen Gemahl Herrn Wiriadi aber noch nie in Wirklichkeit erlebt. Dieser weilte zu seiner Trauung nämlich in seiner Firma in Kalifornien, war also real verhindert. Getroffen und kennen gelernt hatten die beiden sich in Chatrooms. Weitere Kontakte liefen ausschließlich über email und Telefon. Allein der Vollzug der Ehe soll in diesem Monat höchst körpernah stattfinden: Frau Dewi reist hierfür in die USA.

Alex Tew

Wirklich verliebt ist der Profi-Surfer oder die Surferin aber ausschließlich in eins. Ja richtig: money makes the world go round. Ein gutes Beispiel ist der britische Student Alex Tew. Der hatte die Idee, seine Website für einen Dollar pro Pixel (Maßeinheit für Bildschirmgrafik) zu verkaufen. So entstand die Millionendollarhomepage (www.milliondollarhomepage.com) und zu Jahresbeginn konnte der frischgebackene Jungmillionär bereits die letzten 1.000 Pixel gewinnbringend bei ebay versteigern. Geld stinkt eben nicht.

Das fanden vermutlich aus Russland stammende Computerfreaks offensichtlich auch und versuchen Alex seit dem 7.1. zu erpressen. Wenn er nicht umgehend Geld auf ihr Konto überweise, würde seine Website unter Massenabfragen lahmgelegt (DoS = Denial of Service-Attacke). Als Alex nicht zahlen wollte, wurde sein Webserver auch prompt von tausenden Computern angefragt, bis er zusammenbrach. Erst unter Zuhilfenahme amerikanischer Spezial-Hosts konnte er sie wieder ins Netz stellen.

Andere versuchen eher, ihm nachzueifern. Wendete die Millionendollarhomepage sich eher an Firmen, so ist die Zielgruppe der Mile-Wall-Site (www.themilewall.com) eindeutig die der Graffity-Künstler. Ideengeber Travis Smith will auf diese Weise die längste Website der Welt schaffen, dass er eine Meile Sprühkunst für einen Dollar pro Quadratzoll verkauft – bei 63.360 Zoll pro Meile wirklich kein schlechtes Geschäft.

Liebe und Geld, Geld oder Liebe sind letztendlich auch Anlass zu zahllosen weiteren Webgeschäften. Gemeint sind nicht einmal die zahllosen Pornosites oder die Partnerschaftsagenturen. Seit neuesten entstehen nämlich auch Trennungsagenturen. Dort werden Trennungspakete für alle möglichen Liebes- und Lebenslagen verhökert: mit oder ohne Blumenstrauß, höflich, liebevoll oder unwirsch – alles zu haben. Eine email und entsprechende Knete genügt.

Der Erstautor dieses Projekts machte dann auch gleich vor, wie sich professionell getrennt gehört. Er trennte sich von seiner eigenen homepage, indem er sie meistbietend im Internet versteigerte.●

DIE WACKERSDORF-CHRONIK

20 Jahre danach

Der Zufall will es, dass mich berufliche Wege in die herbstliche Oberpfalz führen, just fast genau zwanzig Jahre nach Beginn der heißen Phase des Widerstands gegen das umstrittenste Atomprojekt der deutschen Geschichte... Anlass eines Rückblicks...

von Aktivist aus dem Norden, indymedia 17.11.2005 ● Während ich die große Straße aus Schwandorf heraus entlang fahre, denke ich mir »Mein Gott ist das lange her«. 1987 war ich das letzte mal hier gewesen. Der Zufall führte mich in die Oberpfalz, und der Wunsch überkam mich, dem früheren WAA-Gelände einen Besuch abzustatten...jenem Baugelände, welches vom Herbst 1985 bis zum Sommer 1987 zum Hauptschwerpunkt meines Lebens wurde – nicht als Anti-AKW-Aktivist oder sogenannter »Chaot«, sondern als Berichterstatter einer deutschen Nachrichtenagentur. Als ich das Ortsschild »Wackersdorf Lkr. Schwandorf« passiere, nach links in die kleine, wenige hundert Einwohner zählende Gemeinde fahre, kommen ungezählte Erinnerungen in mir auf... Ausharren im Taxöldener Forst bei klirrender Winterkälte in Erwartung der Hüttendorfräumung, die oft massiven Polizeieinsätze an Ostern und Pfingsten, nächtliche Durchsuchungen von Bauernhöfen durch Spezialkommandos, die Angst vor Wasserwerfern und CS-Gas, Schwerverletzte auf beiden Seiten, die beispiellose bundesweite Solidarisierung und Mobilisierung sowohl militanter als auch gewaltfreier Aktivisten...

Mit dem Auto unterwegs, finde ich auch fast zwei Jahrzehnte später problemlos den Weg zum WAA-Gelände. Ich staune: nichts erinnert mehr nur am entferntesten an den Bauplatz des umstrittensten Atomprojekts der Bundesrepublik. Auf den großen Werbetafeln steht »Innovationspark«, von allen Seiten herrscht reger LKW-Lieferverkehr. Wo einst atomare Brennstäbe wiederaufbereitet werden sollten, hat heute die Industrie einen bedeutenden Wirtschaftszweig geschaffen durch die Ansiedlung von Firmen und Fabriken. Ich steige aus, setze meinen Weg zu Fuß fort...wo ist der Bauzaun, den ich als meterhohen Betonwall mit Besteigeschutz und Überwachungskameras in Erinnerung hatte? Verschwunden! Statt dessen: ein normaler Zaun, wie an jedem anderen Werksgelände in Deutschland auch.

Hier war das berüchtigte »Chaoteneck«, wo sich regelmäßig auswärtige Revoluzzer Schlachten mit den anrückenden Wasserwerfern lieferten?? Wie die Zeit vergeht...nichts erinnert mehr an den Hauch von Bürgerkrieg im Tschernobyl-Jahr. Im Ort zurück. Ich spreche einige junge Leute an, Anfang bis Mitte zwanzig, ob sie wissen, was denn einst hinter dem großen Waldstück gebaut werden sollte. Schulterzucken. Keine Ahnung.

Betroffen fahre ich weiter. Keine Ahnung bei der jungen Generation über ein Baugelände, welches die Oberpfalz über Monate an den Rand des Ausnahmezustands brachte und eine zeitlang die bundesdeutsche Politik in Aufruhr versetzte? Ich entschied, eine Chronik des WAA-Widerstands im Web niederzuschreiben. Hier ist sie. Ich ergreife keine Partei, sondern bemühe mich um die Objektivität eines (ehemaligen) professionellen Berichterstatters. Anregungen und Kritik zu meiner Chronologie sind gerne willkommen.

Februar 1985:
Nach mehrjährigen politischen Auseinandersetzungen entscheidet sich die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) für die Gemeinde Wackersdorf im Landkreis Schwandorf als Standort für die erste atomare Wiederaufbereitungsanlage (kurz WAA)in der Bundesrepublik Deutschland. Bayerns Ministerpräsident Strauß hielt den Standort in einer abgelegenen, stark ländlich geprägten Gegend im Osten Bayerns als geeignet für eine »rasche und ungestörte Realisierung des Projekts«.

Jahrelange juristische Auseinandersetzungen um das WAA-Projekt, u.a. durch Masseneinwendungen der einheimischen Bevölkerung, sind somit weitgehend hinfällig geworden.

12.10.1985:
In München findet eine Großdemonstration von rund 20.000 Menschen gegen den Baubeginn der WAA Wakkersdorf statt. Auf dem Marienplatz wird der Vorsitzende der bayrischen SPD bei seiner Rede ausgepfiffen und mit Eiern beworfen; am Rande der Proteste kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und angereisten Demonstranten.

11.12.1985:
Im Taxöldener Forst, einem großen von vielen Seen geprägten Waldgebiet bei Wackersdorf, beginnen die Rodungsarbeiten für das Baugelände. Hunderte Hektar Wald werden in den kommenden Wochen gefällt.

14.12.1985:
Am Baugelände findet eine erste Großdemonstration gegen die Rodung statt, zu der Zehntausende kommen. Im Anschluss daran wird das Baugelände besetzt.

In einer gut koordinierten Aktion wird binnen kürzester Zeit ein Hüttendorf errichtet und mit einer provisorischen Infrastruktur versehen. Bereits hier fällt ein sehr effektiver und starker Zusammenhalt zwischen der einheimischen Bevölkerung (die massenweise Lebensmittel an die Aktivisten liefert) und den aus allen Teilen des Bundesgebiets angereisten Aktivisten auf; federführend beim Hüttendorfbau sind Gruppen aus dem süddeutschen Raum, welche bereits Jahre zuvor Erfahrung bei vergleichbaren Hüttendörfern an der Frankfurter Startbahn gesammelt hatten. Trotz klirrender Kälte ist die Solidarisierung und der Widerstandswille gegen das WAA-Projekt bereits hier beeindruckend.

16.12.1985:
Ein Großaufgebot von 3.400 Polizisten räumt das Hüttendorf und reißt die Holzhäuser nieder; gewaltsame Auseinandersetzungen sind (noch) eher vereinzelt zu beobachten, Widerstand wird überwiegend gewaltfrei durch Sitzblockaden etc geleistet. Mit vor Ort sind auch Abgeordnete der Grünen, die extra von ihrem Parteitag in Offenburg direkt ans WAA-Gelände gereist sind. Die Polizeiaktion führt zu der bis dahin größten Massengewahrsamnahme der deutschen Polizeigeschichte: fast 900 Personen werden festgenommen und z.T. erkennungsdienstlich behandelt. Spezialkommandos seilen sich aus Hubschraubern in die Kronen hoher Bäume ab, um Aktivisten aus Baumhäusern zu entfernen. Trotz der Räumung wird über die Weihnachtsfeiertage ein zweites neues Hüttendorf errichtet.

07.01.1986:
Auch das zweite Hüttendorf wird durch ein Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz geräumt. Hier kommt es zu über 800 Festnahmen, viele Ermittlungsverfahren werden eingeleitet. Die Anwesenheit der Anti-Terror-Einheit GSG 9, die während der Räumung abgesetzt in Bereitschaft steht, aber nicht zum Einsatz kommt, sorgt innerhalb des Widerstands für Diskussionen. Erstmals sind laut Polizei auch »gewaltbereite Aktivisten« vor Ort auszumachen, die u.a. einen Hubschrauber mit Leuchtraketen beschießen. Bayerns CSU-Innenminister Hillermeier äußert in einem WELT-Interview, dass von den 833 Festgenommenen lediglich 38 aus dem Lankreis Schwandorf kämen.

Aus: vorwärts bis zum nieder mit, HKS 13 – 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen

Februar 1986:
Faschingstreiben am Baugelände der WAA. Mittlerweile ist ein meterhoher Metallzaun rund um das vollständig gerodete Baugelände errichtet.

Es kommt zum ersten erfolgreichen Versuch einer Gruppe auswärtiger Demonstranten, den Zaun zu überwinden und das Baugelände zu stürmen. Es wird klar, das von nun an der Bauzaun im Mittelpunkt der Protestaktionen stehen wird. Auffallend ist die zunehmende Präsenz von Vermummten. Nach offiziellen Angaben wurden laut Süddeutscher Zeitung in der Zeit vom 11. Dezember bis zum 30. Januar bei den WAA-Protesten 1.713 Personen erfasst, davon 450 aus der Oberpfalz, 626 aus dem übrigen Bayern und 611 aus dem restlichen Bundesgebiet.

28.-31.03.1986:
Großer Ostermarsch in Wackersdorf, zu dem bundesweit aufgerufen wurde. Rund 30.000 Demonstranten kommen an den Bauzaun. Das bayerische Innenministerium rechnet mit einer Gewalteskalation und schickt 5.000 Polizisten sowie eine große Zahl von Wasserwerfern an den Ort des Geschehens. Im Vorfeld appelliert CSU-Fraktionschef Tandler im Landtag an die SPD, sich von den befürchteten Gewaltaktionen am Ostermontag zu distanzieren. Während des Ostermarsches greifen etwa 150 vermummte Autonome mehrfach den Bauzaun an. Die Polizei antwortet mit dem stundenlangen massiven Einsatz zahlreicher Wasserwerfer und setzt zum ersten Mal in Bayern den umstrittenen Reizstoff CS ein. Die WAA-Gegner registrieren zahlreiche schwere Verletzungen der Augen und Atemwege bedingt durch den massiven CS-Gas-Einsatz, Demo-Sanitäter sind im Dauereinsatz, um Verletzten die Augen auszuspülen. Auch viele friedfertige Demonstranten werden durch den Gas-Einsatz in Mitleidenschaft gezogen. Am Rande stirbt ein asthmakranker Mann an Atemnot; die Polizei bestreitet einen Zusammenhang zwischen dem Todesfall und dem CS-Stoff. Nach Angriffen von Vermummten auf ein ZDF-Kamerateam bei Hofenstetten wird das dortige Zeltlager von der Polizei umstellt, es gibt zahlreiche Festnahmen, v. a. von angereisten Berliner Aktivisten. In den Folgetagen wird der Polizeieinsatz quer durch die Presselandschaft als überzogen und unverhältnismäßig kritisiert.

26. April 1986:
Super-GAU in der Sowjetunion – der Begriff Tschernobyl wird zum Inbegriff für atomare Gefahren einer ganzen Generation. Erst Tage später dringt das wahre Ausmaß der Atomkatastrophe an die Öffentlichkeit. Bundesinnenminister Zimmermann beschwichtigt im Fernsehen, das keine Gefahr bestehe, aber das alltägliche Bild lässt an dieser Aussage zweifeln: Gemüse auf Wochenmärkten wird mit Geigerzählern gemessen, Sportplatz-Verbot an vielen Schulen, erhöhte Werte werden in Wäldern festgestellt...am Wochenende nach der Reaktorkatastrophe kommt es in vielen deutschen Städten, auch am WAA-Baugelände, zu Massendemonstrationen gegen die Kernenergie.

03.05.1986:
Anti-WAA-Musikfestival mit Zeltlager, Tausende kommen.

17.-20.05.1986:
Die berühmte »Pfingstschlacht« von Wackersdorf: Eine offensichtlich fatale Fehleinschätzung der Polizeiführung hat zur Folge, das am Pfingstwochenende kein Massenaufgebot wie an Ostern, sondern nur wenige Hundertschaften der Polizei im Baugelände im Einsatz sind. 10.000 Demonstranten kommen, unter ihnen das laut SPIEGEL »gesamte mobile Randale-Potential der Bundesrepublik«. Tatsächlich gewinnt man vor Ort den Eindruck, das die Zahl der vermummten Militanten weit über tausend beträgt. Sogenannte »Berufsdemonstranten« aus dem norddeutschen Raum sind ebenso zahlenmäßig stark vertreten wie jene aus West-Berlin, aus Freiburg und Göttingen, aus dem Ruhrgebiet und dem startbahn-erfahrenen Frankfurter Spektrum. Die Gewalteskalation in Wackersdorf erreicht ihren Höhepunkt: Das gesamte Wochenende hindurch werden die wenigen Polizeihundertschaften nahezu ständig mit Steinen, Mollis und Präzisionsschleudern mit Stahlkugeln attackiert; immer wieder müssen sich die Einheiten nahezu fluchtartig ins Baugelände zurückziehen. An mehreren Stellen werden große Löcher in den Bauzaun gesägt, in einem Fall wird sogar versucht, mittels eines gestohlenen Baggers den Zaun niederzuwalzen. Mehrfach müssen Rettungshubschrauber im WAA-Gelände landen, um schwerverletzte Polizisten auszufliegen. Aber auch auf der Seite der Demonstranten gibt es hunderte von Verletzten. Autonome bringen einen Strommast nahe dem Gelände zum Umstürzen, ein Regionalzug wird angegriffen und beinahe zum Entgleisen gebracht. Das Szenario ist auch heute noch ohne Übertreibung als bürgerkriegsähnlich zu bezeichnen. Die Polizei ist völlig in der Defensive, in den dreitägigen Schlachten zählt sie am Ende lediglich 21 Festnahmen. Auf einem großen Parkplatz nahe des Baugeländes wird ein kleiner Polizeitrupp von Autonomen eingekreist und massiv angegriffen, Mollis fliegen in Polizeifahrzeuge. Aus einem BGS-Hubschrauber werden Gasgranaten mitten in die tausenden anwesenden Demonstranten geworfen, zu einem Zeitpunkt, an dem sich der militante Teil längst entfernt hatte. Die Menschenmassen fliehen panisch vor dem Gas, man kann sagen, dass es glücklichen Umständen zu verdanken ist, das es hier keine Toten gab, die zu Tode getrampelt worden wären.

Fortsetzung auf Seite 4

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Solipogo für den indigenen Widerstand

Solisampler gehören in der linken Szene neben den obligatorischen Parties und Konzerten zu den verbreitetsten Formen der Projektfinanzierung. Ihre Qualität schwankt je nach Professionalität der betreffenden Gruppe bzw. deren Einbindung in die subkulturelle Szene. Die Zusammenstellungen sind häufig sehr durchwachsen; die Bands, die Songs beisteuern sind immer die selben und die bereit bestellten Songs wurden bereits auf x-Samplern verwertet.

Das anarchistische D.i.Y.-Label *Falling Down*, auf dem diese von der Chiapas-Soligruppe *Gruppe B.A.S.T.A.* zusammengestellte Sampler erschien, gehört zu jenen Labels, die in der Vergangenheit bereits durch aus diesem Trend herausstechende Solisampler aufgefallen sind – z.B. mit ihrem Tapesampler »Trotzdem & sowieso« (FDR 009) für den *Trotzdem-Verlag* oder ihrem ersten Solisampler für die EZLN (»Viva el EZLN« FDR 002).

Den größten Raum auf dem 24 Songs umfassenden Sampler nimmt szenetypischer Weise die Punk / HC-Fraktion ein. Sie wird u.a. präsentiert von der Luxemburger Pop-Punkband *Petrograd* (»Guerre Civil«), den Deutschpunk-Heroen *Slime* (»Zweifel«) und *Die Goldenen Zitronen* (»Mexiko und die EZLN«), über die Kanadischen Politpunx von *Propagandi* (»Fuck the border«) bis hin zu *Peace of Mind* (»Isolation«). Auch wenn das meiste davon bereits in einer gut sortierten Plattensammlung auffindbar sein sollte, sind diese Bands als Zugpferde sicherlich gut gewählt; die Songs sind auch noch nicht zu häufig verwertet worden. Weniger bekannt, aber nicht weniger hörenswert aus diesem Metier sind *Kobayashi* (»La Verité Simple«) oder die HClastigen *Harum Scarum* (»As Civilians Die«). Fehlen darf natürlich bei einer solchen Compilation nicht der Singer / Songwriter-Zweig, der von dem Münsteraner Liedermacher *Baxi* (»Das Gepäck«), *Fazed* (»Monster«) und *Brunelleschi Bong* (»Wir«) vertreten wird. Bei dem Track von *Fazed* handelt es sich um eine Vertonung eines Auszugs aus dem modernen, libertären Klassiker »bolo'bolo« von p.m.. Die letzten beiden Tracks auf der CD – »mi general Zapata« von *Jazinto* und »himno zapatista« von *Los jóvenes zapatistas del sur* – runden die Zusammenstellung thematisch ab. Es handelt sich bei der zu letzt genannten Combo um Milizionäre der EZLN. Weiteres Tonmaterial dieser beiden mexikanischen Bandprojekte ist direkt über die *Gruppe B.A.S.T.A.* erhältlich.

Insgesamt hat die Zusammenarbeit von *Falling Down Records* und der *Gruppe B.A.S.T.A.* einen weit über dem Durchschnitt liegenden Solisampler ergeben – vor allem durch die Einbeziehung von nicht europäischen Bands wie z.B. der Punkcombo *BBS Paranoicos* aus Chile. Die Bandauswahl ist gut ausgeglichen, sowohl die »üblichen Verdächtigen« – viele, die bereits Material bei *Falling Down* veröffentlicht haben, aber auch ein paar unbekanntere Gesichter; die Soundqualität ist ebenfalls gut. Die Auswahl der Hintergrundtexte, ein Artikel aus der Graswurzelrevolution (»Das Land denen, die es bearbeiten«, GWR April 2004) und ein informatives Interview mit der mexikanischen Journalistin Gloria Muñoz Ramírez, ist ausgewogen. Über die *Gruppe B.A.S.T.A.* und deren Arbeit aber erfährt mensch leider nichts. Lediglich auf das Booklet-Layout sollte in Zukunft mehr Wert gelegt werden – das lieblose Zusammenkleben von Texten ist kein Layout!

Die CD kostet 10 Euro (+RP) und ist sowohl über die *Gruppe B.A.S.T.A.* (www.gruppe-basta.de) als auch über *Falling Down Records* (c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, D-48153 Münster, fallingdown@gmx.de) erhältlich. Der Verkaufserlös kommt der *Ejército Zapatista de Liberacion Nacional* (EZLN / Zapatistische Nationale Befreiungsbewegung) zu gute.

DJ Chaoz

DIE ABENTEUER DER WARE

Wahrheiten der Warenproduktion

Kürzlich hat der Unrast-Verlag das Buch »Die Abenteuer der Ware« von Anselm Jappe herausgebracht. Der zur KRISIS-Gruppe zählende Autor versucht sich darin auf rund 250 Seiten an einer verständlichen Darlegung der Waren- und Wertkritik des Karl Marx, die er für das Herzstück antikapitalistischer Theorie hält. In diesem Zusammenhang behandelt Jappe notwendigerweise auch die Kategorie »Arbeit«. Außerdem gibt er historische und anthropologische Abrisse und verwirft diverse reformistische Konzepte zur »Humanisierung« der Warengesellschaft.

Es genüge nicht, die Wucherer aus der Tempelvorhalle zu verjagen, bemerkt der Autor zu Beginn. Man müsse das zentrale Zimmer betreten. Die wesentlichen Kategorien des Kapitalismus heißen Tauschwert, Arbeit, Ware, Geld. Sie beruhen auf einer Wertlogik, die so absurd wie grausam ist. Für mich stellt Anselm Jappes Untersuchung dieser Wertlogik eine wichtige und im Großen und Ganzen auch gelungene Ergänzung des 1999 veröffentlichten Wälzers »Schwarzbuch Kapitalismus« von Robert Kurz dar, der ja eher historisch und genealogisch vorgeht. Beide Autoren betonen, es handle sich beim Kapitalismus um eine ziemlich sonderbare Wirtschaftsweise, die über Jahrtausende hinweg und in etlichen Landstrichen der Erde nie um nur einen Deut vermisst worden ist. Allerdings wurde uns die gegenteilige Auffassung dampfeingehämmert. Und es wäre noch die Frage, wie sich dann die nicht zu bestreitende große Bannkraft der kapitalistischen Warenproduktion erklärt.

Die Maschine haben wir bereits erwähnt. Es fällt ja auf – Robert Kurz und Anselm Jappe vielleicht zu wenig – dass der Kapitalismus stets im Verein mit der Industrialisierung auftritt. Die scheinbar paradiesischen Aussichten, die dem kleinen Mann die große Maschinerie verheißt, mögen einen Teil jener Bannkraft ausmachen. Über Nacht reich werden können und am Tage von Konservendosen oder Cheeseburgern leben, die einem vom Fließband wie gebratene Tauben ins Maul fliegen, so stellt die Werbung noch heute den Kapitalismus hin. Auch in der Sowjetunion fand nichts anderes als ein ungeheuer verlustreicher Kraftakt »nachholender« Industrialisierung statt; an der Wertlogik wurde nie gerüttelt. Wichtiger erscheint mir aber der menschliche oder genauer der vor allem männliche Drang nach Verallgemeinerung, der im »Wert« ein faszinierendes Instrument der Expansion und des Gleichmachens findet. Jappe spricht einmal von der explosiven Widersprüchlichkeit der Ware und sieht davon ab, dass es sich dabei letztlich um die Zwiespältigkeit des Menschen handelt.

Konkret und abstrakt, Tier und Engel, Diener und Gott zugleich möchte er sein. Im Tauschwert ist das wie durch ein »Nadelöhr« (Jappe) gewaltsam zusammengezogen. Der Tauschwert stellt eine allen Phänomenen übergestülpte Zwangsjacke dar, die ihre Verwandtschaft mit Polizei- oder Maouniformen nicht immer verbergen kann. Damit tritt noch ein anderer Aspekt der Ehe zwischen Warenproduktion und Industrialisierung hervor. In ökonomischer Hinsicht gilt der Wert; in technischer die Norm. Beide ergänzen sich reibungslos. Beide glätten, stempeln, stanzen.

Grundlage der Wertlogik – aber auch wieder ihr Produkt – ist ein gnadenlos quantitatives Denken. Nur wenn ich die Vielfalt der Güter und Menschen auf diese Stufe hinabdrücke, kann ich sie »exakt« miteinander vergleichen und somit »gerecht« tauschen. Bei Gütern gibt nur eine sinnentleerte »Arbeitszeit« den umfassenden Maßstab her, bei Menschen beispielsweise zusätzlich der Umfang von Bizeps oder Busen oder ihre von Stoppuhren gemessene Geschwindigkeit. Die Erniedrigung der so erfassten und verglichenen Güter oder Menschen, liegt auf der Hand. Bei Juden wurden mitunter sogar die Schädelumfänge gemessen. Diese Parallele ist keineswegs an den Haaren herbeigezogen, hat doch ein hohes Tier von der SPD (Clement) soeben erst im Zusammenhang mit Sozialgeldempfängerinnen von Parasiten gesprochen.

Inzwischen geht die wertschaffende Arbeit bekanntlich aus, immer mehr Waren zerschellen an der Wertlogik, auch die ökologische Krise wurzelt hier. Allerdings veranlasst das die Wirtschaftskapitäne keineswegs zur Umkehr. Jappe betont, selbst wenn wünschenswert, wäre ein Kapitalismus mit sogenannten humanen oder sozialen Zügen nicht mehr möglich. So steigern unsere Kapitäne die Ausbeutung, verschärfen ihren Sparkurs, führen Krieg an allen Fronten. Das hindert freilich unsere »Traditionsmarxisten«, wie Jappe sie nennt, nicht daran, um jene hübschen Züge zu betteln, in erster Linie um Arbeitsplätze, und lägen sie auch in Konservendosen-, Mercedes- oder Eurofighterfabriken.

Dagegen versuchen unerschrockene Häuflein von linken Kommunarden seit Jahrzehnten, die kapitalistischen Grundkategorien wirklich auszuhebeln. Fensterbauen, Kinderhüten, Jappelesen gilt ihnen nur insofern gleich, als es durchweg sinnvolle Tätigkeiten sind. Sie zu messen, wäre schon deshalb unmöglich, weil sie sich gegenseitig sowie mit Kaffeetrinken, Klavierspielen oder Küssen durchdringen. Ähnlich sind die benachbarten Kommunen Waltershausen und Haina nicht auf Tausch, vielmehr auf eine sinnvolle Verteilung ihrer Ressourcen aus. Sie möchten den Ziegenkäse aus Haina nicht mit den Waltershäuser Hühnereiern verrechnen; es genügt vollauf, wenn sie jeweils von hier nach dort kommen, wo sie schließlich gebraucht werden. Von der DDR, auf deren ehemaligen Territorium wir siedeln, lässt sich in dieser Hinsicht leider nicht zehren, weil sie bloß Helden der Arbeit oder Diebe am Staatseigentum gezüchtet hat.

Für ein linkes Buch ist Jappes Untersuchung noch erstaunlich genießbar geschrieben. Wohltaten wie von Friedrich Georg Jünger (»Die Perfektion der Technik«), Walter Porzig (»Das Wunder der Sprache«) oder Elias Canetti (»Masse und Macht«) darf man wohl nicht erwarten. Aus irgendwelchen Gründen, denen ich möglicherweise einmal auf Kosten irgendeiner Stiftung werde nachgehen können, scheint die Linke Literatur zu hassen. Sie bevorzugt Diplomarbeiten, Schachtelsätze, überhaupt Verworrenes, Unanschauliches – das sich gern abusiv subsumiert und dadurch kompatibel wird – und die Verwendung der Konjunktion »dass« bis zum Exzess. Übrigens wundert es mich nicht, falls die Linke wirklich von Karl Marx abstammt. Die nichtvorhandene Lektorin aus dem Unrast-Verlag schlage in Jappes Buch nur einmal die beiden Marxzitate auf Seite 56 nach. Das einzige klare Wort, das mehrmals in ihnen aufscheint, ist »Verrücktheit«.

Damit möchte ich natürlich nicht die enorm hilfreichen wertkritischen Einsichten von Karl Marx angepinkelt haben. Aber ist es nicht eigentlich egal, ob diese Einsichten von ihm oder von Jappe oder von meinem Onkel Eduard stammen? Auffällig ist nämlich, wie sehr Jappe an Marx klebt. Er muss ihn unbedingt in jedem zweiten Absatz heranziehen, er muss ihn unbedingt verteidigen, vor allem gegen jenes Heer aus lediglich angemaßten Marxisten. Wäre es nicht einfacher, wir ließen diese »Traditionsmarxisten« kurzerhand rechts liegen? Oder auf den Sesseln der Vizeparlamentspräsidenten sitzen? Das geht nicht nur gegen die urdeutsche Neigung, aus jeder Scholle, auf der eine Familie oder eine Fraktion steht, ein Rechthabertum zu machen. Meines Erachtens müsste überhaupt die »große Verweigerung« (Herbert Marcuse) von 1968 wieder aufgelegt werden. Das hieße, die radikale Linke ließe das gesamte politisch-kulturelle »event«, das Tag für Tag in Deutschland gegeben wird, ins Leere laufen.

Unter dem lyrisch-zynischen Titel »Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit« haben CDU und SPD soeben ihren sogenannten Koalitionsvertrag in die Fernsehkameras gewunken, während Gerhard Schröder unverfroren erklärt, er habe solche Verträge noch nie gelesen, geschweige denn gehalten. So was greift in der Tat die Menschenwürde an. Wie aber Kurz und Jappe an Marxzitaten kleben, beten sämtliche linken Blätter das Regierungsviertelgeschehen nach, während Sahra Wagenknecht an den Lippen diverser Gregors oder Oskars hängt. Was hier an Eitelkeit zu viel ist, fehlt entschieden in der Selbstachtung.●

Henner Reitmeier, Kommune Waltershausen

Anselm Jappe: Die Abenteuer der Ware – Für eine neue Wertkritik. Einführendes Grundlagenwerk, Unrast Verlag, Münster, ISBN: 3-89771-433-7, 256 Seiten, 16 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Am Pfingstmontag entsendet das bayerische Innenministerium einen Hilferuf an die Polizeien anderer Bundesländer. Aus allen Teilen Deutschlands werden Wasserwerfer zum WAA-Gelände entsendet, lediglich die angeforderte Unterstützung aus Westberlin wird am DDR-Kontrollpunkt Dreilinden aufgehalten und darf nicht ins Bundesgebiet fahren. Am Pfingstmontag sind insgesamt 44 Wasserwerfer im Dauereinsatz, die bis heute höchste Zahl bei einem Polizeieinsatz in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In Wackersdorf wird zeitweise das Wasser abgestellt, damit die Werfer nachgefüllt werden können. Ein Zeltlager, in dem sich nach Polizeieinschätzung ein Großteil der Täter aufhält, wird umstellt und geräumt. Der Polizeieinsatz an Pfingsten und insb. der, wird in der bundesdeutschen Öffentlichkeit heftig kritisiert und führt auch zu polizeiinternen Konsequenzen (der verantwortliche Einsatzleiter wird abgesägt). Ministerpräsident Strauß verteidigt nachhaltig den Einsatz und insb. den umstrittenen Hubschrauberabwurf der Gasgranaten, seiner Aussage zufolge befanden sich die Beamten am Pfingstsonntag in Lebensgefahr und hätten auch von den Schusswaffen Gebrauch machen dürfen. In den folgenden Wochen beherrscht die Gewalt in Wackersdorf die Schlagzeilen aller Zeitungen und Nachrichtenmagazine, der SPIEGEL titelt Ende Juli »Aufrüstung für den Bürgerkrieg« und veröffentlicht eine Serie über die WAA-Gewalteskalation. Aber auch innerhalb der Polizei wird massive Kritik an dem Pfingsteinsatz laut: Viele junge Beamte fühlen sich verheizt, im Sommer gibt es infolge des Einsatzes die bis heute größte Massenkündigung von Polizisten, als über 100 Beamte auf einen Schlag ihren Dienst quittieren.

In den Wochen und Monaten nach Pfingsten befindet sich die gesamte Region in einem nahezu permanenten Ausnahmezustand: Tag und Nacht beherrscht massive Polizeipräsenz das Bild rund um Wackersdorf, Kolonnen von Polizeifahrzeugen sind zu sehen, ständig kreisen Hubschrauber um die nähere Umgebung. Auch Bundespolitiker haben »schnelle Lösungen« parat: Bundesbildungsminister Möllemann fordert den Einsatz der GSG 9 gegen Gewaltdemonstranten, was Polizeiführer wiederum vehement ablehnen.

Insbesondere die einheimische Bevölkerung sind die Leidtragenden der Entwicklung, da sie teilweise pauschal kriminalisiert werden, was sich auch in unzähligen nächtlichen Razzien und Durchsuchungsaktionen zeigt.

07.06.1986:
Bundesweite Mobilisierung gegen die Atomanlagen in Brokdorf und Wackersdorf. In Brokdorf kommen Zehntausende, es werden massiv Wasserwerfer und CS-Gas eingesetzt, in der Ortschaft Kleve kommt es nach einer Straßenschlacht zu einem umstrittenen Polizeieinsatz gegen einen Pkw-Konvoi auswärtiger Demonstranten. In Wakkersdorf demonstrieren über 25.000 Menschen, obwohl die Demo zuvor gerichtlich untersagt wurde. Beide Großeinsätze binden nahezu sämtliche verfügbaren Rerserven des gesamten bundesdeutschen Polizeiapparats. Am WAA-Gelände zeigt sich die Staatsmacht weitaus besser vorbereitet als Wochen zuvor an Pfingsten, wieder kommt es zu CS-Gas- und Wasserwerfereinsätzen.

Anfang Juli 1986:
Bei München wird der Siemens-Manager Beckurts durch eine Bombe der RAF getötet. Einige Politiker missbrauchen das Attentat, um den Widerstand gegen die WAA pauschal in die Nähe des RAF-Terrorismus zu rücken.

Mitte Juli 1986:
Bayerns Ministerpräsident Strauß verbietet Kernkraftgegnern aus Österreich, die gegen die WAA demonstrieren wollen, nach Bayern einzureisen. Einige Tage später rüstet er die bayerische Polizei als erstes Bundesland mit sog. Gummischrot-Distanzwaffen aus.

Die Gummigeschosse, bis dahin nur im europäischen Ausland bei Unruhen zum Einsatz gekommen, sollen künftig am Baugelände in Wackersdorf eingesetzt werden, wenn sich Eskalationen wie am Pfingstwochenende wiederholen. Allerdings sind die Gummischrot-Waffen bis zum heutigen Tage nie zum Einsatz gekommen.

26.-27.07.1986:
100.000 junge Menschen kommen aus allen Teilen Deutschlands zum großen Anti-WAAhnsinns-Musikfestival nach Burglengenfeld unweit von Wackersdorf, wo zahlreiche deutsche Rockstars (u.a. BAP und Grönemeyer) unentgeltlich auftreten, um ihrem Protest gegen die Kernenergie Ausdruck zu verleihen.

Die Polizei rechnet damit, das die Menschenmassen an den WAA-Bauzaun ziehen, und zieht ein Rekordaufgebot von 6.000 Polizisten zusammen. Es kommt jedoch während des Festivals zu keinerlei Zusammenstößen am Gelände.

12.-18.10.1986:
»Blockadetage« in der Oberpfalz. Nach bundesweiten Aufrufen finden über mehrere Tage hinweg vielfältige Aktionen gegen die WAA statt. Allmählich wird deutlich, das sich die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und gewaltbereiten Demonstranten nicht mehr auf den Bauzaun, sondern eher auf das Umland konzentrieren. Viele Zufahrtsstraßen werden mittels Sitzblockaden und Baumbarrikaden vorübergehend unpassierbar gemacht. Es kommt zu mehreren Anschlägen auf Strommasten, bei Walddurchsuchungen findet die Polizei zahlreiche Erddepots mit Mollies. Nach angeblichen Hinweisen auf versteckte RAF-Terroristen stürmen SEK-Einheiten einen Bauernhof, in dem angereiste Demonstranten Unterschlupf gefunden haben. Die Polizei ist weitaus stärker präsent als es noch im Sommer der Fall war, auch Hundertschaften aus anderen Bundesländern sind regelmäßig im Einsatz. In Schwandorf wird eine Spontandemo auf dem dortigen Marktplatz eingekesselt, wobei 250 Personen festgenommen werden. In Burglengenfeld kommt es zu massiven Schlagstockeinsätzen gegen Demonstranten, wobei besonders das Auftreten und Vorgehen von SEK's bei vielen für Empörung sorgt.

Weihnachten/Sylvester 1986:
Im dichten Schneetreiben wird trotz gerichtlichen Verbots am WAA-Gelände demonstriert. Einzelne Trupps versuchen, immer wieder Löcher in den Bauzaun zu sägen – eine Tätigkeit, welche mittlerweile rund um das WAA-Gelände schon Routine geworden ist. Die Polizei beklagt die nach wie vor vorhandene Gewaltbereitschaft auswärtiger »Chaoten«. Nach polizeilicher Meinung wird der WAA-Widerstand immer noch maßgeblich von demonstrationserfahrenen »Politkriminellen« aus dem Frankfurter, Göttinger und Berliner Raum getragen. Konkrete Belege für diese These bleiben jedoch aus.

Aus: vorwärts bis zum nieder mit, HKS 13 – 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen

Frühjahr/Sommer 1987:
Die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen am WAA-Gelände nimmt in den Folgemonaten kontinuierlich ab, so dass die massive Polizeipräsenz nach und nach zurückgeschraubt wird. Pressemeldungen kursieren, wonach die bayerische Staatsregierung enorme Summen in Millionenhöhen für eine drastische Aufrüstung des Polizeiapparats investiert hat. Protestaktionen zum Jahrestag des Tschernobyl-Unglücks sowie der Pfingstschlacht finden immer noch regen Zulauf von Demonstranten, verlaufen aber weitgehend ohne massive Polizeieinsätze.

Allmählich reduziert sich auch die sichtbare Anwesenheit von auswärts angereisten Demonstranten im Bereich der WAA.

Nach und nach kommt ans Tageslicht, das die örtliche Justiz mit der juristischen Aufarbeitung der Ermittlungsverfahren gegen WAA-Gegner heillos überfordert ist: die Zahl der Verfahren geht in die tausende.

05. – 10.10.1987:
»Herbstaktionen« gegen die WAA. Nach einigen Monaten der relativen Beruhigung kommen wieder an die 15 bis 20.000 Menschen nach Wackersdorf. Die Polizei ist mit 5.000 Polizisten optisch deutlich sichtbar präsent und führt viele Hausdurchsuchungen durch. Zeitweise gleicht der gesamte Landkreis einem regelrechten Heerlager. Eine Ansammlung auf dem Schwandorfer Marktplatz endet in überzogenen Schlagstockeinsätzen.

Trotz gerichtlichen Verbots ziehen am 10.10. zehntausende von Demonstranten in einem Marsch auf das Baugelände. Beim Versuch, die Massen mit Polizeiketten zu stoppen, eskaliert die Situation. Im Vergleich zu früheren WAA-Protesten fällt allerdings die geringe Teilnahme vermummter Autonomer auf, die nur vereinzelt in Erscheinung treten. Erstmals wird eine neugegründete Spezial-Einsatztruppe der Berliner Polizei eingesetzt, deren Vorgehen nicht nur bei Demonstranten, sondern auch bei professionellen Presse-Berichterstattern und vereinzelt auch bei eingesetzten bayerischen Polizisten für Entsetzen sorgt: Mehrfach stürmt die Berliner Polizeitruppe blitzartig aus dem Baugelände heraus in die Masse der weitgehend friedfertigen tausenden Demonstranten und prügelt mit langen Holzstöcken wahllos auf alles und jeden ein, der sich ihnen in den Weg stellt. Auch auf Frauen und am Boden liegende Bewusstlose wird eingeknüppelt. In einigen Fällen greifen sogar BGS-Sanitäter und Polizisten von anderen Einheiten ein, um die Berliner von weiteren Attacken abzuhalten. Der Einsatz sorgt für massive Kritik sowie eine Welle von Ermittlungsverfahren gegen die Berliner Einheit, die Staatsanwaltschaft Amberg vernimmt mehr als 250 Zeugen. Da keiner der Berliner Beamten identifiziert werden kann, müssen im Jahr darauf sämtliche Verfahren aus Mangel an Beweisen eingestellt werden.

Herbst 1988:
Der Widerstand wird im Laufe des Jahres 1988 deutlich weniger. An den Herbstaktionen im Oktober 1988 beteiligen sich nochmals an die 15.000 Demonstranten an einer Großdemonstration gegen die WAA. Vermummte Demo-Teilnehmer sind mittlerweile völlig aus dem Protestbild verschwunden.

Neu aufgestellte Greiftrupps der bayerischen Polizei, die Unterstützungskommandos (USK), treten erstmals massiv auf und nehmen zahlreiche Festnahmen vor.

April 1989:
Das Projekt WAA Wackersdorf wird offiziell für beendet erklärt. Der größte Kunde der zukünftigen Atomanlage hat erklärt, er würde seine Brennstäbe in Zukunft lieber im für ihn kostengünstigeren Ausland (La Hague in Frankreich) aufbereiten lassen. Somit ist die WAA Geschichte beendet.

Bis heute hat kein bundesdeutscher Politiker jemals daran gedacht, ein auch nur annähernd vergleichbares Atomprojekt in der BRD nochmals ins Gespräch zu bringen.●

ZÜRICHER WOHNSIEDLUNGSPROJEKT

KraftWerk1 in Zürich West

Auf dem internationalen workshop »Prozesse der Selbstorganisation – gemeinsame Selbstversorgung« in Köln (21.–23.10.05) stellten Bettina Büsser und Kathrin Lüssi das Züricher Wohnsiedlungsprojekt »KraftWerk1« vor. Sie berichteten ausführlich über Entstehung und Ziele, über die heutige Bewohnerstruktur, die Anteile von Selbstversorgung, über Kommunikationsprobleme und die Pläne für ein KraftWerk2. Der folgende Text beruht weitgehend auf ihren Ausführungen.

Begonnen hatten die InitiatorInnen 1995 mit der Gründung der Bau- und Wohngenossenschaft KraftWerk1. Im Statut steht: »Die Genossenschaft bezweckt in gemeinsamer Selbsthilfe, ihren Mitgliedern preisgünstigen Raum für Wohnen, Arbeiten und öffentliche Nutzungen zu verschaffen. .. Diese Strukturen sollen selbstverwaltete, sichere und ökologische Lebensformen ermöglichen.« Ein ehemaliges stadtnahes Industrieareal von 6,7 ha in Zürich West wurde von den Mitgliedern angekauft, bebaut und im Sommer 2001 bezogen. Heute gibt es dort 80 Wohnungen, einige Gemeinschaftsräume, auf 2.500 qm Büro- und Gewerbeflächen, ein Restaurant und Parkplätze. Die Mieten liegen etwa 20% unter den in Zürich marktüblichen Mieten. Zusätzlich wird von den BewohnerInnen monatlich ein einkommensabhängiges sogenanntes »Spiritgeld« erhoben. Die Hälfte dient der Verbilligung von Mieten, mit der andern Hälfte wird in gemeinsam geplante soziale, kulturelle oder ökologische Initiativen der BewohnerInnen investiert.

Die Organisation von KraftWerk1 beruht auf zwei Säulen: Der Vorstand der Genossenschaft ist verantwortlich für Unterhalt und Betrieb der Siedlung, für weitere Bauprojekte und für die Einhaltung der für alle verbindlichen »Charta«, (nachzulesen unter www.kraftwerk1.ch oder www.stiftung-fraueninitiative.de/Dokumentation workshop2002.) Die zweite Säule ist die im Statut verankerte Selbstverwaltung der Mitglieder. Es haben sich Arbeitsgruppen für verschiedene Bereiche gebildet, die Projektideen der BewohnerInnen umzusetzen versuchen. Eine Koordination der Vorschläge findet im KraftWerk1-Rat statt. Einmal im Jahr gibt es an einem Wochenende die Mitgliedervollversammlung.

Selbstversorgung im KraftWerk1

Es wohnten 2003 193 Erwachsene und 45 Kinder/Jugendliche bis 16 Jahren in der Wohnsiedlung. 36% sind ausländische BewohnerInnen. 90 Personen haben Arbeitsräume angemietet. Selbstversorgung, meinen Bettina Büser und Kathrin Lüssi, ist dann ein (zu) großer Begriff, wenn damit die Produktion materieller Güter gemeint ist. Neben der Solarstromanlage könnte dann allenfalls noch das siedlungseigene Intranet und die Bereitstellung mehrerer Gemeinschaftsräume genannt werden. Selbstversorgung ist eher feiner gestrickt, sagen sie und zählen Beispiele auf: der Hilfefond, die Infrastruktur mit Begegnungsstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen, Arbeitsgruppen, gemeinsame Aktionen (Flohmärkte, Entsorgungsaktionen, Spieleabende, Veranstaltungen, Hausblatt, Quartierarbeit).

Selbstorganisation ist gar nicht so einfach

Die Autorinnen schreiben: »Nun leben wir seit vier Jahren im KW1, und die Beobachtung »von der Bewegung zum Stillstand« ist zwar höchst subjektiv und trifft bei genauerem Hinsehen auch nicht wirklich zu, entspricht jedoch einer Empfindung, die viele der ErstbezügerInnen haben. Wir sind ins Paradies eingezogen und sind nun konfrontiert mit Dingen, die im Paradies nicht vorkommen:

- Das Engagement nimmt insgesamt ab, mehrere Arbeitsgruppen beklagen Mitgliederschwund oder gehen ein. Bei einigen Leuten ist gar ein burn-out bemerkbar;
- Gemeinschaftsräume werden schlechter genutzt, ihr Unterhalt und Betrieb wird zum Problem;
- Es sind immer etwa dieselben Leute, die sich engagieren, die Gewinnung neuer BewohnerInnen für das Engagement im Projekt, bzw. die Mitarbeit gestaltet sich harzig;
- Enttäuschung über die Realität nach der Utopie führt bei einigen »PionierInnen« zu Abwendung vom Projekt;
- Diebstahl auch von Gemeinschaftsgütern kommt vor;
- die Diskussionen um Sauberkeit und Putzen reißen nicht ab.

Professionalisierung /Auslagerung
Schaffung einer bezahlten Stelle für interne Kommunikation: Seit Frühjahr 2005 arbeitet eine Gruppe an einem Pflichtenheft für eine professionelle, bezahlte Kommunikationsstelle.

Schaffung von Anreizen, Bewusstwerdung kommunikativer Prozesse
Anfang Dezember wurde mit einer Fachkraft ein Workshop Soziometrie/Psychodrama durchgeführt mit dem Ziel, kommunikative Prozesse und Strukturen innerhalb des Projekts deutlich zu machen.
Organisation punktueller niederschwelliger Events, die für neueingezogene oder bisher wenig aktive Leute interessant sind.

Reduktion der Komplexität, bzw. des Aufwandes für die Selbstorganisation
Aufhebung der BewohnerInnenorganisation, Schaffung einer verantwortlichen Stelle im Genossenschaftsvorstand.

KraftWerk1 Foto: Mathias Hofer

Alle obgenannten Beobachtungen werden an Vollversammlungen oder Treffen der Arbeitsgruppen wiederkehrend thematisiert. Verschiedene Lösungsansätze werden derzeit diskutiert oder befinden sich bereits in Umsetzung:

brasserie bernoulli im KraftWerk1 Foto: Mathias Hofer

Zukunftsplan KraftWerk2

KraftWerk1 hat verschiedene Wurzeln. Eine der zentralen Anregungen ging von P.M.s 1983 erschienener Utopie bolo'bolo aus. In seinem Werk ging P.M. davon aus, dass die Deindustrialisierung auf der Nordhemisphäre einen Rostgürtel aus verlassenen Industriebrachen hinterlassen hat. Dieses vielfältige Erbe kann wieder urbanisiert werden, diese Räume können für neue alternative Lebensformen in Besitz genommen werden – als Basis für eine Zivilisation jenseits der Arbeitsgesellschaft, jenseits der beiden Blöcke Kapitalismus und Sozialismus.

KraftWerk1 kann zwar kaum in Anspruch nehmen, eine Alternative zu Kapitalismus und Sozialismus geschaffen zu haben. (*Es kann ja auch nur darum gehen, sich in kleinen Schritten andere und gewünschte Lebensformen zu schaffen. C.Mö.*) Der Entstehungsprozess von KraftWerk1 war durch eine Vielzahl intensiver Diskussionen und Debatten geprägt. Sie waren eines der Hauptinstrumente, um das Projekt weiterzuentwickeln. Das Projekt KraftWerk2 soll auf ähnliche Art entwickelt werden. Im Frühjahr 2005 ist der Prozess für die Entwicklung eines neuen Bau- und Wohnprojekts angelaufen.

Einig sind sich die Beteiligten darüber, dass auch KraftWerk2 Modellcharakter haben und Lösungen für aktuelle Probleme bieten soll. P.M. hat hierzu die These aufgestellt, dass die zukünftigen Herausforderungen in Gemeinschaftssiedlungen nicht im Bereich des Wohnens, sondern des Arbeitens liegen. Der drohenden Spaltung zwischen hochqualifizierten, gut verdienenden Arbeitskräften, welche spannende Jobs auf Weltniveau innehaben und unterqualifizierten, schlecht bezahlten Arbeitskräften, die sich den »Hausjobs« widmen (Hausarbeit, Landwirtschaft, Gesundheit, Erziehung, Reparatur, Infrastruktur, Verkehr etc), setzt er ein Rotationsprinzip entgegen. Das heisst, teilzeitartig, nach Jahreszeiten oder Lebensabschnitten wechseln Menschen zwischen »Weltjobs« und »Hausjobs«. Voraussetzung hierzu wäre ein umfassendes demokratisches Bildungssystem. Nach P.M.s Berechnung böte eine Siedlung von mindestens 500 BewohnerInnen die Möglichkeit, mindestens zwei volle Stellen im Bereich »haushaltnaher Dienstleistungen« zu schaffen, die von bis zu acht Personen geteilt werden könnten. Die Palette reicht dabei vom Betrieb eines Konsumdepots und Textilsalons über Stätten für die Kinderbetreuung bis hin zu mehreren Gästezimmern und einer Mediathek.

Wie auch immer KraftWerk2 aussehen wird – die zahlreichen Ideen der Beteiligten versprechen ein interessantes Projekt – eine der Herausforderungen wird wie bereits bei der Entwicklung von KraftWerk1 darin bestehen, auch Gruppen von Interessierten zu hören, die aufgrund ihrer Lebenssituation nicht soviel Zeit für eine Beteiligung an der Projektentwicklung aufbringen können, wie gut vernetzte Singles zwischen 20 und 35 Jahren.«●

ANMERKUNGEN

**Die Textteile sind dem Bericht von Bettina Büsser und Kathrin Lüssi für die Dokumentation des 2. Internationalen Workshops in Köln vom 21.–23.10.05 entnommen.
Die Dokumentation wird im Frühjahr erscheinen. Sie wird unter www.stiftung-fraueninitiative.de angekündigt.
Weitere Informationen zu KraftWerk 1+2 finden sich unter www.kraftwerk1.ch. Für Textauswahl und Überleitungen ist Carola Möller verantwortlich.**

KOMMUNE-INFO-TOUR 2006

Der Utopie dicht auf den Fersen?

**Große Worte für kleine Schritte?
Die Kommune-Info-Tour 2006 bietet Gelegenheit zur Debatte.**

Anfang März gehen wieder Mitglieder verschiedener Kommunen und Wohnprojekte der bundesdeutschen politischen Kommuneszene gemeinsam auf Tour. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, an verschiedenen Orten über alternative Wohn- und Lebensformen zu informieren und mit den Leuten vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Angesprochen werden durch die Infoabende sowohl Leute mit konkretem Interesse an Einstieg oder Neugründung einer Kommune, als auch Menschen, die allgemein interessiert sind, wie das Leben in einer Gemeinschaft, das Arbeiten in Kollektivbetrieben oder das Wirtschaften aus einer Kasse funktioniert und Lust auf eine Diskussion haben, ob und welche Lösungen solch eine Lebensform auf die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit bieten kann. Im Rahmen der Veranstaltungen werden ein Sketch zum Kommuneleben, eine Tondiaschau und die Vorstellung der beteiligten Projekte geboten. Anschließend laden die KommunardInnen zu Diskussions- und Fragerunden zum Thema Kommune ein.

Beteiligt an der Tour sind in diesem Jahr die Projekte Kommune Niederkaufungen bei Kassel, Kommune Waltershausen in Thüringen, Kommune Lokumuna aus Kassel, die Kommunen Karmitz und Meuchefitz aus dem Wendland, der Olgashof bei Wismar sowie die Finkenburg bei Bremen.●

Die Veranstaltungen finden in folgenden Städten statt:
4.3.06 Bonn, Kult 41, www.kult41.de
5.3.06 wahrscheinlich Koblenz
6.3.06 Mannheim, JuZ, www.juz-mannheim.de
7.3.06 Kaiserslautern, TU, www.uni-kl.de
9.3.06 Saarbrücken, Café Exodus, www.cafe-exodus.de
10.3.06 Trier, Multi Kulturelles Zentrum, www.multicultural-center.de
12.3.06 Bingen, Jugendzentrum »Altes Badhaus«, www.juz-bingen.de
Weitere Informationen:
Uwe Ciesla, Tel. (0 42 04) 68 98 003,
e-Mail: finkenburg@verden-info.de

NEUES PRAXISHANDBUCH

Freie Radiostationen

Rülps, Rumpelstilz und Schlappmaul – das klingt ein wenig nach drei Hauptdarstellern eines Abenteuerromans für Jugendliche. Tatsächlich jedoch sind es Stationsnamen Freier Radios aus den 80-er Jahren. Freie Radios gibt es auch heute noch, sie sind das Thema des kürzlich im Siebel-Verlag erschienenen Praxishandbuches »Freie Radiostationen« der Journalisten Rainer Pinkau und Sven Thiermann.

Das Buch beschreibt zunächst die Entstehung und Entwicklung der Freien Radios in den 70-er und 80-er Jahren. Im Anschluss versuchen die Autoren zu klären, welche Bedeutung der Begriff Freie Radios heutzutage noch hat und welche Sender unter veränderten gesellschaftlichen und medienrechtlichen Bedingungen überhaupt in die Kategorie Freie Radios fallen. Pinkau und Thiermann geben sich viel Mühe mit der Differenzierung heutiger Erscheinungsformen: Was unterscheidet beispielsweise einen offenen Kanal von nichtkommerziellem Lokalfunk? Strukturiert dargestellt werden auch Inhalte und Programmformen sowie deren Auswirkungen auf die Hörerinnen und Hörer. Galten Freie Radios in ihrer Anfangszeit eher als »Einschaltradio«, bei dem die Hörenden gezielt Sendungen auswählten, so sind heutzutage Stationen, die über Stunden oder gar Tage hinweg »durchhörbar« sind, keine Seltenheit mehr.

Auch Randgebiete der Freien Radios finden Berücksichtigung: Campus-Radios, Knastfunk, Schulradios, Kirchenradios und Krankenhausradios. Ein kurzes Kapitel widmet sich den Verbreitungsformen Freier Radios. Auch wenn die Vorteile der Verbreitung über UKW bisher unschlagbar sind, so gewinnen doch andere Verbreitungsmöglichkeiten wie das Internet zunehmend an Bedeutung. Aktuelles Beispiel dafür ist das so genannte »podcasting«: Radiosendungen können als mp3-files heruntergeladen und gehört werden.

Aus Platzgründen können nicht alle der rund hundert nichtkommerziellen Radiostationen von den Autoren detailliert vorgestellt werden. Deshalb wurde – nach klar benannten Kriterien – eine Auswahl von etwa 40 deutschen, acht österreichischen und fünf schweizerischen Stationen getroffen. Diese werden mit mehr oder weniger ausführlichen Angaben zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte sowie zur aktuellen Situation präsentiert. Angereichert werden die Beschreibungen mit Interviews, O-Tönen, Fotos und Grafiken. Deutlich mehr Stationen finden sich im Übersichtsteil am Ende des Buches. Die kurzen »Steckbriefe« enthalten Frequenzen, Sendezeiten, Ansprechpartner, Internet-Links und Telefonnummern.

Wie bei vielen Büchern aus dem Siebel-Verlag liegt auch bei diesem Werk der Schwerpunkt weniger auf gesellschafts- oder medienpolitischen Analysen, sondern auf Informationen mit praktischem Nutzen. Diesen Zielen wird das Buch gerecht.

Mangelhaft ist leider die formale Qualität. Zwar kommen die zahlreichen Fotos und Logos auf dem hochwertigen Papier gut zur Geltung, doch häufig ist die Herkunft der Materialien nicht erkennbar. Für Textdokumente gilt Ähnliches. Inhaltliche Aussagen in der ersten Person verwirren, weil zuweilen nicht klar wird, ob sich einer der Autoren äußert oder ob Quellen der behandelten Radiosender vorliegen.

In einem Fall deutet eine vierstellige deutsche Postleitzahl darauf hin, dass es sich um eine ältere Selbstdarstellung handeln muss. Zudem liegt die Anzahl der Rechtschreibfehler deutlich über dem für ein Buch dieser Preisklasse akzeptablen Grenzwert. Schade auch, dass ausgerechnet die grundsätzlich überzeugende »Übersicht der Stationen« unübersichtlich präsentiert wird. Die bei Internet-Links übliche Unterstreichung wird inflationär auch bei Sendezeit-, Frequenzangaben und Kontaktadressen verwendet.

Dennoch: Angesichts der Fülle an Informationen, die zum Nachschlagen sowie zum Stöbern im Internet und insbesondere natürlich zum Anhören der Sender verleiten, ist das Buch empfehlenswert.●

Rainer Bornemann

Rainer Pinkau, Sven Thiermann: Freie Radiostationen. Aktuelle Frequenzen, Programme, Sendezeiten. Siebel Verlag, ISBN 3-88180-649-0, 200 Seiten, 17,80 EUR

Von illegalen Piratensendern zu nichtkommerziellen Lokal- und Bürgerradios

Kürzlich erschien im Siebel Verlag ein neues Praxishandbuch über Freie Radios. Gemeinsam verfasst haben es Rainer Pinkau, Herausgeber des in den 80er und 90er Jahren erschienenen Monatsmagazins Radio von unten, und Sven Thiermann, Potsdamer Journalist und langjähriger Mitarbeiter bei coloRadio Dresden.

Radio Grün, Radio Freies Wendland oder Radio Pflasterstein, der Name der Freien Radios, die in den 70er Jahren entstanden, war häufig Programm. Mit der Möglichkeit, dauerhafte Hörfunk-Frequenzen zu erlangen, änderten sich in den 80er Jahren Charakter und Ausrichtung vieler Freier Radiosender.

Die beiden Autoren stellen drei Generationen Freier Radios vor: Die oftmals illegalen Piratensender der späten 70er Jahre. Die zweite Generation, die Mitte der 80er Jahre Sendelizenzen erhielt und die dritte Generation, die nichtkommerziellen Lokal- und Bürgerradios, die seit Beginn der 90er Jahre entstanden.

»Der Siebel Verlag hat wesentlich bessere Vertriebsmöglichkeiten, als ich als Kleinverleger,« erklärt Rainer Pinkau auf die Frage, warum das Buch nicht im eigenen Verlag erschien. »Bei Siebel wurde im vergangenen Jahr bereits mein Buch über Geheimsender verlegt. Es gab eine konstruktive Zusammenarbeit.«

In den 1980er und 90er Jahren gab Kleinverleger Pinkau neben Radio von unten auch den Kurzwellen-Pressedienst und eine Schriftenreihe über internationale Radiostationen heraus. Der Radio-Enthusiast, der einst zum Studium nach Göttingen kam, hat bereits zwei lokale Medienprojekte angeschoben. Im Oktober 1993 wurde in seinem Büro der Trägerverein des Göttinger Stadtradios gegründet. Im Herbst 2005 stellte er seine Infrastruktur der Göttinger Wochenzeitung, die ab Februar 2006 erscheinen soll, zur Verfügung. Seine Mitarbeiter waren maßgeblich an den beiden Probeausgaben der Wochenzeitung beteiligt.

Sven Thiermann steht gern für Veranstaltungen und Lesungen zu Verfügung: sven.thiermann@mechlabor.net.●

Kai Böhne, Redaktion Göttingen

CONTRASTE-KLEINANZEIGEN ZUM ABZOCKEN GENUTZT

Warnung vor Abzocker in linken (Wohn-)Projekten

Wir sind eine kleine politische Kommune in der Nähe von Flensburg und vor ein paar Wochen von einem Trickbetrüger heimgesucht worden. Da es wahrscheinlich ist, dass er seine Masche auch in anderen Wohnprojekten, Initiativen, Betrieben oder Ähnlichem anwenden wird, wollen wir hiermit möglichst viele Menschen warnen und dazu aufrufen, uns bei der Suche nach ihm zu helfen.

Zugetragen hat sich das ganze schon Ende September. Aus verschiedenen Gründen machen wir das ganze leider erst jetzt öffentlich. Zum einen sind wir uns erst jetzt wirklich sicher, nachdem wir erfahren haben, dass er eine ähnliche Tour auch woanders durchgezogen hat. Zum anderen waren wir wohl in so einer Art Schockzustand, weil wir einfach nicht glauben konnten und wollten, wie jemand das Vertrauen anderer Leute so rücksichtslos ausnutzen kann. Blöd. Denn hätten wir früher und entschlossener reagiert, hätte vielleicht einiges verhindert werden können. Wir wollen dies nun so weit es geht nachholen.

Also: Was ist passiert?

Seit knapp vier Jahren leben und arbeiten wir hier auf einem schönen Resthof (Nähere Informationen zu uns und unserem Projekt findet ihr auf www.vielmeer-ev.de). Da wir nach einigen Auszügen dringend neue MitbewohnerInnen suchen, haben wir unter anderem einige Kleinanzeigen geschaltet, um auf unser Projekt aufmerksam zu machen, u.a. in CONTRASTE. Daraufhin rief er im September hier an, und wollte auch gleich vorbeikommen, um sich das ganze mal anzusehen. Vorgestellt hat er sich als Maurice, sagte jedoch gleich bei der Ankunft, dass er lieber »Hanz« (mit z) genannt werden möchte. (Wir kennen mittlerweile auch seinen wirklichen Namen). Er erzählte, dass er viel rumreist, jedoch zur Zeit in Bochum in einer WG wohnt und ursprünglich aus dem Raum Bremen/Oldenburg kommt. Er habe Kinder mit zwei Frauen in Berlin und Hamburg-St. Georg. Wie bei allem, was er erzählte, wissen wir nicht, was daran stimmt und was nicht. Es erscheint uns jedoch möglich, dass das ein oder andere Stück Wahrheit darin steckt. Wir bitten daher alle, die mit den genannten Orten zu tun haben, um besondere Aufmerksamkeit.

Kurz gesagt, lebte Hanz dann für zwei Wochen hier mit uns und machte dabei durchaus einen mehr oder weniger sympathischen Eindruck. Im Nachhinein kommt uns natürlich einiges seltsam und widersprüchlich vor und wir erinnern uns an die ein oder andere Situation, in der wir misstrauisch wurden oder stutzig. Insgesamt unterschied sich die Situation jedoch nicht wesentlich von der mit anderen InteressentInnen. Das blieb dann so bis zu dem Tag, an dem er plötzlich verschwunden war und mit ihm dreitausend Euro. Außerdem fehlt ein MD-Player und eine Jacke. Wir haben dann einige Zeit gebraucht, um zu merken, was tatsächlich passiert war. Zum einen

Maurice, alias Hanz

zweifelten wir an der eigenen Wahrnehmung und zum anderen gab es auch noch einige andere Möglichkeiten, die durchgespielt werden mussten, bevor wir eine solche Beschuldigung sicher behaupten konnten. Dazu beigetragen haben auch so einige Ungereimtheiten, wie etwa die Tatsache, dass er hier zwei Fotos von sich hat liegen lassen. Würde ein eiskalter Abzocker so etwas tun?

Letztliche Sicherheit haben wir wie gesagt, erst jetzt, wo wir Neues aus Osnabrück erfahren haben. Dort hat er sich ebenfalls unter dem Vorwand eingeschlichen, sich in ein Projekt einbringen zu wollen und dort über zwei Monate gewohnt. Leider hat er sich dort noch dreister aufgeführt, in fremdem Namen Sachen bei E-Bay verkauft, auf fremden Namen Gelder beantragt, Konten eingerichtet usw. Daneben wurden auch wieder Sachen und Geld gestohlen. Inzwischen laufen wohl auch einige Verfahren. Unter der Adresse vielmeerev@nadir.org könnt Ihr eine Mail mit allen uns bekannten Details anfordern. Wir haben auch eine ausführliche Darstellung der Ereignisse in Osnabrück und versuchen gerade, die Erlaubnis zu kriegen, auch das weiterleiten zu dürfen (Dieser Beitrag und die Erfahrungen der OsnabrückerInnen sind auf www.contraste.org/kommunen/ dokumentiert).

Wir halten es für nicht unwahrscheinlich, dass wir auf diesem Weg (wir machen das auch noch auf andere Arten öffentlich) den einen oder anderen Hinweis erhalten und vor allem hoffen wir, dass die Nachricht an die Ohren derer dringt, die sich »Hanz« als nächste Opfer ausgesucht hat. Wir bitten Euch also, die Informationen und Hinweise in Ruhe anzusehen, auch wenn es möglicherweise ein bisschen viel ist. Sollte »Hanz« irgendwo auftauchen, gebt uns bitte sofort Bescheid. Wir wären zwar nicht traurig zu erfahren, dass ihm jemand ein paar Zähne ausgeschlagen hat, aber Rache ist nicht unser eigentliches Anliegen. Es geht uns vor allem darum, weiteren Schaden zu verhindern, indem wir Identität und Aufenthaltsort von »Hanz« weiter aufklären und die Informationen möglichst weit verbreiten. (Auch wenn wir kein positives Verhältnis zum sogenannten »Rechtsstaat« haben, werden wir die Informationen übrigens gegebenenfalls auch zur polizeilichen Verwertung weitergeben.)

Unserer Einschätzung nach handelt es sich bei »Hanz« um eine deutlich gestörte Persönlichkeit. Ginge es ihm einfach nur darum, Geld zu erschleichen, gäbe es dazu sicher einfachere Mittel und Wege, als sich wochenlang in die Intimsphäre anderer Leute einzuschleichen und von morgens bis abends mit ihnen zusammenzuleben. Trotzdem und gerade deshalb darf er damit auf keinen Fall durchkommen.

Schlimmer noch als der materielle Schaden ist unserer Meinung nach das Klima von Misstrauen und Verunsicherung, das durch skrupellose Leute wie »Hanz« geschaffen wird. Wir möchten ihn möglichst schnell und effektiv daran hindern, damit weiterzumachen.●

Maurice, alias Hanz

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit und schöne Grüße aus Esgrusschauby.
Tel.: (0 46 37) 96 37 34
Web: vielmeerev@nadir.org

Der Knast – und die Heizungsproblematik

Als ich 1998 in die Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal eingeliefert wurde, fiel mir in den Wintermonaten bald auf, dass hier offenbar frieren zur Sanierung der Staatsfinanzen angesagt war. Die Anstalt, erbaut vor über 150 Jahren, verfügt über ein antiquiertes Heizungssystem, welches zentral »An« oder »Aus« gestellt wird – und die meiste Zeit steht die Heizung auf »Aus«!

Heizzeiten sind (bis heute) in den Wintermonaten in der Regel 5 Uhr 45 bis 7 Uhr 45, 11 Uhr bis 12 Uhr 30 und von ca. 16 Uhr bis 19 Uhr 30. Während des übrigen Tages – insbesondere aber der Nachtzeiten, ist die Heizung aus. Und das heißt nicht etwa (nur) leicht abgesenkt, sondern kalt! Und ist die Heizung an, verbrennt man sich die Finger, so heiß wird der Heizkörper.

Die Folge davon ist, dass wer längere Zeit in solch einer Zelle untergebracht ist, irgendwann zu frieren beginnt; zumal die Außenwand wie ein Kühlaggregat wirkt, denn das Gemäuer von 1848 ist in keiner Weise gedämmt.

Ein abgeklärter Schließer meinte 1998 zu mir, ich solle einfach 50 Liegestützen machen, dann werde mir gewiss warm genug.

Seinerzeit führte ich diverse Prozesse gegen die JVA und scheiterte mit allen; die Anstalt verteidigte sich u.a. mit dem Argument, es sei eine Renovierung des Heizungssystems geplant. Nun ja, mittlerweile und 7 Jahre später ist eines von vier Hafthäusern tatsächlich renoviert und mit einer besseren Heizungsanlage ausgestattet. Wird weiterhin in diesem Tempo renoviert, dürfen sich wohl alle Bruchsaler Gefangenen im Jahre 2020 vielleicht über adäquat beheizte Zellen freuen – und so lange heißt es: Frieren.

Selbstverständlich kann man sich auch wärmer anziehen, aber das hilft nur bis zu einem gewissen Punkt. Und nachts könnte ich das Fenster fest verriegeln, aber auch dies hülfe nur in engen Grenzen, angesichts der fehlenden Wärmedämmung der Außenwand. Aber etwas Frischluft braucht der Mensch in seiner 8 qm-Zelle, zumal wenn die Toilette offen im Zelleneck steht, räumlich also nicht abgetrennt ist.

Und so packe ich mich nachts im Bett mit Schal und Handschuhen ein. Aber während der Winterzeit abends mal aufbleiben und am Tisch sitzen, um Briefe zu schreiben, wird so ein wenig problematisch.

Dass in einem Land wie der BRD im 21. Jahrhundert in Gefängnissen Zellen tagsüber nur stundenweise und nachts gar nicht beheizt werden, ist doch – gelinde gesagt – erstaunlich.●

Mit frostigem Gruß, Thomas Meyer-Falk
Web: www-freedom-for-thomas.de

EIN BESUCH IN TWIN OAKS

Kommunen International

It isn't Utopia yet

Die Kommune Twin Oaks wurde 1967 auf einer ehemaligen Tabakfarm in Louisa County, Virginia, USA gegründet. Derzeit leben dort ca. 85 Erwachsene und 15 Kinder auf etwa 180 ha Land. Für die meisten Bedürfnisse des Lebens einschließlich Gesundheit und einigen Luxus sorgt die Gemeinschaft. Für Zigaretten, Alkohol, Schokolade und ähnlich Unentbehrliches gibt es für alle 70 Dollar im Monat, »Allowance« genannt. Alle arbeiten und wohnen auf der Farm in »Small Living Groups« in den sechs Wohnhäusern. Daneben gibt es ein Lagerhaus, Büros, Werkstätten, Scheunen und Ställe sowie eine Saunahütte.

Lorenz Glatz, Wien ● Ein Gutteil der Lebensmittel stammt aus eigener Produktion, einiges von anderen Communities, was man sonst noch braucht, wird nach Möglichkeit gedumpsert (Abholen von Sachen, die Geschäfte oder Fabriken umsonst abgeben) oder lokal eingekauft. Geld wird mit der Produktion und dem Verkauf von Hängematten, Tofu und mit dem Erstellen von Stichwortverzeichnissen für Publikationen per Computer verdient. Zusammenarbeit mit anderen Kommunen in der Federation of Egalitarian Communities (FEC) und in der Fellowship for Intentional Community (FIC). Von Twinoakern wurden im Lauf der Jahre zwei weitere Kommunen gegründet: »East Wind« in Missouri und »Acorn« ganz in der Nähe.

Freiraum

Wer einen Blick hinter die Homepage der Kommune von Twinoaks wirft, findet im Quelltext die *»Keywords«*, unter welche die Suchmaschinen die Community einreihen sollen: *radical dreamers, utopia, new radicals, hippies, b.f. skinner, alternative energy, environment, sixties, culture, polyamory, age of aquarius, feminism, homeschooling, socialism, Tofu, coop, communitarianism, tempeh, hammock, permaculture, radical feminism, skinner, intentional communities, walden two, communal living, vegetarian*. Wäre die Aufzählung nicht dem Webmaster überlassen, sondern Gegenstand eines Gesprächs gewesen, stünden hier vermutlich noch eine Reihe weiterer Begriffe: sehr wahrscheinlich *»egalitarianism«* und *»nonviolence«*, aber auch *»sustainability, ecovillage, communards, indexing, organic food«*. Schon das letzte ist eine widersprüchliche Sache, wo hier doch Fleischesser (samt zugehörigem Vieh) mit Vegetariern und Veganern zusammenleben. Auch anderes geht nicht leicht unter einen Hut: Ich habe mit einem Marxisten über sozialistische Hoffnungen gesprochen, mit einer Quakerin Latein gelernt, mit einer Katholikin über den neuen Papst geredet, mich über die Philosophie Paul Feyerabends unterrichten lassen, mit einem Darwinisten gestritten und auch sehr esoterisch angehauchte Leute getroffen. *»Cooperation, sharing, nonviolence, equality, and ecology«*, wie die Homepage die Werte der Gemeinschaft definiert, sind offenbar die gemeinsame Antwort auf verschiedene, teils einander widersprechende Fragen und Anliegen. Diese widersprüchliche Einheit verleiht dem Leben der Gemeinschaft einerseits etwas Fragiles und Unzufriedenes, anderseits bedeutet aber diese Differenz in der Übereinstimmung unterschiedliche Verletzbarkeit und ist wohl ein Grund dafür, dass die Kommune schon fast vierzig Jahre alle Schwierigkeiten überlebt hat. Sie ist nicht Utopia, weder im Wortsinn eines »Nicht-Ortes« noch im übertragenen Sinn eines der Wirklichkeit übergestülpten Ideals. Sie ist eher ein Freiraum für Unterschiedliches und doch eine sehr deutlich von *»the outer world«* unterschiedene Community.

Zhankoye

Halb acht: Die sich eben Frühstück machen, haben noch Bettschwere im Gesicht. Zhankoye ist das Zentralgebäude mit großer Küche, Vorrats- und Kühlräumen und viel Platz für Tische und Stühle, mit einem Kinderessraum und Spielzeug, einem Zeitschriftenraum, wo zugleich die Fächer der Bewohner für Post und andere persönliche Mitteilungen zu finden sind. Auch die Tafel für die kleinen Zettel hängt hier, auf denen eins der Community mitteilt, dass man abends die Sauna zu heizen gedenkt, die Tofu-Schicht letzte Nacht erstmals nur aus Frauen bestand, dass einen etwas fürchterlich geärgert oder sehr gefreut hat, ein neuer Manager für eine der vielen work-areas gesucht wird usw.usf. Auch das *»O and I-Board« (opinion and idea)* findet sich da, eine Stellwand, an der Blätter im Letter-Format mit Mitteilungen und Diskussionsbeiträgen zu Themen hängen, die die Community gerade bewegen. Im Augenblick wird zur gleichen Zeit über die Erziehung der Kinder und die Pflege der Alten debattiert. Das Letztere hat das älteste Mitglied zum Thema gemacht. Wer nach Zhankoye kommt, isst nicht bloß, trinkt und tratscht, er und sie lesen auch nach, was so läuft auf der Farm. Und warum heißt der Bau Zhankoye? Weil er wie die meisten anderen den Namen einer historischen Kommune trägt, und Zhankoye war eine jüdische im zaristischen Russland.

Kaffee ist derzeit Privatsache. Da gerade der Hauptkunde für die Hängemattenproduktion ausgefallen ist, herrscht Austerity und Kaffee steht nicht mehr auf der kommunalen Einkaufsliste. Kräutertees stehen aus eigener Produktion in reicher Varietät zur Verfügung, viele Frühaufsteher greifen aber verschlafen zu den eher geschmacklosen Lipton-Teebeuteln. Das Brot ist selbstgebacken, die Donuts gedumpstert, die Erdnussbutter das Erzeugnis einer anderen Kommune, mit der man zusammenarbeitet. Was hier aus eigener Erzeugung zu Frühstück, Mittagessen und Abendmahl auf den Tisch kommt, ist »organic food« bester Qualität, stofflicher Reichtum inmitten monetärer Armut.

Twin Oaks, Wohnhaus Foto: Lorenz Glatz

Tätigkeit und Arbeit

Wer um diese Zeit schon beim Frühstück sitzt, hat meist einen Termin in seinem Arbeitsblatt stehen. Die Tofu-Produktion, die meiste Gartenarbeit, das Kochen

Twin Oaks, Wohngruppe Sunrise Foto: Twin Oaks

für Mittag- und Abendessen und ähnliches brauchen ein Team, andere Tätigkeiten wie Teile der Büroarbeit haben einen Stundenplan. Hängematten herstellen kann man hingegen jederzeit mit anderen oder mutterseelenallein, auch das Putzen der Gemeinschaftsräume kann sich eins selber einteilen. Was die *»Labor assigner«* auf das Arbeitsblatt geschrieben haben, entspricht meist dem, was eins selber dort als Wunsch eingetragen hat. Die Präferenzen sind erfahrungsgemäß so weit gestreut, dass alle im wesentlichen das machen, was sie für zuträglich halten, nur beim Kücheputzen muss jede(r) einmal ran. Meist gibt es eine 43 Stunden-Woche, manchmal ist die Arbeitszeit kürzer. Und ab 49 Lebensjahren gibt es jedes Jahr eine Stunde weniger Verpflichtung. Pro Stunde wird ein *»labor credit«* verbucht, gleich was die Tätigkeit ist. Es gibt keine Anfahrtszeiten, man geht meist nach Zhankoye essen und wer gern kocht, tut das dort für alle, auch wenn natürlich manche auch einmal für einen kleinen Kreis im Wohnhaus kochen. Auch Wäschewaschen erfolgt zum Teil kommunal. Überhaupt ist fast jede Tätigkeit für die Gemeinschaft zumindest zum Teil *»credit«*-würdig, ob das Unterrichten von Fremdsprachen, Spielen in einer der Bands oder das Schreiben eines Artikels. Auch gesellschaftliches und politisches Engagement von Twinoakern (die Community als solche äußert sich nicht zu politischen Streitfragen) kann als *»movement support«* credits bringen – ich war auf diese Weise in Richmond für eine Armenküche Tofu bringen, Gemüse schnipseln und im Park Essen verteilen. Im Widerstand gegen ein lokales AKW, bei vielfältigen Aktionen gegen die Politik der Regierung, aber auch bei der Organisation eines jährlichen Kommunentreffens usw. sind Twinoaker oft führend beteiligt – und können das z.T. als *»labor credit«* verbuchen. Bloß das Putzen und Ausgestalten des Zimmers, das jedes Member hat, bleibt privat.

Grundsätzlich ist das Labor-System von der im *»Mainstream«* allgegenwärtigen Arbeitspflicht geprägt. Der Unterschied ist aber im Detail beachtlich. Fürs Zusammenleben unmittelbar sinnvolle Tätigkeiten wie Hausbau, und -reparatur, die Pflege der Gärten und des Viehs, Kochen und mit Kindern spielen nehmen breiten Raum ein. Der *»labor exchange«* zwischen dem Dutzend Kommunen der FEC schafft die Möglichkeit, zeitweise auch einmal anderswo zu leben und zu werken. Was und wie viel jemand die Woche über tatsächlich gearbeitet hat, trägt man selber ein. Kontrolle fehlt. Es ist Vertrauenssache. Eine Disziplinargewalt der Bereichs-»Manager« gibt es nicht, man kann niemand feuern oder sonst wie auf die Schnelle disziplinieren. Ob man arbeitsfähig ist, entscheidet man selber. Das Arbeitstempo ist daher noch ganz menschlich und, so berichtet man stolz, die Leute sind viel seltener krank in Twin Oaks. Was sicher wirkt, ist emotionale und moralische Verbundenheit mit den anderen – und die »soziale Kontrolle«. Die mental-destruktiven Folgen davon, dass alle Tätigkeiten in labor-credits gemessen werden, sind aber durchaus wirksam. – *»How many Twin Oakers does it take to screw in a light bulb? It depends – is it labor-accreditable?«*, witzelt man selbstironisch auf der Farm. Dass aus der Community ausgeschlossen wird, wer mit seinen Stunden über längere Zeit *»under-quota«* ist, hat vor einigen Jahren einen Selbstmord ausgelöst, der die Menschen schwer erschüttert hat und eine Reihe von entschärfenden Hilfsmaßnahmen im Arbeitsregime nach sich gezogen hat. Von der freien Tätigkeit freier Menschen in einer freien Gemeinschaft ist das System aber noch weit entfernt, die Menschen sind von der herrschenden Gesellschaft, aus der sie kommen, geprägt. Das Bewusstsein, dass jeder sich selbst der Nächste sei und wer gern für andere tätig ist, stets ausgenützt werde, wird nicht am Eingang der Farm abgelegt. Die Nachbarkommune »Acorn« versuchte es ohne Labor-Regime und ist schließlich doch zu einer milderen Variante dieses Systems zurückgekehrt. Auch in einer großen Kommune wie Twin Oaks fällt immerhin beinahe die Hälfte aller Arbeitsstunden in den *»income earning areas«* an, sind also den Zwängen des Markts ausgesetzt, wo es nicht darum geht, Sinnvolles zu tun und gut zu leben, sondern konkurrenzfähig zu arbeiten und sich auf Kauf und Verkauf zu verstehen.

Kommunismus, Konsum und Genuss

Im inneren Umgang sind der Konkurrenz allerdings enge Grenzen gesetzt. Auch die erfolgreichsten Business-Keiler haben den gleichen Zugang zu den Ressourcen und Annehmlichkeiten der Community wie alle anderen. Selbst für die Ausstattung der Privatzimmer gilt, dass »neiderweckende« Dinge zu vermeiden sind. Dieser Egalitarismus schafft im Musterland des Neoliberalismus überraschenderweise Steuervorteile. Eine Bestimmung, die im 19. Jh. für die christlich-kommunistische Gemeinschaft der Shaker erlassen wurde, ist für Twin Oaks ungemein günstig. Paradoxerweise wirkt damit ausgerechnet das Steuerrecht allen Privatisierungstendenzen entgegen. Private Fahrräder sind al-

Comic: Jonathan, Twin Oaks

Fortsetzung auf Seite 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Kommunen International

It isn't Utopia yet

lerdings in Gebrauch; man fragt sich, ob der schrottige Zustand der kommunalen Drahtesel die Ursache oder die Folge davon ist. Geld, Güter und monetäre Ansprüche aus Versicherungen, Aktien, Renten aus dem »Vorleben« bleiben zwar im Eigentum der Kommunarden, jegliches Einkommen aber, das daraus fließt, geht an die Community. Lohnarbeit außerhalb der Farm gibt es nur als »vacation earning«, das Geld darf nur außerhalb von Twin Oaks ausgegeben und die damit gekauften Waren konsumiert werden. Urlaub gibt es magere zweieinhalb Wochen, allerdings werden sie meist durch die Gutschrift von *»over quota«*-Arbeit verlängert. Urlaubsguthaben können auch verschenkt werden. Manche verwenden ihre Credits für längere Reisen, manche aber verlassen die Farm nur selten. Urlaub nimmt man sich, wann immer eins will, eventuell auch gleich heute noch ein paar Stunden, weil wir noch weiter diskutieren wollen oder sonst was Schöneres zu tun haben. Bloß: Andere hängen zu lassen, schafft böses Blut.

Das Konsumniveau in Twin Oaks ist marktwirtschaftlich verantwortungslos, die Lebensweise des *»work, buy, consume, die«* hat hier einige tiefe Dellen. Fernsehen ist verbannt, Handys ebenso! Für die hundert Leute gibt es ein gutes Dutzend Autos, wer aber statt mit dem Pkw mit dem Fahrdienst im Kleinbus in die Stadt fährt, bekommt eine kleine Gutschrift. Kleidung ist meist second hand, auch Computer, Fahrräder und alles sonst, das bei anderen von Mode oder Prestige entwertet ist oder zu viel wird, weil man sich durch Kaufen fürs entgangene Leben entschädigen muss. In der Kommune hebt man den ökologischen Aspekt dieser Praxis hervor und erwähnt dabei auch gern noch die vielfältigen anderen Maßnahmen eines »Ecovillage«. Die Sache hat aber auch einen immens kulturellen Aspekt. Weniger Konsum putzt das Hirn, allein schon die Abwesenheit von TV und Mode hebt das Niveau des Tischgesprächs ungemein. Dass da sachkundig über Literatur und Philosophie diskutiert wird, habe ich »in der Welt draußen« selten erlebt. Ein beiläufiges Gespräch über Aggression, Konrad Lorenz und Erich Fromm bei der Arbeit an den Hängematten wird am nächsten Tag fortgesetzt – einer hat am Abend im Internet gleich noch nachgelesen.

Der Towntrip nach Charlotteville hat seinen Sammelpunkt vor der Stadtbibliothek, die für ein paar Leute auch schon das erste Ziel ist. Für einen anderen ist es die Universitätsbibliothek. Dieser philosophieinteressierte Kommunarde gehört aber zur Minderheit derer, die nie an einem College waren. (Twin Oaks ist eine Mittelklassencommunity mit ihren blinden Flecken, die von manchen heftig diskutiert werden.) Ein junges Paar lädt mich in ein recht alternatives Teehaus ein, für das sie sich mit Hula-Reifen und Banjo in der Fußgängerzone ein paar Dollar »vacation earning« eingespielt haben. In Richmond sind wir sonntags mit dem Pkw durch die Gegend gedüst, die Jungen haben mit Bekannten aus der Stadt herumgeblödelt und vergeblich bei einer Schokoladefabrik was zu dumpstern versucht. Ein älterer Kommunarde sieht den Zug mancher Jungen zum *»hang out«* in der Stadt mit Missvergnügen, die Community soll nicht zur Schlafstadt werden. Andererseits beruht aber auf den Stadt-Trips der Twinoaker ein Teil der Einbindung der Kommune in die Umgebung. Auf der Farm selber gibt es eine Klezmer- und eine Rock-Band. Letztes Frühjahr wurde von zwei Dutzend Leuten »Cabaret« einstudiert und aufgeführt, auch in der Stadt. Die Sauna wurde zu meiner Besuchszeit (und auf mein Betreiben) häufig geheizt, es gab Parties, Kinobetrieb mit Videobeamer, jede Menge *»Socializing«* und im Courtyard wurde opulent, pittoresk und musikalisch ein Geburtstag gefeiert. Die Hängematten, die im Wald verstreut zu finden sind, waren Anfang April noch wenig frequentiert und im großen Schwimmteich sind wir nur gewesen, wenn wir vorher in der Sauna waren. Aber der Sternenhimmel über Schwitzhütte, Teich und Wald ist dank der spärlichen Beleuchtung auf der Farm eine wahre Pracht.

Twin Oaks, Hängemattenherstellung Foto: Twin Oaks

Twin Oaks, Badegruppe Foto: Twin Oaks

Zusammenleben – Kinder

Zusammenleben in einer community ist für im *»Mainstream«* Sozialisierte eine frei gewählte Zumutung. Was man tut, betrifft auch andere, und wenn man nur ein Bild im Wohnzimmer umhängt. Die entstehenden Probleme sind nicht im Griff, ist in einer der zahlreichen Informationstreffen zu hören, deren Besuch auch auf dem Arbeitsblatt der *»Visitors«* steht, die drei Wochen auf der Farm leben und mitarbeiten. Die Kommunarden, die da vortragen, bemühen sich kaum, die Gemeinschaft in rosigem Licht zu zeichnen. Schließlich kommt ein Großteil der Besucher, weil er sich mit dem Gedanken trägt, sich der Kommune anzuschließen, und Twin Oaks hat kein Interesse daran, dass die Leute mit Illusionen eintreten und gleich wieder frustriert das Weite suchen. Die mittlere Verweildauer liegt bei sieben Jahren, wobei aber manche, die Twin Oaks verlassen, in andere communities umziehen und wieder andere in der Gegend und in Kontakt mit der Kommune bleiben. Nicht wenige sind schon 15 und mehr Jahre hier. Schwierigkeiten und Streitigkeiten kann man auf der Farm schwer aus dem Weg gehen. Allerdings sind auch Helfer zur Stelle, ja ein eigenes Group Process Team ist um Lösungen bemüht. Aber zufrieden sind sie nicht mit dem, was sie erreichen. Größere Projekte wie der Bau neuer Häuser haben immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen und Trennungen geführt, zerbrochene Liebesverhältnisse enden nicht selten mit dem Rückzug von der Farm. Es gibt einige Einzelgänger, viele hetero- und homosexuelle Paare, Leute in einer größeren Gruppe von Partnern oder mit wechselnden Beziehungen. Manche Liierte wohnen in derselben *Small living group* (8-20 Menschen) Tür an Tür, andere in verschiedenen Häusern – die Kultur von Twin Oaks kennt hier keinen »Pfad der Tugend«, aber durchaus die Schwierigkeiten des Experimentierens.

Ein Kind/Jugendlicher pro fünf Erwachsenen ist herrschende *»Policy«*, wenn auch nicht unbestritten. Wer ein Kind will, diskutiert das mit den Leuten vom *Child Board*, wer einfach so ein Kind bekommt, hat sicher Schwierigkeiten mit etlichen anderen in Twin Oaks. Ohne Reden geht sowieso kaum etwas und auch Kinderkriegen ist nicht einfach Privatsache. In gewissem Sinn sind es die Kinder von allen, denn Kinder pflegen und erziehen ist *»creditable«*, im ersten Jahr im vollen Ausmaß, dann degressiv. Auch Kinder erhalten eine mit den Jahren zunehmende *»Allowance«* und beteiligen sich an den Tätigkeiten auf der Farm. Geblieben ist keines der in den letzten Jahrzehnten hier aufgewachsenen Kinder, wenn auch einige in anderen Kommunen sein mögen. Zur Zeit leben aber zwei Abkömmlinge von Ex-Members in Twin Oaks.

Managers and Planners

Twin Oaks entstand – untypisch für die Sechzigerjahre – als Umsetzung des utopischen Romans »Walden Two« des Psychologieprofessors B.F. Skinner. Das Meiste wurde bald aufgegeben, geblieben ist das Verwaltungssystem: Entscheidungen werden von »Managern« und »Planern« getroffen. Die Angelegenheiten der Kommune sind in *»areas«* eingeteilt, die von Managern, die nach verwandten Bereichen *»Councils«* bilden, bzw. von *»Boards«*, die einige Mitglieder haben, verwaltet und entwickelt werden. Dass dabei für die Autoreparaturen eine Frau zuständig ist, ist in Twin Oaks normal. Der Bedarf an Managern würde jedes Mitglied zu einem machen, was aber keineswegs alle wollen und wohl auch nicht können, sodass es viele Multifunktionäre gibt. Wichtigere Beschlüsse werden auf dem *O & I Board* vorgeschlagen und diskutiert, durch Beratung mit Betroffenen und Interessierten vorbereitet. Wer trotzdem nicht einverstanden ist, kann beim zuständigen Council und schließlich bei den Planern Einspruch erheben. Letztere sind eine Gruppe von drei Leuten, die überlappend für 18 Monate fungieren. Ihre Haupttätigkeit besteht darin, mit einzelnen und Gruppen über Perspektiven, Überlegungen, Vorschläge, Schwierigkeiten und Einsprüche, die die ganze Community betreffen, zu debattieren und auf dieser Grundlage Entscheidungen zu treffen. Wenn diese nicht ausreichend vorbereitet sind, laufen sie Gefahr, von einer Mehrheit der Mitglieder durch eine Unterschriftsammlung auf dem *O & I-Board* außer Kraft gesetzt zu werden, was aber selten vorkommt. Auch ihre Nachfolger werden von den Managern und Planern selbst gesucht, der Community zur Diskussion gestellt und schließlich bestellt. Gegen die Bestellung eines Planers reicht aber bereits ein Veto von 20 Prozent der Members. Der Grund, warum sich diese Form der Entscheidungsfindung gegen andere Modelle wie den Konsens oder die Abstimmung bis heute gehalten hat, liegt wohl darin, dass so jedem Mitglied die Möglichkeit geboten wird, sich in Dinge jeweils sehr weit oder auch gar nicht einzumischen.

Perspektiven

Die Antworten auf die Frage, warum wer nach Twin Oaks gezogen ist, sind weit gestreut, Umweltfragen spielen eine Rolle und vor allem der Wunsch nach Gemeinschaft und einem sinnvolleren Leben als in der Arbeitswelt draußen. Die Hoffnung, mit dieser Lebensweise eine neue Gesellschaft zu schaffen, hat im Vergleich zu den Sechziger-, Siebziger- und noch Achtzigerjahren sicher an Zuversicht eingebüßt. Man spürt, dass man am Rand lebt und die Perspektiven einer grundlegenden Änderung der Gesellschaft höchst schwierig sind. Führt die schlichte Absicht, das eigene Leben durch den Beitritt zur Kommune zu verbessern in eine Sackgasse oder ist ein Leben in *»cooperation, sharing, nonviolence, equality, and ecology«* selbst schon »Weltverbesserung«? Umso mehr als jeder Schritt zu auf diese Ziele der realen Entwicklung des Kapitalismus diametral widersprechen. (In verquerer Weise werden Vorzüge der kommunitären Lebensweise übrigens auch von der »Außenwelt« wahrgenommen: So wenn der örtliche Sheriff feststellt, dass er überflüssig wäre, wenn im County alle so lebten wie die in Twinoaks.)

Lorenz Glatz lebt in Wien und wirkt in der Redaktion der Zeitschrift »Streifzüge« mit. Er besuchte im Frühjahr 2005 für drei Wochen Twin Oaks. Ausführliche Informationen zu Twin Oaks und Links zu anderen Kommunen sind auf der Website: www.twinoaks.org zu finden.

Müssen die Projekte, um sich auf Dauer behaupten zu können, größer und mehr werden, müssen sie das Oppositionelle ihrer Lebensweise und Kultur stärken und für sich als Alternative zum ökologischen und menschlichen Desaster des Mainstreams werben oder kann man sich mit Vorbildwirkung zufrieden geben? Wie dringend ist es, die Konkurrenzfähigkeit in den business areas zu stärken und weitere aufzutun und wie wichtig ist es, durch Ausdehnung der Kooperation mit anderen Kommunen und lokaler Wirtschaft von Markt und Konkurrenz unabhängiger zu werden? Und wie wichtig sind Kommunen angesichts der Verwilderung der Geld- und Warengesellschaft? Es wäre das erste Mal, wenn es dazu in Twin Oaks nicht sehr divergierende Meinungen gäbe, aber das hat der Haltbarkeit des Projekts ja auch bisher nicht geschadet.●

Comic: Jonathan, Twin Oaks

ARBEIT HUMAN GESTALTEN

Kommunen International

Kibbuz und nachkapitalistische Sozialstrukturen

Zum Dogma, Alternativen zu Konkurrenz, Hierarchie und Privateigentum seien unpraktikabel, bilden die israelischen Kibbuzim ein lehrreiches Gegenbeispiel. Es zeigt: »Anders arbeiten – anders leben« ist möglich. Ein auf Gemeinschaftsbesitz und -leben, auf Gleichheit des realen Pro-Kopf-Einkommens orientiertes Projekt und eine deutlich weniger hierarchisch strukturierte und auf Rotation möglichst vieler Personen auf Leitungspositionen orientierte Organisation führen nicht zu organisatorischem Chaos und nicht zu massiven Einbußen in puncto Produktion und Konsumtion.

Kälberaufzucht Foto: CALL

Meinhard Creydt, Berlin ● Die Kibbuzim gelten als »die weltgrößte kommunitäre Bewegung« (Feindgold-Studnik 2002, 35) über mehrere Jahrzehnte mit einer erheblichen Beteiligung (1949: 63.500, 1966: 81.900, 1986: 127.000 – Busch-Lüty 1989, 36; 2001: 127.000 Feingold-Studnik 2002, 6). Allerdings verbleibt der Kibbuz mikrosozialistisch. Die sozialen Verhältnisse zwischen den Kibbuzim und ihren Geschäfts»partnern« außerhalb unterscheiden sich nicht von sonstigen kapitalistischen Strukturen, wenn man von seitens der Kibbuzverbände intern veranstalteten Finanzausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kibbuzim absieht.

Gleichrangige Bewertung jeglicher Arbeit

Der Vorrang der Versorgung der Kibbuzmitglieder mit öffentlichen Gütern vor ihrer Ausstattung mit privaten Gütern und die Abkoppelung der Lebenssicherung von der individuellen Arbeitsleistung sowie die Verlagerung der Lebenssicherung auf das Kollektiv sind für das Kibbuz zentral. Der Anteil des gemeinschaftlichen Konsums (Ernährung, Erziehung, Bildung, Wohnen und Einrichtung, Transportmittel, soziale Hilfen, medizinische Versorgung) betrug im Durchschnitt der Kibbuzim 80% des Konsumbudgets. Nur 20% wurden an das Kibbuzmitglied in Geld ausgezahlt (Busch-Lüty 1989, 64). Der Verzicht auf differenzierte Entlohnung korrespondiert mit einer hohen Bedeutung der Bedürfnisse nach gemeinsamer Gestaltung des Gemeinsamen und »'Verantwortungsgemeinschaft' ... Das Kibbuzsystem bringt es offensichtlich zuwege, dass Übertragung und Ausübung von Autorität ohne nennenswerte Machtkonzentration und damit auch ohne Belastung der zwischenmenschlichen Beziehungen funktionieren kann« (Busch-Lüty 1989, 140). Ein wesentliches Moment der Kibbuzim ist auch die Rotation der Tätigkeiten und das Vorhaben, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit wenn auch nicht gänzlich aufzuheben, so doch zu verflüssigen. Im Kibbuz herrscht die gleichrangige Bewertung jeglicher Arbeit, »wobei intellektueller Scharfsinn nicht höher eingeschätzt wird als handwerkliches Geschick, oder physische Kraft nicht höher als Organisationstalent etc.« (Rosner 1982, 61). Ebenfalls bemerkenswert ist das Vorhaben, die Befreiung nicht allein **von**, sondern **in** der Arbeit zu praktizieren, indem nicht nur die Festlegung von Individuen auf hauptsächlich eine Arbeitsart vermieden, sondern auch in die Humanisierung der Arbeitsbedingungen investiert wurde.

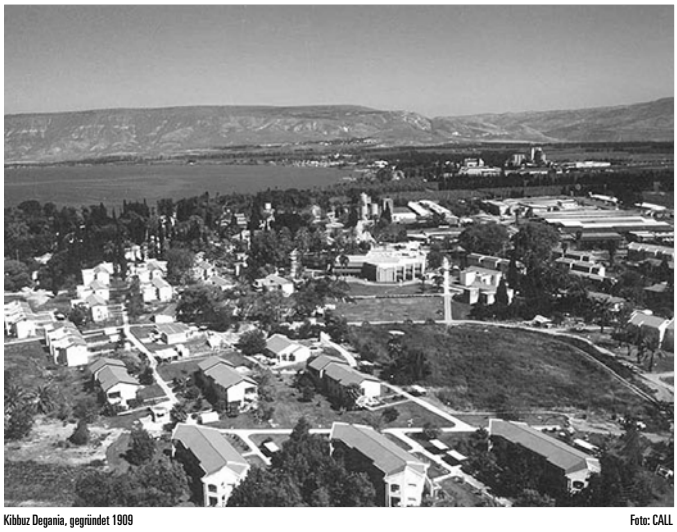
»Wir erwarten uns Erneuerung nicht von einer neuen Lehre, sondern von einer bestimmten Art zu leben. Offenheit gegenüber dem Geschehen scheint uns ein entscheidend wichtiges Element dieser Haltung zu sein. Die meisten Menschen haben sich ja nicht nur einen Schutzpanzer gegen die anderen Menschen angezogen; sie stecken auch in einer Isolierschicht, die sie vor der Berührung durch die Lebensenergie bewahren soll. Offenheit – damit meinen wir die Fähigkeit, sich treffen, sich vom Geschehen etwas sagen zu lassen. Es mag fast so klingen, als wollte ich wieder einer individualistischen Meinung das Wort reden, die sagt: der Mensch muss möglichst viel ins Ich einsaugen, möglichst viel sehen und erleben, – dann wird er weit und reif. ... Die Fähigkeit, einem Menschen richtig zuzuhören; die Kraft zur Hingabe an eine Arbeit, die gerade geleistet sein will; die Nüchternheit ruhigen Vorwärtsschreitens, die nicht zwischen beglücktem Aufschwung und trostloser Leere hin- und hertaumelt, sondern festgegründeten Sinns sich den geraden Weg bahnt, – das ist die Art, der wir vertrauen« (Gerson 1982/193f.).

Kibbuz & Gemeinschaft

Eine Grenze des Kibbuz besteht darin, dass es innerhalb einer ihm indifferent bis (zunehmend) feindlich gesonnenen Umwelt existiert. Die positiven Inhalte – die sozial nützliche und human gestaltete Arbeit, der weitgehende Wegfall von Privatbesitz und von Hierarchien – sind auf eine Gemeinschaft bezogen, die sich von der Außenwelt abgrenzen muss, so dass die unmittelbare Resonanz in der Gemeinschaft zum Maß der Kibbuz-Dinge wird. Insofern der Kibbuz eine Gemeinschaft ist und diese durch ihre Mitglieder getragen wird, die sich in freier Entscheidung für sie entschieden haben, gibt es einen zirkulären Begründungszusammenhang zwischen Individuen und Sozialgebilde. Probleme der Gemeinschaft verweisen auf die Qualität der Individuen und Probleme der Individuen verweisen auf den Zustand der Gemeinschaft. Es fällt dann schwer, ein Drittes als den Zustand der Gemeinschaft verursachend aufzufassen und sich zum Kibbuz objektivierend zu stellen. Denn immer, wenn von ihm die Rede ist, ist scheinbar auch unmittelbar von den es tragenden Individuen zugleich die Rede. Dies unterscheidet das Verhältnis der Kibbuznik zum Kibbuz von dem der Mitglieder der Gesellschaft zur Gesellschaft. Gemeinschaften neigen immer dazu, das Problem der Individuen mit ihnen als Problem zwischen Ego und Gemeinschaftssinn aufzufassen, bspw. als Mangel an Identifikation mit dem Projekt.

Die Kibbuzim stellen als besondere gemeinschaftliche Sozialgebilde in einer ihnen gegenüber indifferenten bis feindlichen Umwelt zugleich ein Projekt der Realisierung allgemeiner Ziele **und** der Stabilisierung eines konkreten vorfindlichen Sozialgebildes gegen die gesellschaftliche Außenwelt dar. Es kann dann praktisch nicht mehr zwischen diesen beiden Dimensionen des Kibbuz unterschieden werden. Vielmehr werden die allgemeinen Ziele nur realisierbar nach Maßgabe einer Gruppe von bestimmten Kibbuzmitgliedern und den Imperativen ihres Zusammenlebens. In insulären Projekten wie dem Kibbuz werden die Imperative der Gruppenstabilisierung, des Zusammenlebens und -bleibens überwertig – als Gemeinschaft auf der Insel, deren Begrenzung und Befestigung durch die Kibbuzmitglieder selbst gebildet werden müssen. Die Imperative sozialer Kompatibilität und interner Kohärenz der Gruppe als Gruppe stehen so notgedrungen an einer Stelle, an der bei sozial verallgemeinerter Verwirklichung der allgemeinen Ziele deren Pflege und Kultivierung stehen würde.

Insofern der Kibbuz die allgemeinen Ziele als unmittelbare besondere Gemeinschaft realisiert, stellt es auch eine Überforderung des Individuums dar. Heinsohn (1982, 345) beobachtet unter israelischen Linken, dass diese dem Kibbuz z.T. »ihren tiefsten Respekt bekunden, aber versichern, sie brauchten Heimlichkeit, Fremdheit, Ungewissheit, sexuelle Abwechslung und Abenteuertum, seien nicht der »richtige Typ« für eine egalitäre Gesellschaft.« All dies spricht weniger gegen die allgemeinen Ziele als gegen deren Realisierung in engen und insulären Gemeinschaften. Tatsächlich ist der Dichtestress ein Moment des Kibbuz, das ihm schon quasi ökologisch eigen ist: Im Kibbuz haben »nur etwa 30% der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz außerhalb des unmittelbaren Siedlungskomplexes, also z. B. in etwas entfernt liegenden Obstplantagen. Dadurch ist eine gegenseitige Nähe von Produktions- und Konsumsektor, von Arbeitswelt und Freizeitbereich gegeben, wie sie sonst nur, wenn auch unter ganz anderen Produktionsverhältnissen und Familienstrukturen, in Form der traditionellen Großfamilie bekannt ist« (Liegle 1979, 161). Hinzu kommt, dass die Kibbuzim meist relativ weit von den Städten entfernt liegen.



Kibbuz Degania, gegründet 1909 Foto: CALL

Industrialisierung der Kibbuzim

Ein gravierendes Problem der Kibbuzim besteht in der Lohnarbeit, die mit der Industrialisierung der Kibbuzim an Umfang gewonnen hat. Die Zahl der Nicht-Kibbuz-Mitglieder, die (hauptsächlich im Industriebereich) im Kibbuz arbeiten, hat sich von 10.800 1991 auf 26.400 1999 erhöht (Studnik-Feingold 2002, 41). In der den Kibbuzim positiv gegenüberstehenden Literatur wird der Rückgriff auf externe Lohnarbeit daraus erklärt, dass – die für Fabriken notwendigen Größendimensionen unterstellt – kibbuziintern nicht genug »Personal« vorhanden ist (Heinsohn 1982, 345).

Die basisdemokratische Struktur der Kibbuzime ist ebenfalls einem Wandel unterworfen, der auch (aber nicht nur) mit der Größenausdehnung der Kibbuzim zu tun hat. »Rationalisierung und Spezialisierungen nahmen dem obersten Entscheidungsgremium der Generalversammlung einige seiner Entscheidungskompetenzen« (Feingold-Studnik 2002, 67). Zahlreiche Entscheidungen wurden in Ausschüsse verlagert. »Auch die Rotation ist nur noch bedingt verwirklicht, vor allem auf der obersten Leitungsebene wird sie immer seltener realisiert« (Ebd.). Der Gefahr, dass sich aus Hierarchien »Vorgesetzte-Untergebenen-Verhältnisse« entwickeln, »wirkt man insofern entgegen, dass es weder monetäre Ausgleiche für 'höhere Jobs' gibt, noch gehören die Vorgesetzten einer höheren Gesellschaftsschicht an. So müssen auch die Vorgesetzten im Anschluss an die normale Arbeitszeit allgemeine Aufgaben des Kibbuz erfüllen (z.B. Wache halten oder im Chadar ochel arbeiten (-dem Speisesaal des Kibbuz, Verf.))« (Feingold-Studnik 2002, 108).

Auch wenn in Bezug auf Gleichheit und Hierarchie in den Kibbuzim Aufweichungserscheinungen zu beobachten sind, so schließt dieser (selbst empirisch genauer zu befragende) Befund nicht die Interpretation aus, demzufolge das Projekt Kibbuz immerhin jahrzehntelang den Beweis für nützliche und vergleichsweise human gestaltete Arbeit unter der Voraussetzung von Gemeinschaftsbesitz, -leben und Ämter- und Arbeitsrotation erfolgreich »erbracht« hat. Die Kibbuzim widerlegen das Dogma, nur durch materielle Stimuli, Konkurrenz und wirtschaftliche Ungleichheit sei Leistung und Effizienz möglich. Und dieser praktische Beweis zählt um so stärker, als er unter gesamtgesellschaftlichen Bedingungen erbracht wurde, die von den Maßgaben des Kibbuzim abweichen bzw. ihnen entgegenstehen. Die »Aufweichungserscheinungen« würden dann nicht unmittelbar **für** die Unverträglichkeit von sozial sinnvoller Arbeit mit Gemeinschaftsbesitz, -leben und Verzicht auf Hierarchien und Arbeitsrotation sprechen, sondern **gegen** eine isolierte Maximierung von Effizienz, Spezialisierung und Wirtschaftswachstum. Die Aufweichungserscheinungen in den Kibbuzim in puncto Gleichheit und Hierarchie ließen sich interpretieren als Hinweis auf den Umschlagpunkt, an dem die isolierte Maximierung von Effizienz, Spezialisierung und Wachstum ihre sozial abträglichen Effekte zeigt.●

Literatur:

Busch-Lüty, Christiane 1989: Leben und Arbeiten im Kibbuz. Köln

Creydt, Meinhard 2000: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Frankf. M.

Feingold-Studnik, Shoshana 2002: Der Kibbuz im Wandel. Wirtschaftliche und politische Grundlagen. Wiesbaden

Gasiet, Seev 1981: Menschliche Bedürfnisse. Eine theoretische Synthese. Frankf. M.

Gerson, Menachem 1982: Die Grundlage. (Zuerst: 1934) In: Heinsohn 1982

Heinsohn, Gunnar 1982 (Hg.): Das Kibbuz-Modell. Bestandsaufnahme einer alternativen Wirtschafts- und Lebensform nach sieben Jahrzehnten. Frankf. M.

Landshut, Siegfried 1969: Die Gemeinschaftssiedlung in Palästina. (Zuerst Tel Aviv 1944)

Liegle, Ludwig 1979: Der Kibbuz als integrierte Genossenschaft. In: Mehrwert, Beiträge zur politischen Ökonomie Bd. 19 Westberlin

Rosner, Menachem 1982: Ist direkte Demokratie in der modernen Gesellschaft machbar? In: Heinsohn 1982

Anzeige

AUFGEWACHSEN IM KIBBUZ

Kommunen International

»Wenn Du willst, machst Du Pause«

Avi Kozer ist Israeli, 27 Jahre alt. Seit 2003 lebt er mit seiner deutschen Frau in Köln und studiert Islamwissenschaften. Avi ist im sozialistischen Kibbuz »Gevim« (Zisternen) nahe der Grenze zum Gazastreifen aufgewachsen. Neben der Landwirtschaft gibt es dort eine Plastikfabrik (Verpackungsmaterial) und eine Produktionsstätte für Flöten. Als Soldat war Avi im Westjordanland und Bethlehem – in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas. Er wäre den Menschen dort gerne menschlich begegnet, doch seine Funktion als Soldat hat das, so seine Auffassung, verunmöglicht. Außerdem verstand er kein Arabisch. Avi möchte die Kultur der Palästinenser verstehen und hat zusammen mit einigen Kölner Mitstudierenden palästinensischer wie israelischer Herkunft einen Diskussionskreis gegründet. Gemeinsam wollen sie Geschichte und Gegenwart der palästinensisch-israelischen Beziehungen aufarbeiten. Ihr erstes Seminarthema heißt »Identität«. Über seine Erfahrungen mit dem Leben im Kibbuz sprach Ariane Dettloff mit Avi Kozer:

Avi Kozer

Was für ein Kibbuz ist »Gevim«?

Avi Kozer: Er wurde 1947 als sozialistischer Kibbuz gegründet. Das hieß: jeder arbeitet wie er kann und bekommt was er braucht. Und wer mehr Kinder hat, wie zum Beispiel meine Eltern mit sechs Kindern, bekommt mehr Geld oder Sachen wie Kleidung usw. und mehr Zeit. Die Kinder sollten von Anfang an zum Gruppenleben erzogen werden. Gleichheit und gegenseitige Rücksichtnahme waren wichtige Prinzipien. Heute leben dort ca. 400 Leute, 100 davon sind Kinder.

Wie war es für Dich als Kind im Kibbuz?

Ich konnte schon bei meinen Eltern schlafen. Aber meine drei ältesten Geschwister sind noch in Kinder-Gemeinschaftshäusern gewesen. Meine ältere Schwester hat mir davon erzählt: wenn sie etwas Schlechtes geträumt hatte, konnte sie es nicht ihrer Mutter erzählen, sondern musste zur Nachtwache im Schlafsaal gehen – ein Mädchen aus dem Kibbuz ohne besondere Ausbildung. Die Eltern hatten drei Stunden am Tag, um ihre Kinder zu sehen. Bei mir war das schon nicht mehr so. Ich wohnte bei meinen Eltern, und ab 16 hatte ich ein eigenes Zimmer mit noch einem Jugendlichen zusammen. Wir wurden kaum kontrolliert. Wir sind zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit erzogen worden. Wir konnten uns auch selbst etwas kochen.

Ich war immer viel mit meinen Altersgenossen zusammen. Geld spielte keine Rolle. Ich kann mich nicht erinnern, Geld gesehen zu haben, bis ich dreizehn war. Wir haben Coupons benutzt. Oder wir haben, wenn wir in anderen Kibbuzim oder Institutionen waren, einfach notiert, dass wir da z.B. gegessen haben. Mit neun anderen zusammen habe ich in der Kibbuzschule Abitur gemacht. Wir haben aber auch sehr viel Zeit draußen verbracht. Fernsehen gab es damals nicht viel.

Wie war das Verhältnis zu Nicht-Kibbuz-Kindern?

Wir fanden Stadtkinder arrogant und dumm. Sie wussten wenig über das Leben. Man merkte, dass wir Kibbuzkinder gewöhnt waren, auch ohne die Eltern zu sein.

Wie war die Organisationsstruktur, wie wurden Entscheidungen getroffen?

Jedes Mitglied hat das Recht, mit zu entscheiden, was passiert. Mitglied wird man nach der Armeezeit und einem Probejahr oder wenn man von außen kommt nach zwei Testjahren. Als ich schon älter war, hat die Mehrheit im Kibbuz entschieden, dass Räume an Studenten von außerhalb vermietet werden. Das fand ich ganz blöd. Wir hatten nämlich nicht genug Zimmer für uns Kibbuz-Jugendliche – wobei ich selbst ja noch Glück hatte. Aber nur wegen Geld das Recht auf ein eigenes Zimmer einzuschränken – das fand ich schon nicht mehr wirklich sozialistisch.

Welche Arbeit hast Du im Kibbuz gemacht?

Ich war fünf Jahre in der Fabrik. Das war ziemlich Klasse. Ganz anders als in Deutschland. Hier habe ich mal in einer Schokoladenfabrik gearbeitet. Da war alles haargenau geregelt, z.B. Pausen. Bei uns war das locker: wenn du willst, dann machst du Pause.

Du warst auch Mitglied einer sozialistischen Jugendbewegung in Israel?

Ja, wir machen in Israel ein sogenanntes Freiwilliges Jahr. Da war ich als Jugendgruppenleiter in dieser Organisation und habe überhaupt erst erfahren, was Sozialismus ist. Im Kibbuz haben wir darüber nichts erfahren. Vielleicht haben die Erwachsenen dort gedacht, die Kinder riechen den Sozialismus von der Wiese.

Hat sich Deine Sicht auf den Kibbuz verändert?

Ja, ich glaube, man kann keine sozialistische Gruppe mit 400 Leuten haben. Wenn man in kleineren Gruppen lebt, kann man sich gegenseitig ganz anders kennen und schätzen lernen. Und ich habe gelernt, dass ein Beitrag zum Gruppenleben nicht nur in materiellem Nutzen bestehen muss. Es gibt auch andere Begabungen, die wichtig sind. Wenn jemand zum Beispiel schöne Bilder malt oder tolle Kleider entwirft oder so. Ich hätte gerne noch mehr Erfahrungen in meiner sozialistischen Gruppe gemacht. Wir waren damals 16 Jugendliche in einer WG und wollten einen alternativen sozialistischen Kibbuz gründen. Doch dann hat der Militärdienst uns alle zerstreut. Aber zwei kleinere neue Kibbuzim sind immerhin noch daraus entstanden und experimentieren weiter. Nur hinter dem Geld herrennen, wie die Entwicklung in »Gevim« jetzt läuft – das finde ich jedenfalls beschissen.

Wie gleichberechtigt waren in deinem Kibbuz »Gevim« Männer und Frauen?

Anfangs wurden Geschlechtsunterschiede komplett ignoriert, da haben alle zusammen geduscht und so getan, als ob sie keine Unterschiede bemerken. Im Kibbuz geht es heute immer noch freier zu als in der übrigen Gesellschaft, weil der Rahmen da ist. Heute ist, was Arbeitsteilung angeht, im Kibbuz immer noch wirkliche Gleichberechtigung vorhanden. Ob ein Mann oder eine Frau den Kibbuz leitet, wird nach den Fähigkeiten entschieden, nicht nach dem Geschlecht. Und angeblich unweibliche Tätigkeiten gibt es nicht.

Neue Kibbuzbewegung?

Nein, die sehe ich nicht. Die meisten Menschen wollen in der Stadt leben. Für mich als Kibbuznik ist das schwer nachzuvollziehen. In der Stadt ist es doch laut, es stinkt, man kann nicht so leicht hinausgehen in die Natur – richtig Natur, nicht ein Park! Und in der Stadt gibt es Drogenabhängige und allerlei Gefahren.

Im Kibbuz nicht?

Nein, da habe ich nie Angst gehabt. Man hat schon mal getrunken. Ja, aber es war nie gefährlich.

Was ist Deine Zukunftsperspektive?

Ich denke schon noch sozialistisch. Eigentlich hatte ich vor, wieder in einen Kibbuz zu gehen. Ich dachte: man kann selber etwas tun und dann können die anderen Leute das sehen und entweder nachmachen, weil es gut ist oder nicht. Im Endeffekt entscheide ich nicht für die Mehrheit. Die Mehrheit wird sowieso nicht in einen Kibbuz gehen, aber wenn der Kibbuz genug Kraft hat, um sozusagen rauszustrahlen, wie schön das ist, dann kann auch der Staat so sein. Das war auch teilweise so in der Geschichte. In den 80ern habe ich noch als Kind das Schönste vom Kibbuz erlebt. Seitdem hat es sich allerdings total geändert. Meine Frau will nicht in einem Kibbuz leben. Sie sagt, das ist wie auf einem Campingplatz. Es ist ihr zu eng: wenn ein Paar streitet, wissen alle Bescheid. Wenn ein Paar Liebe macht, wissen alle Bescheid. Das Privatleben ist für sie sehr wichtig. Ich sehe das anders.

Glaubst du, dass es möglich ist, eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aufzubauen?

Ich glaube, irgendwann kommt es dazu, dass die Menschheit das einsieht. Dass es zu viel Krach gibt und die Menschen keinen Platz mehr haben in den Metropolen wie Mexico Stadt oder Bombay. Man wird vielleicht nicht unbedingt Kibbuzim bauen, aber mehr Kommunen bzw. Kooperationen von kleinen Gesellschaften, wo die Menschen vielleicht ihre Wirtschaft zusammen entwickeln.●

Mitglieder des städtischen Kibbuz Tamuz, www.tamuz.org.il Foto: CALL

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.70 | Winter 2006

Die Geschichte der NS-Prozesse

Kostenloses Probeexemplar:

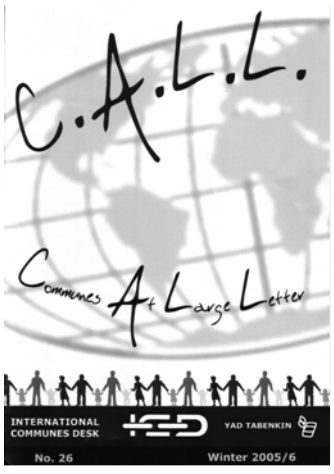
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

KOMMUNEN INTERNATIONAL

Der C.A.L.L.-Rundbrief

Welche Gemeinschaften gibt es weltweit? Welche neuen Bücher oder Videos sind dazu erschienen? Was gibt es Neues in den Communities? Welche Treffen gab es und was wird diskutiert? Dieses breite Informationsspektrum deckt der C.A.L.L.-Rundbrief ab. C.A.L.L. steht für »Communes At Large Letter«. Er erscheint halbjährlich als Magazin von ca. 30 Seiten.



Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Herausgegeben wird er von der Gruppe ICD – »International Communes Desk« in Israel, die 1976 startete, um Informationen aus der weltweiten Gemeinschaftsbewegung zusammenzutragen und zu verbreiten. Die Gruppe setzt sich hauptsächlich aus Kibbuzniks zusammen und betreibt ihr Projekt fast ausschließlich ehrenamtlich. C.A.L.L. ist weniger ein Diskussionsorgan oder theoretische Zeitung, vielmehr eine Pinnwand, wo kreuz und quer Kommune-Steckbriefe und oft kurze Infos und Beiträge zu lesen sind. Für den, der stöbern will, also genau das Richtige. In der aktuellen Ausgabe stellen sich Gruppen aus Italien, USA, Deutschland, Taiwan und Israel vor. Regelmäßig stellt Joel Darkum ein Kaleidoskop der Szene zusammen, Yoel Darum vom Kibbuz Kfar Menachem macht die »Kibbuz Shorts«. Der Ansatz der ICD-Gruppe ist ein breiter. Zum Gruppenspektrum, über das berichtet wird, zählen Politische Kommunen, Ökodörfer, esoterische, auch religiöse Gemeinschaften. Die Communities können auch hierarchisch organisiert sein.

Durch die Bank gibt es bei aller Vielfalt gleiche Probleme, wie beispielsweise das mit der Verantwortlichkeit, wie Diana Leafe Christian in der Nr 22/2003 darlegt: »Wie kommt es, dass die Nicht-Erfüllung von Aufgaben so oft als Konfliktstoff in Gruppen auftaucht? Ich denke, weil wir schon früh die Gewohnheit entwickelt haben, Dinge aufzuschieben oder mehr auf uns zu nehmen als möglich und weil wir nicht hinreichend motiviert sind, das zu verändern. Wenn wir allein oder in Familien leben, ist es relativ leicht, uns umzuentscheiden, ob oder ob nicht und wann überhaupt wir etwas tun wollen, das wir zugesagt haben. In einer Lebensgemeinschaft jedoch kann das weitreichende negative Konsequenzen für andere haben. Es kann zeit- und energieintensiv sein und viel Engagement erfordern, vom Single- oder Single-Familien-Standpunkt dazu überzugehen, stets zu bedenken, wie unser Verhalten andere tangiert/betrifft.«

Als weiteren internationalen Infopool hat der ICD eine Homepage mitsamt etlicher Links erstellt. Dort können auch C.A.L.L.-Ausgaben als PDF heruntergeladen werden. (www.communa.org.il). Abonniert werden kann C.A.L.L. bei Selbsteinschätzung des Preises bei CALL, Yad Tabenkin, Seminar Efal, Ramat Efal, Israel 52960.●

WASSER IST GRUNDRECHT UND DIE BASIS ALLEN LEBENS

Wir pflanzen Trinkwasser!

»Durch einfache Mittel etwas erreichen, das ist unser Ziel.« Hannes Steiger, selber Förster, Hainer Rupsch und Alexander Pillath kam kurz nach der Deutschen Wiedervereinigung die Idee mehr Trinkwasser zu fördern. »Wir sind die Ersten, die mit Wald und Wasser gearbeitet haben« sagt Hannes Steiger stolz. »Schon für 280 EUR können Buchen gepflanzt werden. Die produzieren dann genügend Lebenswasser für eine Person – das ist doch beachtlich.«

Foto: Franziska Schimke

Hannes Steiger aus Schneverdingen vor einem neuen Trinkwasserwald

Franziska Schimke, Red. Bremen Umland ● Schnell war klar, es musste sich im heimischen Wald in Schneverdingen etwas ändern. »In erster Linie wollen wir Maßnahmen umsetzten«, so Steiger vom Trinkwasserwald e.V. Die Kiefernbestände, die das Wasser förmlich »aufgefressen haben« wurden mit Buchen aufgeforstet. »Buchen sind am geeignetsten, da sie gut 'unterzupflanzen' sind. Im Schutz der Kiefern wachsen sie heran«, erklärt Steiger. Trinkwasserwälder entstehen. Der erste Trinkwasserwald ist nun etwa zehn Jahre alt, und die schützenden Kieferndächer werden demnächst ausgelichtet. »Man muss immer bedenken, die Ressource Wasser versaut man sich nur einmal – danach ist sie weg«, so Steiger. Grundwasser kommt nicht wieder. »Daher ist diese Arbeit auch so enorm wichtig.« Mehr als 2 Millionen Laubbäume wurden bisher auf Initiative des Vereins Trinkwasserwald gezielt gepflanzt. Dies entspricht einer jährlichen Ressourcenvermehrung von circa 800 Millionen Litern Trinkwasser. Das bedeutet, dass der jährliche Wasserbedarf von mehr als 17.000 Menschen nachhaltig gesichert wurde.

Wald hat als freie Sickerfläche für Regenwasser eine zentrale Bedeutung für die Neubildung von Grundwasser. Laubwald lässt viel mehr Wasser zum Boden durch als Nadelwald. In einem Großlysimeter wurde das deutlich. Das ist ein Becken, in dem Waldsorten genauestens auf die Wasserdurchlässigkeit untersucht werden. Laubwald ist daher automatisch eine ökologische Mehr-Trinkwasser-Anlage. Der Nadelwald hingegen fördert die Ausbreitung von dichtem Gras- und Wurzelfilz. Diese verdichteten Flächen fangen zusätzliches Regenwasser auf und verhindern erheblich die Grundwasserneubildung. Das schattige Blätterdach der Laubwälder verhindert im Sommer die Bildung von Grasfilz. Der Niederschlag gelangt direkt in den Boden. Laubbäume werfen im Winter ihre Blätter ab. Vorteil: Laub braucht kein Wasser und hält den Regen nicht vom Eindringen in den Grund ab. Insbesondere die Buche hat eine sehr glatte Rinde, wodurch das Regenwasser ungehindert in den Boden fließen kann. Es verdunstet »unterwegs« nicht. So entstehen optimale Bedingungen für einen hohen Grundwasserertrag. Die Wasserqualität ist unter Laubbäumen anders und besser als unter Nadelbäumen. Aus dieser Erkenntnis entwickelte Trinkwasserwald e.V. zwei Ziele: Der Grundwassereintrag soll langfristig erhöht, die Trinkwasserqualität verbessert werden.

Der Trinkwasserwald e.V. ist nicht nur aktiv und engagiert, wenn es um Pflanzmaßnahmen geht. Sie setzen sich auch für soziale Projekte ein. »Durch die Euphorie, mehr zu tun, sind auch immer mehr Ideen gekommen« sagt Steiger. Es entstand ein Waldklassenzimmer. Kindergärten, Schulklassen, aber auch Arbeitsgruppen aus Schneverdingen nutzen es regelmäßig. »Seit acht Jahren machen Klassen dort einmal pro Woche Unterricht. Sogar im Winter und wenn es regnet kann man Schüler dort antreffen. Positive Verhaltensänderungen sind zu erkennen.« Nach Steiger ist dies eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, dass alles rund um das Thema Wasser entstanden ist.●

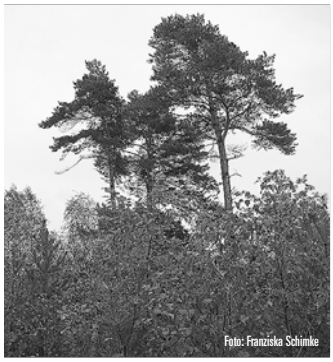


Foto: Franziska Schimke

Ein gelichteter Trinkwasserwald: Die Buchen sind bereits herangewachsen und die Kiefern ausgelichtet

Baumpatenschaft: 20 EUR an Trinkwasserwald e.V. bei der KSK Soltau, BLZ 258 516 60, Kto.Nr. 59 59 59;
Tel. (0 51 98) 98 96 60, oder www.trinkwasserwald.de

Quelle: www.torfkurier.de

KIEL: KULTURZENTRUM GEFÄHRDET

Alte Meierei bleibt unkommerziell und selbstverwaltet!

Seit mehr als zwei Jahren wird das Kieler Kulturzentrum »Alte Meierei« durch die städtische Verwaltung bei der Ausübung ihrer kulturellen und politischen Arbeit massiv behindert. Mehrere Projekte und Initiativen haben zur Unterstützung des Zentrums eine Solidaritätserklärung verfasst, weil sie es nicht hinnehmen wollen, dass ein weiterer wichtiger Teil der Kieler Kulturlandschaft vom Stadtplan verschwindet. Die Projekte bitten um Unterzeichnung der Erklärung, um dieser ein möglichst großes Gewicht zu geben.

Die *Alte Meierei* ist ein Überbleibsel sozialer und politischer Auseinandersetzungen der 80er Jahre. Entstanden als Ausgleichsprojekt für die besetzten Häuser am Kieler Sophienblatt wurde sie 1983 als Wohn- und Kulturprojekt bezogen. Gerade auch durch den öffentlichen Bereich, in dem von Beginn an Konzerte unterschiedlicher Stilrichtungen, Theateraufführungen und andere Veranstaltungen selbstorganisiert stattfinden konnten, genießt sie unsere volle Sympathie.

Im Zuge des kommunalen Regierungswechsels vor über zwei Jahren haben Teile der städtischen Verwaltung und der politischen Parteien Kiels die 20jährige Tolerierung des unkommerziellen und selbstverwalteten kulturellen Lebens mit seinen notwendigerweise unkonventionellen Formen aufgekündigt. Seit mittlerweile über zwei Jahren werden die NutzerInnen der *Alten Meierei* durch immer neue Forderungen, nicht eingehaltenen Zusagen und ständig wechselnde Kompetenzen auf Seiten der Stadt Kiel dabei behindert, ihre für Kiel und darüber hinaus überaus wichtige kulturelle und politische Arbeit zu machen.

Seit längerem gibt es die Forderungen nach Umbaumaßnahmen in der Alten Meierei mit geschätzten Materialkosten von über 5.000 Euro, einhergehend mit der Weigerung der Stadt Kiel, sich an diesen Kosten in irgendeiner Weise zu beteiligen. Höhepunkt dabei ist das Verbot jeglicher kultureller Aktivitäten bis zur vollständigen Umsetzung des Forderungskatalogs unter der Androhung von Zwangsgeldern in Höhe von 5.000 Euro. Seit über drei Monaten halten sich die Meierei-NutzerInnen und -SympathisantInnen an das Veranstaltungsverbot. Das bedeutet für uns, dass seit über drei Monaten ein wichtiger Teil von Kieler Kultur nicht mehr stattfindet.

Daran ändert auch die erfreuliche Tatsache nichts, dass zahlreiche Kieler Kultureinrichtungen den Meierei-NutzerInnen ihre Räume für kulturelle Veranstaltungen kostenlos und unkompliziert zur Verfügung gestellt haben. Mittlerweile hat die *Alte Meierei* alle geforderten Umbaumaßnahmen im Veranstaltungsraum in Eigenregie weitestgehend umgesetzt.

Doch die Stadt Kiel fordert darüber hinaus, dass im Wohnbereich sämtliche Öfen entfernt werden. Weder wurde dabei den BewohnerInnen ein alternatives Heizsystem vorgeschlagen noch irgendeine finanzielle Beteiligung in Aussicht gestellt, obwohl für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Heizungsanlage Kosten von über 20.000 Euro anfallen würden. Es gibt lediglich das Angebot des grünen Bürgermeisters Todeskino, Elektro-Radiatoren für den Wohnbereich zur Verfügung zu stellen. Dieses Angebot werten wir als Zynismus.

Wir sehen im Vorgehen der politisch Verantwortlichen der Stadt Kiel gegenüber der *Alten Meierei* einen Versuch, das unkommerzielle Zentrum durch aufgezwungene Professionalisierung und Kommerzialisierung seiner existenziellen Grundlagen zu berauben. Wenn die Stadt Kiel der *Alten Meierei* auf kaltem, verwaltungsrechtlichem Wege ihren sozialen, kulturellen und politischen Inhalt rauben will, so lohnt es, sich dagegen zu wehren. Denn auch in den heutigen, von Privatisierung, Kommerzialisierung und sozialer Ausgrenzung geprägten Zeiten sind die solidarischen Prinzipien der *Alten Meierei* immer noch gesellschaftlich verallgemeinerungswürdig:

● Orte, an denen selbstorganisierte und für alle bezahlbare Kultur ohne jede Gewinnorientierung stattfinden können, sind gut und nicht schlecht!

Wir unterstützen den öffentlichen Kampf der NutzerInnen der *Alten Meierei* für den Fortbestand als unkommerzielles und selbstverwaltetes Zentrum. Wir fordern die sofortige Aufhebung des Veranstaltungsverbots durch die Stadt Kiel und eine vertragliche und politische Bestandsgarantie für die *Alte Meierei*. Darüber hinaus fordern wir die Stadt Kiel auf, ab sofort und auch zukünftig mit dazu beizutragen, dass unkommerzielles kulturelles Engagement unterstützt wird, anstatt es durch Streichungen und finanzielle Forderungen zu zerstören.●

Unterzeichnung per E-Mail: meierei-soli@web.de
(Bitte Name und evtl. Funktion angeben)
Web: www.altemeierei.de

CD-BESPRECHUNG

Panteón Rococó »Tres Veces Tres«

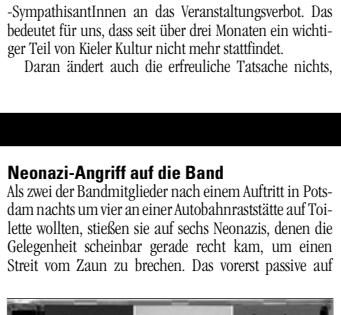
Soziale Misstände ihrer Heimat, die sich in Zeiten der Globalisierung aber auch auf das reiche Mitteleuropa übertragen lassen, sind Thema vieler Stücke von Panteón Rococó aus Mexiko, die offen mit der antikapitalistischen zapatistischen Bewegung sympathisieren. Das es dabei musikalisch nicht finster oder aggressiv zugeht, sondern fröhlich und beschwingt, ist eine Eigenart der dortigen Musikszene.

»Revolution muss tanzbar sein«, diesem Anspruch wird diese CD voll und ganz gerecht. Latin-Ska mit Elementen aus Rock, Samba, Jazz oder Chanson prägen die Musik, die auf CD eine unwiderstehliche Mitwipp- und Gute-Laune-Stimmung verströmt und bei Live-Auftritten der Band das Publikum in eine einzige ausgelassen tanzende Masse verwandelt, wie man sich hierzulande bei zwei ausgedehnten Deutschland-Tourneen innerhalb der letzten beiden Jahre überzeugen konnte. Dass es die Band trotz zunehmender Erfolge weiterhin mit der Politik ernst meint, zeigt sich u.a. daran, dass auf der neuen CD neben 13 Musikstücken auch ein Spoken Word-Track enthalten ist, bei dem die Symbolfigur der Zapatistas-Bewegung, Subcommandante Marcos himself, zu Wort kommt. In Deutschland wird die CD bei Übersee Records vertrieben (siehe www.uebersee-records.de).

Und dass das Leben auf Deutschlands Straßen auch nicht unbedingt viel sicherer ist als in Mexiko, musste die Band bei einem Überfall von Neonazis am 14. Oktober erfahren:

Neonazi-Angriff auf die Band

Als zwei der Bandmitglieder nach einem Auftritt in Potsdam nachts um vier an einer Autobahnraststätte auf Toilette wollten, stießen sie auf sechs Neonazis, denen die Gelegenheit scheinbar gerade recht kam, um einen Streit vom Zaun zu brechen. Das vorerst passive auf



Rückzug bedachte Verhalten schien die Angreifer noch zu ermuntern, auch nachdem sie ihre zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber den zueilenden Bandmitgliedern und der Crew hätten erkennen müssen. Als die ersten Flaschen flogen, gingen jedoch auch die Mexikaner zum Angriff über. Die Folgen waren drei am Kopf blutende Neonazis und ein verletzter Musiker. So weit so schlecht! Was dem ganzen jedoch die Krönung aufsetzte, war das Verhalten der vom Tourmanager herbeigerufenen Neuruppiner Polizei.

Für diese schienen auf einmal die Mexikaner die Täter zu sein. »Ein Polizist sagte, wir hätten die Deutschen verprügelt, weil wir eine andere Ideologie haben«, erklärte Tourmanager Humberto Pereira nach dem Vorfall. Überflüssigerweise sei dann auch noch dem Busfahrer mit einer Taschenlampe in die Augen geleuchtet worden, weil er angeblich wie ein Drogenkonsument aussah, was Pereira als reine Schikane-Maßnahme wertet. Erst gegen 13 Uhr durfte die Band die Polizei-Station in Neuruppin wieder verlassen, jedoch mit dem dringenden Rat auf eine Anzeige zu verzichten. »Sie müssen das so sehen:«, zitiert Pereira einen der Polizisten, »Da gibt es zwei Gruppen – eine linke und eine rechte. Die einen haben eine große Klappe gehabt und haben dafür dann ja auch einen auf die Klappe bekommen. Dabei könnte man es doch belassen.« Um die Fahrt zum nächsten Konzert in Kopenhagen fortsetzten zu können, verzichtete Pereira tatsächlich auf die Anzeige. Inzwischen beschäftigt sich der Brandenburger Flüchtlingsrat mit dem Fall. Sein Gedächtnisprotokoll zu den Vorfällen hat Pereira auf der deutschen Homepage der Band unter www.panteonrococo.de veröffentlicht. Hätte es sich bei den Angegriffenen nicht um eine bekannte mexikanische Skaband gehandelt, würde heute wohl außer den Anwesenden kein Mensch von diesem Fall wissen!●

(uc)

Hinter den Kulissen der Internet-Mafia

Internet-Kriminalität ist nicht mehr nur ein Problem der Leichtgläubigen und Unvorsichtigen. Seitdem sich im Netz Mafia-ähnliche Strukturen entwickelt haben, tappen auch immer mehr Skeptiker in die Online-Fallen. Jetzt packt ein ehemaliger Insider aus, nennt Namen und Methoden. Und gibt Tipps, wie man sich gegen die Abzocke schützen kann.

In zwei neuen Büchern (»Die Internet-Mafia« Band 1 und 2) präsentiert Hermann Eisele den aktuellen Stand in Sachen Online-Betrug. Die Skala reicht von dubiosen »Warenprobenvermittlern« über betrügerische Lotto-Tippgemeinschaften bis zu scheinheiligen Rabattclubs, angeblichen Marktforschungsinstituten und dreisten Lock-Angeboten für »Autotester«. Etwa eine Million Internet-Straftaten habe es in Deutschland im Jahr 2005 gegeben, berichtet Eisele. Für Baden-Württemberg liegt jetzt erstmals eine Statistik vor. So registrierte die Polizei im Jahr 2005 mehr als 12.000 Online-Straftaten im »Ländle«, bekanntermaßen nur ein Bruchteil der tatsächlichen Delikte. Sogar das Bundeskriminalamt habe jetzt eine neue Abteilung namens »Internationale Koordinierung« aufgebaut, um den Drahtziehern der Internet-Mafia auf die Spur zu kommen. »Die Methoden der Betrüger werden immer raffinierter«, konstatiert der promovierte Kriminalsoziologe. »Das Internet macht es diesen Abzokkern dabei ausgesprochen leicht. Als Verbraucher hat man da meist das Nachsehen.« Sein Ratschlag: »Wenn man *Die Internet-Mafia* gelesen hat, sind Briefkastenfirmen, Schurken-Seiten und Phishing-Betrüger garantiert auf einen Blick zu erkennen«. Der Autor weiß, wovon er schreibt: Er war Mitarbeiter eines Unternehmens, das nicht nur für zahlreiche unseriöse Websites die Zahlungsabwicklung durchführte, sondern auch an einigen der spektakulärsten Online-Betrugsfälle der letzten Jahre beteiligt war.●

Die Internet-Mafia, Band 1 und 2, von Hermann Eisele, 9,80 EUR je Band. Erschienen 2005 im VVI – Verlag für Verbraucher-Informationen, Hamburg

LINKE IM AUFWIND ODER EGAL? STAATSMACHT UND / ODER APO?

Das linke Contrast-Programm

Ich beziehe mich hier auf die Debatten-Beiträge des Novemberhefts 2005, mit dem Themenschwerpunkt zum möglichen Verhältnis von Alternativen/ Selbstorganisierten und Linkspartei, die ich deshalb als eine große – links deklarierte – Erzählung gelesen habe, weil die ganze, scheinbar mit extrem unterschiedlichen Köchen gekochte Suppe aus ziemlich brotlosen Zutaten besteht. (Ich setze also die Lektüre der Artikel für den Diskussionsstart voraus.)

von Martin Reuter ● Extreme Unterschiede bringen miteinander kombiniert komplexe Probleme: Die Selbstorganisierer arbeiten viel mit »ohne« – »ohne Chef und ohne Staat« –, die Linksparteilichen können gar nicht ohne. Um es gleich vorweg zu sagen, möchte ich in diesem Beitrag den Schwerpunkt auf Analyse und Nachdenken über diese Suppe legen.

Startschuss: Die andere Welt, die wir meinen...

Hierüber wölbt sich der Himmel anders: Die *andere* Welt »sollte allen Menschen lebenswerte Bedingungen zu ihrer körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung bieten, ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben ermöglichen, und die natürliche Umwelt auf schonende und zukunftsfähige Weise nutzen.« (Jochheim/Lietz) Es geht um das »gute Leben für alle«! (Steinmeyer) *Die Welt sollte* – will sie denn auch? Man kann versuchen, sie dazu zu bewegen, indem man Utopien zu realisieren versucht. Zum Beispiel die partizipative Ökonomie, die freie Software-Bewegung, den radikalisierten Neo-Keynesianismus, die feministisch apostrophierte caring economy oder die Haushaltsplanung in »Sektorenkooperativen«. Eben alle groß gedachten (»Think big!«) und klein gemachten »linken Visionen«. (Spehr) Also Traumgesichte, die im relativ kleinen Kreis eine zeitlang funktionieren, bis sie böse auf die Schnauze fallen, sich in alle Winde zerstreuen und als Narbe in der Seele vereinzelter Einzelner weiterschmerzen. Welcher Große Vereitler ist dazwischengekommen? Es herrscht »Diffusität«. (Hüttner) »Zu klären ist ziemlich viel«. (Jochheim/Lietz)

Die eine Welt, in der wir leben

Dazwischen gekommen ist wohl, dass man von der (»frommen«) Wunschwelt schwer in die Realwelt (oder ihre »realistische Option«, Jochheim/Lietz), und in dieser noch schwerer »Zum anderen Ufer« (Alexander Herzen) kommt. Ältere meinten, dies habe ein »Unbehagen in der Kultur« oder gar eine »Entfremdung« zur Folge, die eine Revolution erfordere – sei es auf der Couch, sei es auf der Straße. Gipfel der Entfremdung ist die weltweit intime Freundschaft so genannter Massen mit einer politischen Form, die repräsentative Demokratie genannt wird, und (damit gekoppelt) der Erfolg einer Ökonomie, die kapitalistisch oder marktwirtschaftlich genannt wird. Obendrauf als APA (**A**llergrößter **P**opulistischer **A**ttraktor) der Konsumismus.

Wer je die Kathedralen des jubilatorischen Konsums – die Einkaufszentren, die Weihnachtsmärkte (welche Idee: strahlende Kinderaugen als Absatzwaffe!) – betrat, der hat dort die so genannten kleinen Leute oder auch Stinos (die Stinknormalen) in ihrer »sozialen Bewegung« gesehen. Natürlich fallen von dieser Weltscheibe allerlei Existenzen herunter und landen im Nichts der Vernichtung – aber so ist nun mal die *eine* Welt für die Einen.

Blick entlang einer Straße. Auf einem übergroßen Werbeplakat am Straßenrand sind zwei weibliche Augen zu sehen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Kreuz mit dem Dagegensein und dem Anderssein

Verantwortlich für den kränkenden Erfolg der Dreierbande aus Marktwirtschaft, Demokratie und Konsumismus sind verschiedene Verbrecher, z.B. »das Kapital« und das »Finanzkapital«, »die Herrschenden«, die »Staatsmacht«, der »Neoliberalismus«, die »Globalisierung«. Hauptbegriff ist der des »Systems«. Das ist ein kompaktes, gut organisiertes, mächtiges, mich beherrschendes Gebilde, gegen das ich mit Gründen und guten Gewissens sein kann. Gottseidank ist es immer *das* Andere und sind es *die* Anderen, nicht ich. Wieso das die vielen Anderen versäucht, weiß ich auch nicht! Dieser Verbrechenskomplex muss irgendwie angegriffen werden. In der einen Variante entstanden »aus der Kritik an entfremdeten Ausbeutungsverhältnissen und einem entmündigenden und repressiven Staat ... vielfältige selbstorganisierte Projekte und Bewegungen für ein 'Leben ohne Chef und Staat'.« (Voß)

In einer anderen, der Lautsprecher-Variante, betätigen sich jede Menge Kämpfer und Klassenkämpfer, allgemeine verbalgewaltige Mobilmachung, Aufrufung von Strategie und Taktik, »Antiökonomie und Antipolitik« (Robert Kurz)! Bei der Suche nach dem Herkules der Bewegung werden Keulen geschwungen, die leicht zum Kalauer treiben: wenn beispielsweise die »Kooperation« als »Motor« (!) einer »Wende« (!) eingesetzt werden soll, »die den offen gescheiterten Neoliberalismus endlich an die Wand drückt«. (Spehr) Warum soll man einen Gescheiterten an die Wand drücken? »Um den Herrschenden den Gegenmacht entgegenzusetzen, politische Kräfteverhältnisse zu deren Ungunsten zu verändern, einen Politik- und Entwicklungswechsel zu erzwingen.« (Dellheim) Wenn das keine Gewalt- und Zwangsphantasien sind! Dazu sagt der Vertreter des Weltgeistes: »Als positive Selbständige stehen einander gegenüber ein Stärkeres und ein Schwächeres. Das Stärkere kann das Schwächere nur fassen, wenn es mit ihm in einer Sphäre ... steht. Nur solche, die in einer Sphäre des Allgemeinen stehen, können miteinander Krieg führen... Sofern das Objekt Widerstand leistet, kann es überwältigt werden.« (Liebrucks als Hegel-Sprachrohr) Da dies einigen klar wurde, hatte man Ausweichstrategien erfunden: *außerhalb* (APO), *unterhalb* (Untergrund und *underground*, »Subkultur«, »Subversive Aktion«, »Rhizom«), *neben* (z.B. »Bürgergesellschaft«). Die Grünen lebten paradox im Innerhalb-Außerhalb; da der Kredit für diese Art zwittriger Staatsträgerschaft ausging, wurden sie bei der Wahl abgestraft.

Die Partei hat manchmal Recht, und Opas APO ist auch manchmal schlecht

Der prekäre Grenzübergang zwischen dafür-dagegen, innen und außen wurde in der Studentenbewegung ausführlich diskutiert. ich kann das hier aus Zeilenknappheit nicht ausbreiten. (Man lese bitte nach: Wolfgang Ullmann, § 14. Bürgerbewegung und Parlament, In: v. Westphalen (Hrsg.), Verfassungslehre, 1993. S. 347ff.)

Nun kommt die Linkspartei dazu. Hier ist man wohl notgedrungen-überhastet zur Wahl angetreten, hat sich organisiert, beginnt die ersten internen Machtspiele, hat große Parolen ausgegeben, stellt aber anscheinend fest, dass die Anti-Inhalte etwas dünnflüssig sind. Der kategorische Imperativ daher: »Endlich Grundsatz- und Strategiedebatte führen!« (Dellheim) Parteien sind allerdings eine genauso schillernde Erfindung wie das außerparteiliche bzw. außerparlamentarische Politikum. Sie haben es 1949 zwar ins Grundgesetz geschafft; dort »wirken« sie »bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«. Aber schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde klar, dass sich zu der sinnvollen Funktion eines ideologischen Filters für die zahllosen verschiedenen Willen und unterschiedlich möglichen politischen Entscheidungen (Funktion der »Programmpartei«) unweigerlich die der blanken Machtbeschaffung gesellt (Michels). Und dass eine Partei auch nur eine Organisation mit intern hochgradiger Kanalisierung und 'sachfremdem' Eigenleben ist.

Ob eine Linkspartei wohl zur »Systemüberwindung« tauglich ist? Letzteres wurde im TV-Interview von einem angeblichen Verfassungsschützer behauptet, der damit das Wort benutzte, mit dem Nazis und Rechtsradikale die Weimarer Republik bezeichneten: »das System« (aus Juden, Kapitalisten und Linken...). Da ich links gewählt habe, stehe ich also ganz nah an der »Verfassungsfeindlichkeit« – die sich ja dadurch definiert, dass man »die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundsrepublik Deutschland zu gefährden« unternimmt (Art. 21,2 GG). Noch drunter oder schon drüber? Hier wird immer und immer wieder deutsche Geschichte ausgeschwitzt. Das einzig Nachhaltige ist der Kurzschluss zwischen Otto von und Konrad, will sagen zwischen Bismarck und diesem Kölner Oberbürgermeister. (Dialog im Bundestag aus Anlass der Spiegel-Affäre: »Dat iss ein Appjrund von Landesverrat!« Zwischenruf: »Wer sagt das?« Adenauer: »*Isch* sache das!«) Der gute und starke »Vater Staat«. (Mal sehen, was jetzt das kleine Mädel des letzten guten Staatsvaters macht...) – Was im anderen Europa ganz normal ist: dass es Sozialisten und Kommunisten gibt und dass sie legitimerweise andere politische Positionen vertreten, das ist in Deutschland eine völlige Unmöglichkeit. Es ist also möglicherweise heilsam, das historische Ausschwitzen auch auf diesem Gebiet homöopathisch zu unterstützen.

Aber leider: »Links« ist sinnlos geworden

Die leicht fassbare und keulig zu benutzende Einteilung in links, mittig und rechts hat sich nach 216 Jahren Sitzordnung des bürgerlichen Parlaments zersetzt. Zeev Sternhell beispielsweise hat plausibel gezeigt, dass bereits die Grundmuster des Faschismus und Nationalsozialismus mit solchen Begriffen gar nicht mehr erfasst werden können (in: »Neither Right nor Left«, oder »Ni droit ni gauche«, natürlich nicht auf Deutsch zu haben.). »Antikapitalismus« zum Beispiel kann also rechts und links vorkommen, und von der Mitte aus ist alles »Radikalismus«, was vom zivilreligiös fundamentalisierten Demokraten-Konsens abweicht. Daher die berechtigte Sorge, dass die Menschen zu den »Rechten« abwandern (z.B. bei Steinmeyer). Denn die bearbeiten ja zum großen Teil dieselben Probleme. »Links« ist also ein bloßer Aufkleber geworden, untauglich zu Unterscheidungen und entsprechenden Aktivitäten.

Startschuss als Knieschuss: Resümee und Vorschlag

Erstens sehe ich hier als Publizisten Profis der linken Projektszene, des politischen Funktionärstums und der kritischen Geistesarbeiterschaft am Werk. Sie treten als Repräsentanten der anderen Welt, Fürsprecher für die Mühseligen und Beladenen, Propheten und Forderer einer besseren Zukunft auf. Nur hier kann man sich auf die »kleinen Leute« stürzen und glauben, die so »Prekarisierten« auch noch »auffangen« zu können. (Steinmeyer) Dies alles ohne jede Selbstironie. (Aus dieser Überhebung, griech. *Hybris*, lese ich schon die Wirbelsäulenschäden heraus, an denen meine Krankenkasse und ich inzwischen leiden. All diese Attacken führen zur Selbstverletzung.) Zweitens ist die Kenntnis der »linken Geschichte« mit ihrer katastrophalen Bilanz komplett verdrängt. Das Rad soll – teils mit verschlissenen Werkzeugen, teils mit neuen Wundermitteln – wieder neu erfunden werden, was man wohl einem Generationenwechsel zurechnen muss.

Als Kompensation *dieser* enttäuschenden Bilanz sehe ich gnostische Weltsichten (die Welt als grandiose Fehlkonstruktion) und Beschuldigungen für eine Reihe von Verursachern dafür. Drittens findet – durch die Verschiebung der Schlüsselthemen auf Abstrakta wie »das Soziale« und auf Hybride (aus Verschiedenem Zusammengesetzte) wie z.B. »soziale Gerechtigkeit« – eine GAE (**G**rößte **A**nzunehmende **E**ntpolitisierung) statt. Denn was soll das per se mit Politik zu tun haben? Auch die Einteilung in zwei »Register« von Linken (Hüttner) wirkt entpolitisierend. Das merkt man an den Zuschreibungen: Ausgerechnet Staatssozialismus und Gewerkschaft werden dann zur *sozialen* Linken gerechnet, ausgerechnet Bürgerinitiativen und antirassistische Initiativen zur *kulturellen*. Entweder nur naiv oder doch schlimm ist es, wenn Rügemer im Pfarrers-Ton die »Gemeinschaft« wieder ins Spiel bringt: »Vielleicht erinnern Sie sich: wo zwei oder drei im Namen von Wahrheit und Gemeinschaft versammelt sind...« Naiv ist es, wenn familiale oder religiöse Formen unmittelbar für politiktauglich gehalten werden. Schlimm ist es, wenn man die dunklen Anklänge von »Gemeinschaft« weglässt, z.B. die Radikalismus-Diskussion der 1920er, bei der »Gemeinschaft« gegen »Gesellschaft« ausgespielt wurde, mit bösen Folgen.●

Fortsetzung folgt

Nahaufnahme wellenförmig verlaufender Bahnschienen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Martin Reuter ist Kommunikationswissenschaftler, Textproduzent und ALG II-Intellektueller.

Anzeige

GEMEINWESENÖKONOMIE

Pinneberger Kreistag gibt grünes Licht für neues Genossenschaftsmodell

Der Ausverkauf von Gemeindeeigentum nach ausschließlich materiellen Gesichtspunkten gehört gegenwärtig zum fast selbstverständlichen Verhalten vieler »Volksvertreter«. Dagegen setzen die Fraktionen des Pinneberger Kreistages ein Zeichen: Mit nur einer Enthaltung machten sie den Weg für eine Umwandlung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft in eine Genossenschaft frei. Dem Verkauf der Kreisanteile (81,49 Prozent) an der GeWoGe wurde »grundsätzlich« zugestimmt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GeWoGe) des Kreises Pinneberg kann eine Genossenschaft werden. Der Kreistag hat seine Zustimmung gegeben. Bis zuletzt galt die Umwandlung in eine Genossenschaft nicht als sicher. Insbesondere aus der CDU-Fraktion gab es Widerstände, da vermutlich wesentlich mehr Geld für den Verkauf der 2.223 Wohnungen auf dem freien Markt erzielt werden kann. Insgesamt sollen mindestens 47 Millionen Euro brutto bezahlt werden, wenn der Kreis seine Geschäftsanteile (81,49 Prozent) und die weiteren sieben kommunalen Gesellschafter an die Genossenschaft »Neue GeWoGe« verkaufen. Der Kreistag muss dem Vertrag im Rahmen seiner Sitzung im Februar 2006 noch endgültig zustimmen.

Schwieriger Übertragungsprozess

Das eigentliche Verfahren ist relativ kompliziert. Vermutlich wird die »neue« GeWoGe die Anteile der bisherigen Gesellschafter – des Kreises Pinneberg und sieben weiterer Städte und Gemeinden – der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft erwerben, um später die GmbH mit der neuen Genossenschaft zu verschmelzen und somit weiter für bezahlbaren Wohnraum im Kreisgebiet zu sorgen. Das Kürzel GeWoGe bekommt nach Einschätzung ihrer Promotoren nun eine neue Bedeutung: »Gesichertes Wohnen gewonnen«, lautet der neue Slogan, nachdem die bisherige Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft auf den Namen »neue GeWoGe« getauft worden war. Formell wurden wichtige Voraussetzungen bereits im Herbst mit der offiziellen Gründung der Genossenschaft vollzogen.

Mit dem fraktionsübergreifenden Ja am Mittwoch, den 21.12.2005, zur Umwandlung der GeWoGe in eine Genossenschaft bewiesen die Fraktionen im Kreistag Weitsicht in mehrfacher Hinsicht: Die Interessen und der Schutz der Mieter werden gewahrt, sogar stärker als in der jetzigen Gesellschaft. Außerdem kommt der Kreis seinem Auftrag der Daseinsvorsorge nach, indem er bezahlbaren Wohnraum für sozial Schwächere sichert. Mit dem »warmen Regen«, der über den Verkauf des wohl letzten Tafelsilbers des Kreises hereinkommt, werden gleichzeitig Schulden in zweistelliger Millionenhöhe abgebaut.

Politischer Druck von unten

Ganz aus freien Stücken erfolgte die Zustimmung durch die Fraktionen allerdings nicht. Wenn der Kreistag keine Entscheidung gefällt hätte, wäre die »Auszeit« für das laufende Bürgerbegehren in Sachen GeWoGe nicht mehr zu halten gewesen. Angesichts der dann zu erwartenden Rechtsstreitigkeiten hätte der Kreistag bei anderen Lösungen zumindest mit erheblichen Zeitverlusten rechnen müssen. Ohne die Solidarität der Betroffenen und den Druck, den sie ausgeübt hätten, »wären wir wohl schon vor einem Jahr verkauft worden«, vermutet Claus-Peter Matetzki, einer der beiden Sprecher der Interessengemeinschaft Sozialer Wohnungsbau, die die Genossenschaftslösung besonders aktiv vorangetrieben hat.

Bis zur Februar-Sitzung soll den Politikern der Kaufvertrag vorgelegt werden, der dann abschließend beschlossen werden soll. Das endgültige Ja ist an Bedingungen gebunden. So dürfen beispielsweise keine gewerblichen Immobilien- und Finanzinvestoren in den Gesellschafterkreis aufgenommen werden, eine Versorgungsverpflichtung gegenüber breiten Bevölkerungsschichten soll bestehen bleiben, umfangreiche soziale Bindungen für Mieter und Mitarbeiter sollen gewährleistet werden und die GeWoGe darf Grundstücke und Wohnungen nur mit Genehmigung des Kreistags verkaufen. In Sachen Erlös erhoffen sich die Kreistagsabgeordneten noch etwas höhere Einnahmen, so dass als Preis »mindestens 47 Millionen Euro« formuliert wurde.

Mieter zukünftig Eigentümer

Juristisch gesehen, sind künftig die Mieter auch Eigentümer der Wohnungen. Dies gilt für diejenigen, die der Genossenschaft beitreten und mindestens zwei Anteile zum Preis von je 200 Euro erwerben. Interesse daran hatten im Sommer rund 750 Mieter bekundet. 260 von ihnen erklärten bisher ihren rechtsverbindlichen Beitritt. Für neue Mieter der GeWoGe wird der Anteilskauf zukünftig Pflicht. In den Wohnungen der GeWoGe leben etwa 5.500 Menschen. Rund 20 Prozent des Bestandes sind Sozialwohnungen, die übrigen werden auf dem freien Markt vermietet. Allein in Pinneberg hat die 1948 gegründete Firma 1.263 Wohnungen im Bestand, in Wedel sind es 257, in Elmshorn 197 etc.

Pinneberg, Rübekamphalle, 19-11-2005: Zur Mitgliederwerbung führte die neue GeWoGe eine Veranstaltung mit Rahmenprogramm durch. Viele Unterstützer der Idee wie befreundete Banken, Handwerker und Mieter mit Flohmarktständen nahmen teil

Clown Mücke sorgte auf der Veranstaltung zur Mitgliederwerbung beim Rahmenprogramm für Spaß und Unterhaltung für Groß und Klein

Der Verkauf der Anteile soll für ein möglichst hohes Stammkapital sorgen. Zukünftige Investitionen werden aus laufenden Mieteinnahmen von rund 6 Mio. Euro finanziert. Im Kaufvertrag verpflichtet sich die Genossenschaft, in den kommenden Jahren rund 58 Millionen Euro in den Wohnungsbestand zu stecken. Alles soll ohne gravierende Mieterhöhungen laufen.

Regulation durch Banken

Schon im Frühjahr 2005 hatte ein Gutachter-Büro eine rund 40.000 Euro teure Expertise erstellt. Vor der Entscheidung im Dezember wurden abermals Experten engagiert. Sie vertreten den Kreis bei den Verhandlungen mit der Führung der Genossenschaft und sollten ein praktikables Übertragungskonzept entwickeln. Auf der anderen Seite des Verhandlungstisches wurde weniger Aufwand betrieben. Für Rolf Drave, Aufsichtsrat der neuen Genossenschaft und ebenfalls Sprecher der Interessengemeinschaft Sozialer Wohnungsbau, steht fest: Die Banken legen die Obergrenze des Kaufpreises fest. Sie gaben bereits grünes Licht für den Deal. Mit dabei sind die HSH Nordbank, die Sparkasse Südholstein, die VR-Bank Pinneberg und die Investitionsbank. Hätten die Berater des Kreises einen zu hohen Verkaufswert gefordert, wäre die Genossenschaftslösung nicht zustande gekommen.

»Dass wir einmal an einem Tisch sitzen sollten, um gemeinsam die Öffentlichkeit zu informieren, dies hätte ich mir noch vor einigen Monaten nicht in meinen kühnsten Träumen vorstellen können«, erklärte Rolf Drave bereits am 13. September. Der Motor der Interessengemeinschaft (IG) Sozialer Wohnungsbau berichtete mit seinem Mitstreiter Claus-Peter Matetzki wiederholt über den Stand der Umwandlung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft. Ursprünglich hatte die Interessengemeinschaft den Privatisierungskurs vor allem der christ-demokratischen Kreistagsmehrheit massiv kritisiert und ein Bürgerbegehren gegen einen möglichen Verkauf der 2.223 GeWoGe-Wohnungen eingeleitet.

Erfolgsfaktor Landesunterstützung

Zur Wahl standen der Verkauf des kreiseigenen Unternehmens an einen Privatinvestor oder die Umwandlung in eine Genossenschaft. In einem Offenen Brief appellierte die Interessengemeinschaft Sozialer Wohnungsbau schon in einem frühen Stadium der Auseinandersetzung an die Kreistagsabgeordneten, für eine mieterfreundliche Lösung zu stimmen. Die Initiatoren der IG favorisierten von Anfang an die Genossenschaftslösung. Nur sie bietet, so die Einschätzung, Gewähr dafür, dass »bezahlbarer Wohnraum« erhalten bleibt und die Renovierung des GeWoGe-Bestands fortgesetzt werden kann. Dieses »Allgemeininteresse« werde eine Genossenschaft weit mehr im Auge haben als ein privates Wohnungsunternehmen, das vor allem auf Gewinne ausgerichtet ist. Wohin einseitige Profitorientierung führt, lässt sich unter anderem im Elmshorner Stadtteil Hainholz veranschaulichen, wo die Unterhaltung der Wohnblocks seit Jahren vernachlässigt wurde.

Als positiv für die IG erwies sich, dass auch das Land Schleswig-Holstein die Genossenschaftslösung unterstützt. Aus Kiel werden Fördermittel – rund neun Millionen Euro – als Gründungsförderung in Aussicht gestellt. Das Ergebnis: Der Kreis erhält einen fairen Preis, die Genossenschaft ist voraussichtlich dauerhaft überlebensfähig und auch die Banken haben ihre Zustimmung erteilt. Nach Abzug von Verbindlichkeiten fließen am Ende mit dieser Lösung immerhin rund 26 Millionen Euro in die Kasse des Kreises. Auf diese Weise läst sich dessen Schuldenstand – demnächst bei 87 Millionen Euro – auf einen Schlag um rund 30 Prozent reduzieren.

Spannendes Modellprojekt

Ob diese Rechnung aufgehen würde, war lange Zeit umstritten. Zur Klärung wurden für die kommenden zehn bis 15 Jahre Einnahme-, Tilgungs- und Investitionspläne aufgestellt, die sowohl vom GeWoGe-Aufsichtsrat auf der einen als auch von Landrat Wolfgang Grimme und seinen Beratern auf der anderen Seite akzeptiert wurden. Neben dem Kreistag müssen nun auch die übrigen bisherigen GeWoGe-Eigner – die Städte Pinneberg, Wedel, Barmstedt, Schenefeld und Uetersen sowie die Gemeinden Rellingen und Halstenbek – dem Zahlenwerk zustimmen. Da ihre Belegungsrechte erhalten bleiben, wird mit einem Widerspruch nicht gerechnet.

Auf Grund seiner Einmaligkeit und seiner möglichen Vorreiterrolle wird der angedachte Prozess durch das Forschungsprojekt Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -ExWoSt- des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen begleitet. Mit dem Forschungsprogramm ExWoSt fördert der Bund innovative Planungen und Maßnahmen zu wichtigen städtebau- und wohnungspolitischen Themen. Die Umwandlung der GeWoGe in eine Genossenschaft kann als Beispiel und Vorreiter für eine sozial verantwortliche und nachhaltige Stadtentwicklung dienen. Nach dem gegenwärtigen Stand wird sie sich als gut für die Mieter und die Kommunen erweisen. Damit solche Lösungen auch künftig greifen, sollten ergänzend öffentliche Gelder für den Erhalt der sozialen Bindungen und die Modernisierung und Sanierung von Wohnungen zur Verfügung stehen.●

Beratungsstand der Genossenschaft »neue GeWoge« zur Mitgliederwerbung

Anzeige

WIDERSPRUCH 49
Beiträge zu sozialistischer Politik

Prekäre Arbeitsgesellschaft

Arbeitslosigkeit und aktivierende Sozialpolitik; Workfare, Geschlechter-Regime und Psychopolitik; Billigjobs und gewerkschaftliche Arbeitspolitik; Integration und Ausgrenzung; Ungleichheit, Armut und Grundeinkommen

K. Dörre, E. Nadai, R. Atzmüller, G. Michalitsch, A. Rau, F. Segbers, K. Wyss, A. Rieger, U. Mäder, F.O. Wolf, G. Notz, T. Wüthrich, F. Schandl

Diskussion
A. Zimmermann: Wirtschaftsdemokratie und SP
Recherchiergruppe: Kollaboration Schweiz-Südafrika
S. Howald: Mikrokredite für alle
P. Gerber: Zapatistische Kaffee-Kooperative
I. Schlosser: Solidarische Ökonomie

232 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8026 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Bauerntöchter und DDR-Landwirtschaft

Mit »Wie leicht hätte es anders kommen können« hat Ulrike Siegel ihre auf viel Resonanz gestoßene Trilogie zu den Lebensgeschichten von Bauerntöchtern abgeschlossen. Die ersten beiden Bänden enthalten die Lebensgeschichten von Frauen aus Süd- bzw. Norddeutschland, im aktuellen erzählen nun Frauen, die in der DDR der 1960er und 1970er Jahre aufgewachsen oder die heute in der Landwirtschaft der neuen Länder tätig sind (Rezension des ersten Bandes in CONTRASTE März 2004).

Wie auch in den ersten beiden Bänden wird durch die Berichte der Frauen deutlich, wie prägend das Aufwachsen in der Landwirtschaft ist. Viele der in dem Band vertretenen 18 Bauerntöchter sind der Landwirtschaft immer treu geblieben, andere nach Umwegen wieder zu ihr zurückgekehrt und alle tragen ihre Kindheitserinnerungen in sich: Einige sind nach der »Wende« Wiedereinrichter geworden, andere arbeiten in landwirtschaftsnahen Berufen.

Ihre Kindheit und Jugend ist von der Arbeit der Eltern in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und auf der eigenen privaten Hofwirtschaft gekennzeichnet. Sehen sich einige Eltern auch nach der Kollektivierung weiter als Bauern im herkömmlichen Sinne, verändern andere ihr Selbstverständnis und sehen sich mehr als Arbeiter oder Angestellte. Für sie ist »Bauer-Sein« keine besondere Lebensform mehr. Dementsprechend fühlen sich die Kinder auch nie als »Bauernkinder«, die Arbeit der Eltern ist für sie ein Beruf, keine mit Traditionen beladene Lebensform.

Ulrike Siegel gibt mit diesem Buch der Frauengeneration eine Stimme, die heute die Landwirtschaft trägt. Von ihr dürfte nicht zuletzt der Verlauf der Debatte um die Perspektiven der ländlichen Räume und der Landwirtschaft abhängen. Die Herausgeberin ist ehrenamtliche Vorsitzende des Evangelischen Bauernwerkes in Württemberg und hat die Berichte durch Kleinanzeigen in landwirtschaftlichen Zeitschriften zusammengetragen. Siegel hat mit den von ihr zusammengetragenen Texten nicht nur ein Stück Agrargeschichte anschaulich gemacht: Sie möchte, so ihr Vorwort, einen Beitrag zum »Zusammenwachsen von Ost und West leisten«, dies ist ihr auf sehr anregende Weise gelungen.●

Bernd Hüttner

Ulrike Siegel (Hrsg.): »Wie leicht hätte es anders kommen können«, Bauerntöchter erzählen ihre Geschichte; Münster 2005, 186 S., 12,95 EUR

Keine Blaupausen

Die Beiträge dieses Sammelbandes sollen, so die Herausgeber, über Inhalte, Grenzen und Perspektiven von Protestbewegungen reflektieren. Diese seien – nach langen Jahren der Krise – in einem Wiederaufschwung begriffen, und die Erfahrungen der Bewegungen jenseits konventioneller Organisierung (in Gewerkschaften und Parteien) heute von besonderer Bedeutung. Der Band enthält neun Artikel von sieben Autoren und einer Autorin. Dabei wechseln sich Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen mit eher theoretischen Grundsatzartikel und Beiträgen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen ab.

Reimar Paul erzählt die Geschichte der neben der Frauenbewegung wichtigsten sozialen Bewegung der alten Bundesrepublik nach, der gegen Atomkraftwerke. Mitherausgeber Rolf Engelke untersucht die neueren Proteste gegen einen nochmaligen Ausbau des Frankfurter Flughafens und vergleicht sie mit der breiten und militanten Bewegung fast 20 Jahre zuvor gegen den Bau der dann 1984 eingeweihten Startbahn West. Thomas Seibert von medico international sieht in der Bewegung gegen die globalen Konzerne eine qualitativ wirklich neue Protestbewegung. Er geißelt die radikale und erst recht die antideutsche Linke dafür, dass sie sich in die Globalisierungsbewegung nicht einmische, sondern diese nur als antiamerikanisch, sozialdemokratisch und standortnationalistisch diffamiere. Wer politisch arbeiten wolle, müsse in die Bewegungen intervenieren und seine Positionen dort vorbringen. Wer dies verweigere, zeige nur, dass er seine im Weltmaßstab privilegierte Position nicht kritisch überschreiten könne – und wolle.

Wolf Wetzel bohrt in einer Wunde der radikalen Linken: Sie sei ein Freizeit- und ein Jugendphänomen, sie habe keine Verankerung in den traditionellen Sektoren der Produktion und wenige Modelle für ein widerständiges Leben jenseits der Altersgrenze von 30 Jahren. Ohne Umsetzung im Alltag und vor Ort seien aber alle internationalistischen und auf den internationalen Sozialforen formulierten Ansprüche nichts wert. Hier bleibt kritisch zu fragen, ob die These von Wetzel, die radikale Linke mache einen weiten Bogen um die Lohnarbeit, heute angesichts des allerorts und ständig zunehmenden Zwanges zur Arbeit noch stimmig ist. Der Historiker Karl Heinz Roth versucht in seinen »Gegenperspektiven von unten« den Umbruch in den Arbeitsbeziehungen hin zu ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen in einen globalen Kontext zu stellen. Er tritt für einen antistaatlichen Politikansatz ein, der auch in den inneren Strukturen seiner Organisierung demokratisch sein muss. Als potentielle Akteure einer Transformation sieht er ein breites Bündnis aller VerliererInnen des derzeitigen Umbruchs: von der neuen Armut über die drangsalierten industriellen Kernbelegschaften bis hin zu den neuen Selbständigen der immateriellen Arbeit.

Als verbindende und gleichwohl nicht beantwortete Frage durchzieht etliche Beiträge, dass es derzeit keine Blaupause für Organisationsmodelle und Anknüpfungspunkte von neuen Widerstandsbewegungen gibt. Der Band ist eine aktuelle Standortbestimmung eines Teils der libertären und radikalen Linken und als solcher mehr als nützlich. Gleichzeitig zeigt er die Schwächen dieser Strömung auf, zum einen die Überalterung der schreibenden, fast durchweg männlichen Akteure, zum anderen und weit wichtiger, das Fehlen einer Debatte über den Umgang mit den nicht nur durch Linkspartei und WASG wieder erstarkten sozialstaatsreformistischen Positionen und Politikverständnissen. Mit der Untersuchung des Mediationsverfahrens beim Frankfurter Flughafen und des Ansatzes der Global Governance für die internationalen Beziehungen werden postmoderne lokale und internationale Verfahren »konsensorientierter« Herrschaftsausübung in den Blick genommen. Trotzdem vermittelt der stellenweise spröde Charme der neunziger Jahre, ein Verharren in gewohnten Denkschemata.●

Bernd Hüttner

Rolf Engelke/Thomas Klein/Michael Wilk (Hrsg.): Soziale Bewegungen im globalisierten Kapitalismus, Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Frankfurt 2005, 140 S., 12 EUR

Auf Papier gebannte Subkultur

Wo noch vor ein paar Jahren die regelmäßige Lektüre der Zeitschrift Spex reichte, um auf dem Laufenden zu sein über die gegenwärtigen Diskurse der Pop-Kultur und -Theorie, kommt mensch seit geraumer Zeit nicht mehr am *Ventil-Verlag* vorbei. Neben den legendären Ox-Kochbüchern, Martin Büssers poptheoretischen Ergüssen (z.B. *»If the Kids are United! Von Punk zu Hardcore und zurück«*) ist ein Höhepunkt des Verlagsprogramms die Veröffentlichung von Craig O'Haras *»The Philosophy of Punk. Die Geschichte einer Kulturrevolution«*, die im Original bei dem anarchistischen AK Press-Verlag erschienen ist.

Es handelt sich dabei um eins der Standardwerke über amerikanische Punkrocksubkultur – und das derzeit einzige in deutscher Sprache. Craig berichtet als Insider über die Entwicklungen und Tendenzen innerhalb der amerikanischen, politischen *D.i.Y.*-Punkszene. In thematisch gegliederten Kapiteln beleuchtet er anhand eigener Erfahrungen, Auszügen aus szeneprägenden Fanzines (*Flipside, Maximum Rock'n'Roll, Profane Existence*) sowie Songtexten das Selbstverständnis der unterschiedlichen Strömungen. Jenseits des Klischeebildes vom New Yorker *CBGB*-Club, den *Ramones* und Saufpunkdarstellungen beleuchtet er weitgehend kritisch, teilweise sehr euphemistisch das Verhältnis von Punks zum Thema Anarchismus, Feminismus und Ökologie. Er präsentiert ein subjektives und sehr umfassendes Bild einer Subkultur wie sie im deutschsprachigen Raum leider nur in Ansätzen existiert. Weiterhin widmet er sich dem problematischen Verhältnis zur Skinhead- und Straight Edge-Subkultur. Bei letzteren beiden thematisiert er besonders die negativen Einflüsse – Patriotismus (auch seitens der antirassistischen *SHARP*-Skins), Machotum und im Falle der SxE-Bewegung auch den Übergang zur *Hare Krishna*-Sekte. Auch wenn er es nicht so ausdrückt, handelt es sich bei seiner Darstellung vorrangig um eine Deskription und Analyse der nicht nur amerikanischen Anarch@-Punk-Fraktion, die auch für alte Hasen aus der Szene noch die eine oder andere interessante Information enthält.

Mit den Ursprüngen der Rastafari-Kultur beschäftigt sich Volker Barschs Arbeit *»Rastafari: Von Babylon nach Afrika«*, die ursprünglich als Magisterarbeit im Bereich Afrikanistik entstand. Barsch beleuchtet in dieser Studie kritisch die Geschichte und Entwicklung der Rastafari-Kultur bzw. ihrer unterschiedlichen Strömungen. Neben einem zeitlichen Abriss der Geschichte von der Entstehung bis heute, werden in weiteren Kapiteln z.B. die Rituale und Symbole erklärt als auch der häufig in Abgrenzung zur eurozentristischen Kultur geführte Identitätsdiskurs thematisiert. Barsch, dem mensch deutlich Sympathien für jene religiöse Strömung, die sich maßgeblich auf die Bibel stützt, anmerkt, spricht in seiner Analyse auch die kritischen Aspekte wie Rassismus, Homophobie und Sexismus deutlich an. In manchen Abschnitten über den augenscheinlichen Rassismus, der maßgeblich in der Dichotomie von »Babylon« / »Zion« zu verorten ist, erscheint mir die »Rechtfertigung« bzw. die vorgenommene Relativierung etwas euphemistisch und plump. Dennoch ist dieses Buch als ein erster Einstieg in den Themenkomplex sehr empfehlenswert, da es diese Religion pointiert und sehr umfassend darstellt ohne in einen akademischen Ton zu verfallen.

Neben solchen Sachbüchern finden sich im Programm des *Ventil-Verlages* wie bereits erwähnt, auch belletristische Werke. Dazu zählen Kurzgeschichtensammlungen und Romane vom ehemaligen *ZAP*-Herausgeber Moses Arndt (*»Chaostage«*), *Spermbirds*-Sänger Lee Hollis (*»Driving in a dead mans car«*) und Jan Off. Letzterer hat mit seinem Roman »Vorkriegsjugend« einen zynischen, aber realitätsnahen Punkrockroman vorgelegt. Im Mittelpunkt der Geschichte steht ein pubertierender Jugendlicher, der nach dem ersten Genuss einer Punkrockplatte (»Soundtrack zum Untergang«) mit allen Schikanen langsam zum »Punk« mutiert. Aus der Ich-Perspektive lässt Off seinen Protagonisten von der ersten Kontaktaufnahme mit Punks, dem ersten Konzert, den ersten Diskobesuchen, den damit verbundenen Stress mit den Eltern und dem ersten Mal erzählen. Es ist die typische Geschichte eines Mittelstandkindes, das fasziniert ist von der Punkszene und dort einsteigen will. Wer selber in der Szene unterwegs ist oder war, wird bei der Lektüre dieses Romans sich vielleicht das eine oder andere Mal ertappt fühlen und sich an eigene Erfahrungen erinnern. Die Tölpelhaftigkeit mit der sein Protagonist diese Entwicklung meistert ist sehr lustig geschrieben und weist die nötige Distanz und Selbstironie auf, die für eine solche Betrachtung nötig ist. Neben diesem Roman ist von Off beim *Ventil-Verlag* noch eine Kurzgeschichtensammlung namens »Hanoi Hooligans« und beim Lautsprecher-Verlag der Roman »Ausschuss« erschienen. Das komplette Verlagsprogramm findet sich unter: www.ventil-verlag.de.●

Chaos Maurice

Craig O'Hara: The Philosophy of Punk. Die Geschichte einer Kulturrevolution, Ventil Verlag Mainz 2002, ISBN 3-930559-72-2, 166 S., Preis 11,90 EUR
Volker Barsch: Rastafari: Von Babylon nach Afrika, Ventil Verlag Mainz 2003, ISBN 3-930559-97-8, 189 S., Preis: 12,90 EUR
Jan Off: Vorkriegsjugend, Ventil-Verlag Mainz 2004, ISBN 3.930559-88-9, 155 S., Preis: 9,90 EUR

Multitude

Nach »Empire« haben die beiden Autoren ein neues, dikkes Buch mit Welterklärungen herausgebracht. Diesmal stehen die Perspektiven im Mittelpunkt, zusammengebastelt wie ein Patchwork aus verschiedenen Aspekten. Einen durchgehenden roten Faden hat das Buch nicht – und nicht nur einmal treten deutliche Widersprüche zwischen den Trends, Beispielen und Zukunftsbeschreibungen hervor. Zunächst geht es um die Kriege, weit gefasst als Begriff für alle Arten der Auseinandersetzung zwischen Teilen der Bevölkerung, als Aufstand gegen staatliche Macht usw. Danach folgen Einblicke in soziale Verhältnisse und Strömungen. Auf dieses Fundament aufbauend, entwerfen Hardt und Negri dann ihre Vision einer echten Demokratie – und hier tritt der deutlichste Widerspruch des Buches auf: Immer wieder führen die Autoren Beispiele an, wie die demokratischen Staaten und vor allem die von ihnen brilliant herausgearbeitete Grundstruktur des »Souveräns«, einer einheitlich handelnden Kollektivität, als Herrschaftsgebilde daherkommen. Statt nun konsequent Wege der Überwindung des demokratischen Zeitalters anzustreben, basteln sie engagiert an deren Restauration – und bemühen allen Ernstes auch noch Staatsmodelle von Lenin und Madison, um aus deren Fusion die bessere Demokratie zu entwickeln. Hier haben marxistische Traditionen offenbar den Autoren selbst Denkgrenzen gesetzt, die zu überwinden gut gewesen wäre.●

Jörg Bergstedt

Michael Hardt / Antonio Negri: Multitude. 2004, Campus Verlag in Frankfurt, 431 S., 34,90 EUR

EU/UNO-Wahn

Wer Franz Alt kennt, wird durch das Buch nicht überrascht. Alt stellt keine Fragen nach den Gefahren von Machtausübung, sondern glaubt an das Gute, wenn es nur stark genug ist. So unterstützt er auch in diesem Buch leidenschaftlich die Stärkung von Weltinstitutionen (was nach UNO oder Weltregierung klingt, ist bei ganz vielen Prominenten und verbreitet auch in sozialen Bewegung per se gut), preist Europa als Gegenbild zu den bösen USA und fordert mehr helfende Intervention der Industrieländer in den von diesen ausgebeuteten Regionen der Erde – als hätten Europäer und andere Nationen nicht schon genug herumgepfuscht in Afrika, Asien und Südamerika sowie in den Peripherien auch der vermeintlich reichen Erdteile. »Je mehr Allianzen Europa mit dem Süden schafft, desto mehr kommt der US-Neoliberalismus unter Druck«, schreibt Alt und freut sich über die »Emanzipation« der »pazifistischen« (!) »Venus Europa« durch die Opposition gegen den von »Mars USA« geführten Irakkrieg. Das Absurde beginnt schon im Detail, z.B. das 8 europäische Staaten am Irakkrieg teilnahmen und Alt hier den typischen Fehler Deutschland/Frankreich = Europa wiederholt, und endet bei der beschönigenden Analyse, die Achse Paris-Berlin-Moskau wäre aus Abneigung zum Krieg zustande gekommen. Gegenüber diesem EU-Imperialismus und Gute-Weltregierungs-Romantisieren bei Alt wirken die Texte von Gollmann und Neudeck wohltuend: Sie sind streckenweise wenigstens nur lieb und naiv, verzichten weitgehend ganz auf politische Analyse, verfallen dadurch aber auch nicht dem EU/UNO-Wahn von Alt.●

Jörg Bergstedt

Franz Alt /Rosi Gollmann / Rupert Neudeck: Eine bessere Welt ist möglich. 2005, Riemann in München, 318 S.

Die 29 Irrtümer rund ums Geld

Weltweit gibt es kaum etwas, womit wir so häufig umgehen wie mit Geld und worüber wir trotzdem so wenig wissen! Auch heute werden wir in Sachen Geld immer noch als Analphabeten aus der Schule ins Leben entlassen. Und auch dort, in der Lebenswirklichkeit, ist das Thema Geld mit vielen blinden Flecken behaftet, selbst in der Wirtschaftswissenschaft. Bestimmte Fehlstrukturen innerhalb unseres Geldsystems bleiben weiterhin undiskutiert, ebenfalls deren Auswirkungen auf den sozialen und ökologischen Bereich. Selbst Probleme wie Arbeitslosigkeit, leere Kassen oder Wachstumszwang werden immer noch nicht mit den monetären Fehlstrukturen in Verbindung gebracht. Dazu existieren immer noch zu viele Irrtümer.

»Die 29 Irrtümer rund ums Geld« heißt dann auch das neue Buch von Helmut Creutz, der vielen Lesern auch durch seine in CONTRASTE erschienenen Aufsätze gut bekannt sein dürfte.

Creutz, Jahrgang 1923, hat über Jahrzehnte in verschiedenen Berufsfeldern wirtschaftliche Praxiserfahrungen sammeln können, u.a. als Techniker, Betriebsleiter und Architekt. In den Siebzigerjahren schrieb er einige gesellschaftskritische Bücher, in deren Folge er durch einen Leser auf Fehlstrukturen unseres Geldwesens aufmerksam wurde, ein Thema, dem er sich seit mehr als 20 Jahren in Veröffentlichungen und Vorträgen widmet. Als seine bisher umfassendste Veröffentlichung erschien 1993 »Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung«, das inzwischen über mehrere Taschenbuchausgaben zu einem Standardwerk geworden ist.

Die im Zusammenhang mit seinen Analysen und Seminaren immer wieder auftauchenden Verständnisfragen haben ihn zu seinem neuen Buch angeregt. Dabei setzt er sich unter anderem mit folgenden Irrtümern auseinander: »Ohne Wachstum funktioniert keine Wirtschaft«, »Staatsverschuldungen dienen uns allen«, »Kapitalismus ist die beste Wirtschaftsform«, »Konjunktur und Arbeitslosigkeit werden nicht vom Geld beeinflusst«, »Geld verursacht keine sozialen Probleme«, »Zinsen muss nur derjenige zahlen, der Schulden macht«, »Inflation belebt die Wirtschaft«.

Geschrieben ist das Buch in einer gut verständlichen Sprache, so dass es auch für Menschen, die sich erstmals auf Wirtschafts- und Geldthemen einlassen möchten, hervorragend geeignet ist. Aber auch Ökonomen, die Geld für einen neutralen Vermittler halten – eine Auffassung, die Creutz im vierten Kapitel seines Buches als Irrtum entlarvt –, können noch eine ganze Menge dazulernen.

Die letzten vier Kapitel seines Buches enthalten einen Therapievorschlag zur Heilung des kranken Geldes. Denn – so Creutz im Nachwort angesichts des geflügelten Wortes »Geld regiert die Welt« –, das Geld wird uns so lange beherrschen, wie unsere Unwissenheit das zulässt.●

Frank Bohner

Helmut Creutz: Die 29 Irrtümer rund ums Geld. Signum Wirtschaftsverlag, München Wien 2004, 303 S., 22,90 EUR, ISBN 3-85436-362-1

CD-Besprechung

Sampler »Mestizo Music – Rebelión en América Latina«

Latein-amerikanische Musik, die nicht nur unterhalten will, sondern sich als Teil der politischen Befreiungsbewegungen sieht, gibt es auf dieser neuen CD zu hören. Musikalisch bunt gemixt aus Ska, Reggae, Salsa, Rock, HipHop, Cumbia und vielem mehr, ist allen Stücken gemeinsam, dass sie die latein-amerikanische Lebensfreude widerspiegeln, die aus europäischer Sicht häufig im krassen Spannungsverhältnis zu den bissigen und drastischen Texte steht. Dass die CD aber nicht nur eine Sammlung »Guter-Laune-Partymusik« bieten will, macht das aufwändig und liebevoll gestaltete Booklet deutlich, in dem die vertretenen Bands vorgestellt werden, mitsamt kurzen Artikeln zu dem politischen Kontext, in dem ihre Musik steht. Dazu sind zu den meisten Stücken die Texte in Originalsprache und in deutscher Übersetzung zu finden. Zusammengestellt wurde die CD von der Initiative »Articulation – Kultur in sozialen Bewegungen«, die ihren Sitz im Verdener Ökozentrum hat. Info zu »Articulation« und zu der CD findet man im Internet unter www.articulation.name, wo die CD auch per Mailorder zu kaufen ist.●

(uc)

Zimt und Koriander

Gewürze können mehr als nur würzen! Viele der Pflanzen enthalten nicht nur aromatische Stoffe, die Gaumen und Nase erfreuen. Fast alle haben auch heilende Wirkstoffe, die man gezielt einsetzen kann. Solche Blätter, Blüten und Samen versammelt das Buch »Naturgesund mit Gewürzen«. Von A wie Anis bis Z we Zimt erfährt man in diesem übersichtlichen Band, wie man das Küchenregal auch als Apotheke benutzen kann. Z. B., dass Anis festsitzenden Husten lösen kann und dass die Rinde des Zimtbaumes Sinnlichkeit und Sexualität beflügelt. Daneben erzählt das Autorenpaar Mahn und Schenk zu jeder Pflanze kleine Geschichten mit Aha-Effekt. Wer weiß schon, dass die Basler Imbergasse ein Indiz für den regen Handel mit Ingwer ist? Oder dass sich der Name Muskat von Moschus ableitet, weil diese Nüsse eben danach duften?

Einnehmen muss man all diese Kräuter und Kerne glücklicherweise nicht wie Pillen und Tropfen. Einfach damit kochen!, lautet die Devise. Auch dazu gibt das Buch wertvolle Tipps. Wie verwendet man z.B. Rosmarin am besten? Bei Eintöpfen und Suppen, könne ein Zweiglein mitgekocht und hinterher entfernt werden, ansonsten wird empfohlen, die nadelförmigen Blätter mit dem Mörser zu zerstoßen. Als I-Tüpfelchen des Buches werden dann noch ausgefallene Rezepte gereicht – beim Wacholder findet sich die Anleitung zu einem »Schweinefilet in Wacholderbeer-Pflaumensauce«, bei Koriander ein »Quitten-Kürbis-Chutney«. »Naturgesund mit Gewürzen« ist nicht irgendein Kochbuch, sondern ergänzt die üblichen Rezeptsammlungen mit einer Prise Naturheilkunde.●

Gudrun Mangold

Dr. Manueal Mahn, Dr. Alexander Schenk: Naturgesund mit Gewürzen. Heilwissen, Tips und Rezepte. Egmont vgs Verlagsgesellschaft, 9,90 EUR

PROJEKTE

Landkommune sucht tierhaltungsbegeisterteN und -erfahreneN LandwirtIn. Direktvermarktender Bioland-Betrieb mit Acker- und Gemüsebau, Tierhaltung, Backstube, Hofladen. Näheres bei Hofgemeinschaft Lindenhof, D-38170 Eilum, www.eilum.de
☎(0 53 32) 35 47

Bremen: Wer hat Lust auf anders wohnen? 4er WG in genossensch. Wohnprojekt (www.anderswohnen.de.vu) sucht ab März eine neue Mitbewohnerin für ein ca. 17 qm großes Zimmer.
☎(04 21) 499 22 07/499 21 88

ÖkoLeA Bildungswerk – Seminarhaus mit Gästeetage
Bildungswerk der Kommune ÖkoLeA e.V. vermietet zwei 80 qm große Seminarräume und 6 Gästezimmer für 17 Personen auf einem märkischen Vierseitenhof, 50 km östlich von Berlin.
Kontakt: ☎(0 33 41) 359 39 30

MEDIEN

Für das im Herbst 2006 neu erscheinende *Verzeichnis der Alternativmedien 2006* werden Adressen von seit 2003 neu gegründeten alternativen und linken Zeitungen und Zeitschriften gesucht. Bitte per E-Mail an archivbremen@niatu.net oder Exemplar an Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, St. Pauli Strasse 10/12, D-28203 Bremen senden. Tausend Dank.

IM E-MAIL-POSTFACH

Rezension:
Nie mehr Rundfunkgebühren!

Liebe Redaktion,
die Rezension von »Nie mehr Rundfunkgebühren!« von Iris Schulte Renger in der Januar-Ausgabe finde ich ziemlich daneben. Spätestens bei der Parole »Freie Wahl für freie Bürger« hätte man merken müssen, dass der Autor des Buches tief im Sumpf des Liberalismus versunken ist. Solange wir noch in einer von Entfremdung geprägten Welt leben (müssen) und Radio und Fernsehen bei den nicht-öffentlichen Sendern als Waren verkauft werden, sollten wir bestimmt Leistungen des Staates (Gesundheitsvorsorge, Bildung etc. und eben auch Radio und Fernsehen) verteidigen und deshalb auch dafür bezahlen. Ähnlich wie bei den Krankenkassen, die auch nicht nur von den Kranken finanziert werden können, kann sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur durch die Beiträge der Interessierten finanzieren – jedenfalls in dieser Welt, wo sich entfremdete Konsumenten noch die flachsten Sendungen der Privaten in Massen reinziehen. Ich möchte auf (bestimmte Sendungen von) ARD, ZDF, Arte, 3sat und den 3. Programmen nicht verzichten. Ich vermute, auch in einer »anderen Welt« wird die Gemeinschaft für bestimmte Güter gemeinschaftlich aufkommen.

Till

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de**; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, **Fax 640 31 98, E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, **Fax 35 59, E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de**; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wie geht's weiter mit der Arbeit?
Ist die Arbeitsgesellschaft in der Krise?
Vollbeschäftigung und Wachstum sind die propagierten Ziele in den Parlamenten, manche phantasieren von längeren Arbeitszeiten. Hat die Erwerbsarbeit als Kriterium, das den Menschen ihren Platz in der Gesellschaft zuweist, nicht längst ausgedient? Welche Funktion kann die Arbeit unter Berücksichtigung zunehmender Produktivität in zukünftigen Gesellschaften noch haben? Welches Verständnis von Arbeit macht Sinn? Welcher neue Arbeitsbegriff würde ein ausreichendes, bedingungsloses Grundeinkommen ermöglichen?
In der Kommune hat Arbeit eine andere Bedeutung, kann das ein Modell für die Gesellschaft sein? Welche Modelle jenseits der Erwerbsarbeit gibt es noch und wie zukunftstauglich sind sie? Wie lassen sich Lebensgrundlagen jenseits von kapitalistisch organisierter Erwerbsarbeit schaffen?
Termin: 10.-12.03.2006

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 24.-26.03.2006
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

COMPUTER

Webseiten bauen mit HTML
Hyper Text Markup Language (HTML) ist die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Layout und Strukturierung von Webseiten für die politische Arbeit.
Termin: 4.-5.3.2006
Kosten: 60 EUR
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

FRAUEN

Praxisfeld Gender Mainstreaming
Im Rahmen des Seminars werden Erfahrungen mit Gender Mainstreaming in verschiedenen kommunalpolitischen Praxisfeldern dargestellt und anhand von Erfolgen (gute Beispiele) und Misserfolgen (aus dem Scheitern lernen) reflektiert. Zum anderen bietet es die Möglichkeit, gemeinsam neue Strategien zu entwickeln, um den Prozess der Gleichstellung von Frauen und Männern mit Hilfe des Instruments Gender Mainstreaming auch unter schwierigen Bedingungen weiter zu befördern.
Termin: 31.3.-2.4.2006
Kosten: 60 EUR
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de

Frauen-Geschichte(n)
– Wegbereiterinnen der Frauenbewegung II
Frauen in Politik und Kunst
mit Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Bonn, Marlies Leibitzki, Theaterpädagogin, Bielefeld, Gabriele Lutterbeck, Künstlerin, Bonn, Hella Hertzfeldt, Politikwissenschaftlerin, Berlin.
Anhand von ausgewählten Frauenbiografien wollen wir den TeilnehmerInnen die Zeit zwischen dem Beginn der Industrialisierung und den (frauen)bewegten 1970er Jahren näher bringen. Nach einer Zeitreise werden Frauen aus verschiedenen (Frauen)bewegungen in Text und Bild vorgestellt:
Pauline-Staegemann (1838-1909)
Alexandra Kollontai (1872-1952)
Frida Kahlo (1907-1954)
Marie Juchacz (1879-1956)
Alma Kettig (1915-1997)
Mitstreiterinnen von Amalie Pinkus-De Sassi (1910-1996), Mitbegründerin von Salecina und aktiv in der Schweizer Frauenbewegung bis zu ihrem Tode.
Theaterpädagogische spielerische Methoden ergänzen die historischen Vorträge. Ausgehend von den Biografien werden wir kleine Szenen entwickeln und die Geschichte(n) der Frauen in die Gegenwart holen.
Eingeladen sind interessierte Frauen und Männer aller Altersgruppen. Vorkenntnisse im Theaterspiel sind absolut nicht erforderlich.
Freilich wollen wir in der »Freizeit« auch im Engadin wandern und es uns gut gehen lassen.
Termin: 9.-16.9.2006
Ort: Stiftung Salecina
Ferien- und Bildungszentrum, CH-7516 Maloja/Engadin
www.salecina.ch
email: info@salecina.de
Die Kosten für das gesamte Seminar werden ca. 160 EUR betragen.

KRISIS

Die Herrschaft der Ware
Einführungsseminar in die Grundlagen der Wertkritik
Kapitalismuskritik ist neuerdings wieder in aller Munde. Doch was als solche bezeichnet wird, geht zumeist am Kern der Sache vorbei. Kapitalismus ist nicht einfach die Herrschaft von Großkonzernen und Hedgefonds und auch nicht bloß eine bestimmte Organisationsform der Wirtschaft. Vielmehr handelt es sich um ein umfassendes gesellschaftliches System, das sich den Menschen gegenüber verselbständigt hat und eine ungeheure, unkontrollierbare Eigendynamik entwickelt, die unser gesamtes Denken und Handeln prägt. Karl Marx hat dafür den Begriff des Fetischismus der Warenproduktion geprägt. Was jedoch ist darunter zu verstehen? Was ist eigentlich eine Ware? Und was ist das Geld? Und wieso können diese scheinbar so unschuldigen Dinge eine ganze Gesellschaft beherrschen? Diesen Fragen soll in dem Seminar auf Grundlage von Kurzreferaten und Texten, vor allem aber auch in Diskussionen nachgegangen werden.
Termin: 17.-19.02.2006
in Steinkimmen bei Bremen
Referenten: Martin Gohlke, Norbert Trenkle und Achim Bellgart
Kosten pro Kopf inkl. Unterkunft und Verpflegung 45 Euro (Ermäßigung ist auf Anfrage möglich). Mitfahrgelegenheiten ab Bahnhof Hude werden angeboten.
Anmeldung bei Martin Gohlke:
maghb@web.de

SÜD & NORD

Internationale Tagung
»Welche Stadt für wen? Die Stadt demokratisieren!«
Was bedeuten Partizipationsangebote für Selbstorganisationen und Basisgruppen in Nord und Süd? Wie lässt sich der Gefahr einer neoliberalen Vereinnahmung entgegenwirken? Welche Strategien gibt es? Wie lassen sich die Erfahrungen und Kämpfe in Süd und Nord miteinander verknüpfen?
u.a. mit Boniface Mabanza, Kongo, Graciela Dragucevich, Argentinien, Rhoda Viajar, Philippinen, Stephan Lanz, BRD
Termin: 24.-26.02.2006, Münster
Beitrag 50/80 Euro inkl. Verpflegung u. ggf. Privatunterkunft, am Geld soll die Teilnahme nicht scheitern!
Kontakt: K. Steiner, Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7. D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38
steiner.itp@muenster.de, weitere Infos und Artikel unter
www.dersuedenderstaedte.org

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
Überall wo Menschen zusammen leben und/oder arbeiten, müssen Entscheidungen getroffen, Meinungen und Interessen ausgehandelt und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden oft als blockierend erlebt, Konflikte eher als Krise, denn als Chance wahrgenommen.
Der Ansatz der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg vermittelt grundlegende Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen, auch in angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen. So lassen sich viel leichter Lösungen finden, die den Bedürfnissen möglichst aller Beteiligten gerecht werden.
Einführungsseminare:
27.-29.1.06, 24.-26.3.06, 19.-21.5.06, 18.-20.8.06, 13.-15.10.06
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

PROJEKTWERKSTATT

Selbstorganisierung in Alltag und Politik
Tipps und Tricks, um an Lebensmittel, Klamotten, Wohnraum und vieles mehr zu kommen. NutzerInnengemeinschaften, Tauschen – die ganzen praktischen Ideen für einen unabhängigen Alltag ... u.a. geplant: Einführung ++ Große Sammlung: Was kann wie beschafft, organisiert, selbst hergestellt werden? Mobilität, Wohnen, Essen ... ++ Besuch in einem Umsonstladen und bei einer Öffnungszeit mitmachen! ++ Übungen bis Ausprobieren: Handwerkliches, Ökotechniken, Renovieren ... ++ Und natürlich ... die Containernacht: Wir besorgen unser Essen aus den Mülltonnen von Supermärkten! ++ Tipps und Tricks für politische Gruppen: Räume, Materialien, Gelder ...
Termin: 17.-19.02.2006
in der Projektwerkstatt in Saasen

Was steckt hinter Kirche, Religion, Esoterik?
Gibt es etwas Wichtigeres, Höheres als den Menschen? Was spricht dafür (und was dagegen?), dass alle höheren Mächte (Gott, kosmische Ideen, das Wahre oder das Gute) nur deshalb benannt werden, damit einzelne Menschen oder Institutionen auf der Erde sich als Sprachrohr ausgegeben und so als Autorität inszenieren können?
Die Fragen und Themen: Grundlagen: Merkmale von Religion, Glauben, Kirche, Esoterik, Spiritualität usw. ++ Details je nach Interessen: Geschichte des Christentums und/oder der Kirchen, der Bibel ++ Infos zu konkreten esoterischen Zirkeln oder Religionszwangsgemeinschaften je nach Wunsch ++ Highlights je nach Wunsch: Luther – der Film und Kritik. Universelles Leben – christliche Fundies in der Ökoszene. Innenansichten eines Gottesdienstes ++ Ideen für Aktionen zum Thema austauschen und entwickeln.
Termin: 24.-26.02.2006 in Saasen
(www.projektwerkstatt.de/saasen)

Widerstand im Alltag und direkte Intervention
Protest ist oft nur eine Handlung, die sich auf das Wochenende oder Events wie Wirtschaftsgipfel beschränkt. Obwohl viele Grundmuster kreativen Widerstands sich auch ohne geplante Aktion fast beliebig anwenden lassen. Dieses Seminar will daher zum einen Grundlagen direkter Aktion und Intervention im Alltag vermitteln, auch z.B. versteckte Theater, Handlungsfähigkeit im Alltag, subversive Kommunikation und Veränderung (von Werbung, Produkten), Hürden und Ängste für alltäglichen Widerstand bis zu Trainings im Bahnhof oder an anderen Stellen ...
Termin: 17.-19.3.2006 in Saasen
Mehr Informationen im Internet auf www.apo-calypse.de.vu.
Für Rückfragen und Anmeldungen sind wir telefonisch unter
☎(03 91) 557 07 53 und
(0 64 01) 90 32 83 erreichbar.

WOHNEN

Gemeinschaftsorientiertes Wohnen – Genossenschaftliche Perspektiven
Schwerpunkte aus dem Inhalt:
Neue (alte) Heimat Stadt. Die Stadt wird zunehmend wieder als attraktiver Lebensraum entdeckt. Insbesondere ältere Menschen, aber auch berufstätige Eltern mit Kindern bevorzugen städtische Wohnqualitäten. Was bedeutet das für Genossenschaften? Welche Wohnformen werden gewünscht? Wie kann man Selbsthilfepotentiale dauerhaft entwickeln?
- Projektideen am Beispiel
- Welche Rolle spielt die Selbstverwaltung und BewohnerInnenbeteiligung in der aktuellen Diskussion?

Termin: 31.3.-2.4.2006
Kosten: 60 EUR
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de

BREMEN

Erfahrungen mit der Selbstorganisation unter den neuen Selbständigen in Italien
mit Sergio Bologna, Mailand
Sergio Bologna, ehem. Professor für Soziologie an der Universität Padua, ist einer der bekanntesten Theoretiker und Empiriker der italienischen radikalen Linken. Er stellt seine Untersuchungen zur selbständigen Arbeit vor.
Termin: 17. Februar 2006
Vortrag mit Diskussion: Freitag 20-22 Uhr
Achtung: Tagesseminar zum selben Thema am Sonnabend, 18.2., 10-16 Uhr.
Ort: Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen
Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen in Kooperation mit SEARI – Gesellschaft zur Förderung sozialökonomischer Handlungsforschung e.V.

MüllrecyclerInnen in Argentinien
Überlebensstrategie und soziale Bewegung
Diavortrag mit Rebekka Schaefer (Kulturwissenschaftlerin und Romanistin, Bremen)
In den Wohlstands-Industrieländern wohl bekannt sind die Bilder des Elends von Menschen in der »Dritten Welt«, die auf und von Müllkippen leben. Dass diese Bilder für viele Orte längst nicht mehr repräsentativ sind, wird in dieser VA zu aktuellen Situation von MüllsammlerInnen und -recyclerInnen in Argentinien deutlich werden.
Angesichts der ökonomischen Krise, der großen Arbeitslosigkeit, der Armut und des Hungers bauen in Argentinien mehr und mehr Menschen selbstverwaltete Arbeitsplätze auf, anstatt auf Initiativen des Staates oder Almosen zu warten. Tausende Menschen arbeiten im Bereich des Müllsammelns und -recycelns. Es gibt in dem Sektor eine unabhängige gewerkschaftliche Organisierung und immer mehr Menschen, die sich zu selbstverwalteten Betrieben zusammen schließen, um nicht länger isoliert zu arbeiten und der Willkür der etablierten Müllverarbeitungsfirmen ausgeliefert zu sein. Diese Entwicklung findet nicht nur in Argentinien, sondern in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern statt. In Brasilien fanden bereits zwei Lateinamerikaweite Kongresse der MüllrecyclerInnen statt an denen über 1.000 Delegierte teilnahmen.
In der Veranstaltung werden die Hintergründe sowie die aktuelle Lage und Forderungen der MüllrecyclerInnen vorgestellt und Dias aus Argentinien gezeigt.
Termin: Donnerstag, 23. Februar 2006
Ort: Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstraße 10-12, Bremen
Beginn: 20 Uhr
Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen

BERLIN

»Tanz der Vampire«
– Frisches Blut für den A-Laden!
Schwarze Front trifft Schwarze Szene
Kurz vor unserem 18sten Geburtstag sehen wir für die Zukunft des A(narchistischen)-Ladens (www.a-laden.org) schwarz. Der 1988 gegründete Infoladen gehört zu den dienstältesten, noch in der BRD existierenden anarchistischen Projekten. Der A-Laden hat etliche Flauten und Höhepunkte der linksradikalen Bewegung mitgemacht und überstanden. Stets haben wir als Kollektiv ungeachtet des Wechsels von Szenebefindlichkeiten die Schwarze Fahne der Anarchie hochgehalten und libertäre Impulse in die gesellschaftlichen und szeneinternen Diskussionen eingebracht. Die gegenwärtige Flaute wie auch der chronische Geldmangel der Szene gefährden den Fortbestand unseres Projektes massiv (This sucks!) und drohen den kapitalistischen Totengräbern in die Hände zu spielen. Aber noch ist der Sarg nicht zu und wir können noch mit ihm schlittenfahren. Um eine baldige Beerdigung des Projektes zu verhindern laden wir zusammen mit Graf Camillo von Rack
am 25. Februar 2006 ab 21 Uhr
zum »Tanz der Vampire« in die
K.v.U., Kremmener Str. 9-11, Berlin-Mitte (U-Bahn Eberswalder Str. / Bernauer Str.)
Kommt zahlreich, lasst euch von unseren AkteurInnen verzaubern und zelebriert mit uns die »Beerdigungsverhinderungsparty« des Anarchistischen Ladens. Schließlich leben Totgesagte länger...

JUNGE LINKE

Sex, Subjekte und die Macht
Das Reden über Sexualität verheißt Befreiung – so scheint sich alle Welt seit der sogenannten »Sexuellen Revolution« und »LiebeSünde« einig. Sind die Begriffe, die gesellschaftlich für unsere Gefühle und Denkweisen zur Verfügung stehen, vielleicht schon Teil von Machtverhältnissen? Fallen wir nicht auf einen »Trick« herein, wenn wir diese Worte benutzen und glauben, dass sie Befreiung und nicht Versklavung bedeuten? Sollte man besser Schweigen, obwohl alle überzeugt sind, dass es eine Rolle spielt, mit wem ich ins Bett steige und was ich dort tue. Viele komplizierte Fragen, die nicht abschrecken sollten, sondern hoffentlich zu spannenden Diskussionen führen.
Termin: 17.-19.02.2006
Information & Anmeldung:
Jungdemokratlnnen/Junge Linke, Landesverband Brandenburg, Gryphiusstr. 23, D-10245 Berlin
☎(0 30) 325 327 69
Fax: 325 327 71

BILDUNG

KUNSTTHERAPEUTINNEN bildet das Institut für Kunsttherapie Berlin-Brandenburg ab Mai 2006 in einer vierjährigen berufsbegleitenden Weiterbildung aus. Es handelt sich bereits um den 10. Studiengang des Instituts, das aus der »Kölner Schule für Kunsttherapie« hervorgegangen ist und mit der Universität Köln kooperiert.
Ein Einführungswochenende, das vom **31.03 bis 02.04.06** im Seminarhaus des Instituts im Fläming stattfindet, gibt Interessenten die Möglichkeit, sich über Inhalt, Struktur und Methoden der Ausbildung zu informieren. Teilnahmevoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Studium bzw. Berufserfahrungen im pädagogischen, künstlerischen, geisteswissenschaftlichen, medizinischen oder sozialen Bereich.
Infos und Anmeldeformular unter
www.kunsttherapieausbildung.de
oder ☎(0 33 72) 40 31 90

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg